

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsgepaltenen Kolonellen
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen, sowie
Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate für die
nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochentagen
bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 6 Uhr nachmittags geöffnet.

Redaktion: C. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 7. April 1899.

Expedition: C. 19, Benth-Strasse 3.

Das alte Blut.

An schönen Programmsätzen fehlt es dem Reichstag deutschen
Liberalismus, das sich unter Führung Eugen Richters zusammen-
gehan hat, ebenso wenig wie an löblichen Versprechungen für die
Wähler und an schillernden Phrasen in ihren Wahlflugblättern; aber
seine Thaten bleiben fast nie im Einklange mit den Verheißungen.

Als im vorigen Jahre das deutsche Bürgerthum seiner mutigen
und aufopferungsbereiten Vorläufer aus dem Jahre
1848 gedenken sollte, da drückten sich die freisinnigen Mannessee-
len von der Seite, sie überließen den Arbeitern, der Vorläufer der
Bourgeoisie zu gedenken. In jedem 18. März häufen sich auf den
Gräbern der in Friedrichshain bestatteten Helden die Kränze, die
das werththätige Volk pietätvoll darbringt, denen, die nicht wie ihre
Söhne und Enkel Opfer der Ueberzeugung, sondern Opfer für ihre
Ueberzeugung gebracht haben.

Als das Deutsche Reich die Schmach des Socialisten-
gesetzes zu tragen verurteilt war, da hatten es die Freisinnigen
in der Hand, das Vaterland von der Schmach zu befreien, aber da
zeigte es sich, daß die Freisinnigen vorgehen, unter dem Schutze des
Ausnahmefgesetzes zu leben, als mit der Socialdemokratie den offenen
Kampf zu führen.

Keine Partei ist von der freisinnigen Volkspartei, Herrn Eugen
Richter an der Spitze, so biffig, kleinlich, unwissend und unwahr-
haftig verfolgt worden, wie gerade die Socialdemokratie; seine
plattten Philisterrisiken gegen die Socialdemokratie, voll von
Verdrehungen und Gefährlichkeiten, haben den Beifall aller Reaktionen
gefunden, sie erfreuten sich amtlicher Empfehlungen und sie wurden
ebenso wie des würdigen Korbmacher Fischers Sudelwerke in
tausenden Exemplaren von den Fabrikanten an die Arbeiter verteilt.

Wenn die freisinnige Volkspartei auch zu wenig offen ist, den
Polizeikampf gegen die Socialdemokratie rüch-
haltlos zu billigen, so hat sie jedenfalls die Gelegenheit fast stets
vermieden, die Leistungen der preussischen Behörden im Landtage zu
würdigen. Da wo sie Gelegenheit hätte, ihre angeblichen liberalen
Grundsätze zu bekämpfen, da hat sie völlig versagt!

In Friedensvereinen, auf internationalen Friedenskongressen, da
findet man die Vertreter dieser Partei, wenn es aber gilt, für das
Militarismus, für praktische Verhätigung des Abrüstungsgebändens
einzutreten, da überläßt sie der Socialdemokratie das Feld. Ueber-
haupt hat der Freisinn längst vor dem Militarismus kapituliert. Sie
bekämpft ihn nicht mehr principieil, sondern begnügt sich, darum zu
feilschen, ob ein paar Soldaten mehr oder weniger zu bewilligen
sien.

Wo sind die Freisinnigen, wenn es gilt, an der gegenwärtigen
Rechtspflege, dem Fundament des echten liberalen Idealismus,
schicksallose Kritik zu üben? Geschwiegen hat die freisinnige
Presse — mit Ausnahme demokratischer Dissidenten — über den
Löttauer Fall, geschwiegen haben im Reichstag die frei-
sinnigen Volksvertreter, sie überließen es dem — Centrum, das
Recht zu schämen.

Und wenn sie schon einmal etwas Volkstümliches thun, so ver-
leugnen sie sich gleich nachher; für bessere Lehrerbefoldungen
traten sie wohl im preussischen Abgeordnetenhaus ein, als aber die
freisinnig verwaltete Stadt Berlin zeigen sollte, wie sie diese Grund-
sätze verwirklichen sollte, da hatten die Lehrer traurige Ent-
täuschungen erlebt. Und, von den städtischen Arbeitern ganz zu

schweigen, wie häufig war die Haltung der Stadt Berlin den
nicht fest angestellten Beamten gegenüber; eine Schmach war es
und bleibt es, daß die Stadt sich von den Gerichten erst zwingen
lassen mußte, humanere Grundzüge plahgreifen zu lassen. Um jeden
Groschen schächern die Freisinnigen, der den Arbeitern zu gute
kommen könnte, desto größer ist ihre Begeisterung, wenn sie irgend
etwas beitragen können zu fürstlichen Empfängen, da ist
ihnen die Bewilligung von hunderttausenden Mark nie schwer ge-
fallen, da verstanden sie zu zeigen, daß ihnen noch nicht ganz die
Fähigkeit verloren gegangen ist, sich zu begeistern.

Der letzte Rest der Volkstümlichkeit ist ihnen abhanden ge-
kommen, ungeschminkt treten sie nun auf die Bühne des öffentlichen
Lebens als Klassenbewußte Vertreter der Bourgeoisie, ihr Libera-
lismus ist eifriges Plünderwerk, ihre Beleuerung, daß sie doch
weit besser seien, als ihr noch rascher gealterter Geschlechtsgenosse, der
Nationalliberalismus, verdient höchstens ein mitleidiges Lächeln.
Ueberall, in Stadt und Land, im Süden und Norden, im Osten und
Westen des Deutschen Reiches haben sie das Vertrauen der Wähler
eingebüßt; kein Wahlkreis birgt mehr eine freisinnige Mehrheit, die
Wähler haben das Vertrauen zu den Mannen Eugen Richters ver-
loren. Nur weil sie von den Arbeitern als das kleinere Uebel be-
trachtet werden und weil die bürgerlichen Parteien sich unterschiedlos
gegen die Socialdemokratie verbinden, verdanken sie es, daß sie über-
haupt noch eine parlamentarische Vertretung besitzen. In Berlin haben
sie dank konserverativer, antisemitischer und nationalliberaler Unter-
stützung bei den letzten Wahlen einige Siege „erobert“. Es war ein
trauriger Sieg, erfochten mit unreinen Mitteln!

Im Freisinn selbst erkennt man den Verfall. Man will das
alte Blut durch junges ersetzen. Aber es ist kein junges Blut da,
und das alte behauptet zäh seine Herrschaft. Die paar Ehrlichen
und Aufrichtigen des freisinnigen Bürgerthums neigen innerlich weit
mehr zu uns als zu ihrer Partei. Sie müssen ja wünschen, daß
wir erstarren, damit ihre Ideale zur Geltung kommen. Die
Socialdemokratie ist auch zur Vollstreckung des wahren Liberalismus
geworden, den das fleische Bürgerthum verraten hat. Der wirk-
liche Liberale muß in seinem wirtschaftlichen Gegner,
müß in der Socialdemokratie seine politische Vertretung sehen.

Die Arbeiter des zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreises haben
in diesen Tagen Gelegenheit zu zeigen, wie sie den freisinnigen
Humburg beurteilen; treten sie Mann für Mann an die Wahlurne,
so werden sie schon im ersten Wahlgange das Urtheil des souveränen
Volkes sprechen über die freisinnige Volkspartei, über ihr oft zwei-
deutiges, stets unzuverlässiges Verhalten.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 6. April.

Landes- und Provinzial-Kongresse.

In den Ostertagen fanden neben verschiedenen sehr be-
merkenswerten Kongressen gewerkschaftlicher Verbände mehrere
socialdemokratische Landes- und Provinzial-Zusammenkünfte
statt. In Württemberg, in Sachsen und in den gemeinschaftlich
organisirten Provinzen Schlesien und Posen haben unsere
Parteigenossen die besonderen Angelegenheiten ihrer Landes-
teile besprochen.

Ueberall nahmen diese Kongresse trefflichen Verlauf. Sie
legten Zeugnis ab von der unausgesetzten eifrigen Verhätigung
unserer Parteigenossen im Dienste unserer Ideen und von
den Erfolgen, die seit der vorjährigen Reichstagswahl neu
erzielt wurden. Sie zeigten aber auch, daß in unseren
Kreisen verderbliche Ueberhöhung des Erreichten keine Stätte
hat, daß das Streben nach vorwärts, gefördert besonders
durch ungeschminkte kritische Aussprache unter einander, alle
Geister erfüllt.

Es konnte nicht fehlen, daß die Versuche der politischen
Feinde, unsere Bewegung zu hemmen, wiederum in den Dis-
kussionen eine erhebliche Rolle spielten. Besonders in Sachsen
und Schlesien-Posen wird der Kampf gegen die Socialdemokratie
mit allem Hochdruck geführt, für welche Thatsache zahlreiche neue
Belege beigebracht wurden. Zugleich aber wurde festgestellt,
daß ungeachtet aller Verfolgungen und Verdrückungen die Partei
die besten Fortschritte gemacht hat, woraus unsere Gegner
Verlehrung gewinnen könnten, wenn nicht die Fähigkeit, politi-
sch zu lernen, unter fanatischer Feindseligkeit gegen das
Emporstreben der Arbeiterklasse längst verschüttet worden
wäre.

In Württemberg, Sachsen und in den Ostprovinzen
Preußens wurde die Organisation der Partei verbessert und
ausgebaut. Besonders in Sachsen erforderte die Organisations-
frage eine gründliche Besprechung infolge der dort gewonnenen
Möglichkeit, politische Vereine mit einander in Verbindung
treten zu lassen. Die sächsischen Genossen haben ein Organi-
sations-Statut aufgestellt, durch das die Agitationskraft der
Partei zusammengefaßt und erhöht werden wird. Ferner
wurde der Verhätigung der Partei in den kommunalen Ver-
waltungen besondere Aufmerksamkeit gewidmet und eine
eifrige Beteiligung an den Gemeindevahlen befürwortet. In
Württemberg wurde auch lebhaftere Propaganda unter der
ländlichen Bevölkerung gefordert und die Gründung eines
Blattes für die Landarbeiterschaft vorbereitet.

Endlich hatten unsere sächsischen Genossen auch wiederum
die Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen zu er-
örtern. Mit mehr als Zweidrittelmajorität beschloß die
sächsische Landesversammlung Wahlbeteiligung auch unter
dem Dreiklassen-Wahlssystem. Der Verlauf der mit lobens-

würter Sachlichkeit und Besonnenheit geführten Debatte hat
gezeigt, daß auf allen Seiten, bei den Befürwortern der
Wahlbeteiligung wie bei den Gegnern derselben, das
ernsthafte Bestreben vorherrscht, den Streit über
diese Frage, die vor einigen Jahren größere Er-
regung hervorgerufen hatte, zu löschen und zu beglichen.
Wir zweifeln keinen Augenblick, daß die altgeschulte, vortref-
fliche Parteigenossenschaft Sachsens nunmehr jene Mißhellig-
keiten überwunden hat und in vollster Einmütigkeit und
Geschlossenheit ihre Siegesbahn weiter schreiten wird.

Wohlvollen statt Freiheit.

Zusammengedrückt ist der Vorstand des Ver-
bandes Deutscher Post- und Telegraphen-
Assistenten. Der Vorstand des Verbandes wird dem
schleunigst (5.—7. Mai) einberufenen Verbandstage folgende
Aenderungen des Statuts vorschlagen:

Der § 3 der Satzungen erhält die Fassung: Der Verband hat
den Zweck, unter seinen Mitgliedern allgemeine und Berufsbildung
zu fördern, Vaterlandsliebe, Geselligkeit und
Solidarität zu pflegen und durch Schaffung von Kasinen u.
Unterstützungseinrichtungen der unerschuldeten wirtschaftlichen No-
lage unter den Hinterbliebenen der Mitglieder, insbesondere der
Wollwaisen nach Kräften abzuwehren. Jedem Verbandsmitgliede
steht es frei, die Zugehörigkeit zu einem anerkannten Ortsverein
abzulehnen oder aufzugeben. Als Zweck des Verbandes wird
ferner die Ausdehnung der Wohlfahrts-einrichtung und die Pflege
der „Kameradschaftlichkeit“ an Stelle der „Zu-
sammenghörigkeit in dem Assistentenstande“ bezeichnet.
Die Schriftleitung des Verbandsorgans liegt einem Redacteur ob.
Vor der Herausgabe unterliegt die Zeitung der Censur des
Verbandsvorstandes. Sämtliche Bezirks- und Orts-Satzungen
sind mit den neuen Festsetzungen in Einklang zu bringen. Von
der Abhaltung des ordentlichen Verbandstages soll in diesem Jahre
abgesehen werden.

Die bürgerliche Presse giebt sich den Anschein, als ob
Herr v. Bobbielski den Frieden gemacht und als ob der
Assistentenverband gewissermaßen einen Sieg errungen habe.
Die Herren sind in ihren Ansprüchen an den Liberalismus
sehr bescheiden geworden. Der „Frieden“ ist erkauft durch
Preisgabe des Rechts jeglicher Kritik, die Ueberwachung und
Korrektur des kampflustigen Redacteurs übernimmt der Vor-
stand selbst. Nur soweit hat der Verband seine „Freiheit“,
als er sich jeder Kritik des Herrn Chefs enthält. Doch halt!
Herr v. Bobbielski will ja die „freie Meinungsäußerung
keinstwegs verbieten“, die Kritik soll nur „maßvoll“ ge-
halten sein. Also die Form!

Die Auffassung des Herrn v. Bobbielski dehnt die Dis-
ciplinargewalt über die amtlich-berufsmäßige Wirksamkeit der
Beamten aus, sie schnürt ihre Menschen- und Staatsbürger-
rechte ein, verkümmert ihnen den pflichtmäßigen Kampf um
Besserung ihrer Verhältnisse; der Postassistenten-Verein wird
den Charakter eines Kriegervereins erhalten, wenn er seinem
Vorstand folgt.

Natürlich ist es ein erwünschter Zustand, wenn der höchste
Chef mit seinen Beamten in Frieden und Eintracht arbeitet.
Dafür zu sorgen aber ist nicht nur die Aufgabe der Beamten,
sondern in erster Linie die Pflicht der obersten Verwaltung;
und das einzige Mittel, zu einer wirklichen innerlichen Ein-
heit zu gelangen, ist gerade jene freie, fürchtlose Aussprache,
die Herr v. Bobbielski unter allen Umständen eingeschränkt,
ja selbst beseitigt wissen will.

Es schadet gar nichts, wenn die Beamten in ihrer Kritik
einmal übers Ziel hinauschießen — nur für den ist die Kritik
gefährlich und tödlich, der sie nicht ertragen kann, sonst fördert
und kräftigt sie — aber es erzeugt jammervolle Zustände
verhätlenen Hasses, wenn unter der Firma des aller-
gnädigsten Wohlvollens die freie Aussprache geknebelt wird.
Unterwirft sich der Postassistenten-Verein den reaktionären
Anschauungen Bobbielskis, so ist damit das Sicherheitsventil
verlötet, das den Wünschen und Strebungen die explosive
Gefahr nahm.

Die Angelegenheit hat deshalb ein principielles Interesse,
weil es sich um die staatsbürgerlichen Rechte der Beamten
handelt. Der Begriff der Disciplin darf nicht militärisch so
weit ausgedehnt werden, daß er den ganzen Menschen ver-
gewaltigt. Die Beamtenpflicht hat ihre notwendige Ergänzung
in dem Menschenrecht der Freiheit. Wird der Borgefetzte
zum allgewaltigen Zuchtmeister des Untergebenen, dann ent-
stehen jene innerlich unwahren, verwirrten und zerrissenen
Verhältnisse, in denen der Beamte als widerwilliger, ge-
buckter Sklave thut, was er muß, gehorham, still und — hoh-
erfüllt. Ein freudiges Zusammenarbeiten ist nur dann
möglich, wenn statt der unbedingten Unterwerfung die frei-
willige Pflichterfüllung tritt, eine Gemeinschaft von Gleich-
berechtigten trotz der notwendigen Unter- und Ueberordnung.
Das ist das demokratische Princip, dessen reaktionäre Ver-
minderung jetzt selbst unsere Liberalen anscheinend billigen.

Verfolgt man nur wahlpolitische Interessen, so würde
uns der Frieden, den Herr v. Bobbielski dem Verbands
diktiert hat, sehr willkommen sein. Das Kulturinteresse
aber steht uns höher, daß jedem Menschen die Freiheit der
Meinung und des geschlichen Kampfes um die Besserung
seiner Lage gewährleistet werde, auch wenn er ein Beamter
ist, eine Freiheit, ohne die eine gedeihliche Entwicklung un-
möglich ist, ohne die eine Ration von Strebern und Fanatikern
des Hasses entstehen muß.

Das verbrecherische Treiben des Generalstabs

wird durch die weiteren Enthüllungen des „Figaro“ auf das greifste beleuchtet. Am heutigen Donnerstag bringt das Blatt die Aussagen des Untersuchungsrichters Vertulus. Dieser übergab dem Kassationshofe Briefe Esterhazy's an Rothschild sowie einen mit „Beauval“ unterzeichneten Brief, in welchem es heißt, daß Esterhazy glaube, Rothschild mit der Bitte um Hilfe angehen zu müssen. Vertulus ist der Ansicht, daß dieser Brief nicht von der Hand Beauvals herrührt, sondern zweifellos von Esterhazy selbst geschrieben ist. Vertulus übergibt sodann ein Notizbuch der Frau Guérard, der Pförnerin des Hauses Rue Douai 49, in welchem sich Geständnisse der Madame Pans befinden. Vertulus erzählt dann, daß er einige Zeit nach der Affaire Henry-Picquart Henry begegnet sei und ihn gefragt habe, weshalb er Picquart vor den Schranken des Gerichts in so entscheidender Weise lügen strafe? Henry erwiderte, das sei im Kreuzfeuer des Verhörs geschehen; er habe jedoch niemals die Absicht gehabt, Picquart als Lügner hinzustellen. Picquart sei ein Starrkopf, aber ehrenhaft. Vertulus sah du Paty de Clam zweimal; dieser versicherte ihm, er wäre von der Schuld Drenfus' überzeugt. Diese werde bewiesen durch das Vordereau, die Schriftprüfung Vertulus' und durch sein eigenes Verhalten. Auch du Paty de Clam äußerte, er halte Picquart für einen ehrenhaften Mann. Auf Ersuchen des Präsidenten seht Vertulus den Vorfall mit der verschleierte Dame auseinander. Vertulus spricht die Ueberzeugung aus, die verschleierte Dame sei niemand anderes gewesen als du Paty de Clam. In der Zeit vor dem Bolo-Prozess habe der General Gonse zu ihm geäußert: „Sie treffen mit Picquart zusammen, halten Sie ihm mit eindringlichen Worten vor Augen, daß von seiner Haltung im Prozess seine ganze Laufbahn abhängt.“ Vertulus berichtet über die Angelegenheit der falschen Speranza- und Blanche-Telegramme. Madame Pans, die Geliebte Esterhazy's, gestand ein, das Speranza-Telegramm geschrieben zu haben. Das Blanche-Telegramm rührte von du Paty de Clam her. Nach Unterredung mit dem Advokaten Thévenas zog Madame Pans ihr Geständnis zurück. Der in der Wohnung der Pans gefundene Brief, in welchem Esterhazy Beeinflussung der Sachverständigen verlangt, war, wie Esterhazy sagte, an den General Voisdeffre gerichtet. Bei Esterhazy sei ferner ein Brief beschlagnahmt worden. Dieser Brief war ein Verweis dafür, daß Esterhazy im Nachrichtenbureau verbrecherische Verhältnisse gefunden habe. Am 18. Juli 1898 begab sich Henry im Auftrage des Kriegsministers in Paris zu Vertulus. Als Henry die verschiedenen beschlagnahmten Papiere sah, geriet er in große Aufregung. Er beschwor Vertulus, die Armee zu retten und gestand, daß Esterhazy und du Paty de Clam die Urheber der Speranza- und Blanche-Telegramme seien. Als Henry im Begriff war, sich zu entfernen, sagte Vertulus zu ihm: „Das ist noch nicht alles. Esterhazy und du Paty de Clam sind schuldig. Möge du Paty sich heute eine Kugel durch den Kopf jagen und Esterhazy als Fälscher vor das Strafgericht kommen, so ist doch noch eine Gefahr vorhanden. Diese Gefahr sind Sie! Ich habe einen von Esterhazy an den Deputierten Jules Roche gerichteten Brief in der Hand, in welchem von ihren Fähigkeiten und Charakter das abschreckendste Bild entworfen wird. Es heißt in demselben auch, daß Sie immer Geld brauchen und Esterhazy's Schuldner geblieben sind. Das rührt alles aus der Zeit vor dem Drenfus-Prozess her. Wenn nun derartige Papiere in die Hände Ihrer Kameraden fallen, würde man daraus den Schluss ziehen, daß Sie Esterhazy militärische Schriftstücke übermittelten.“ Henry brach in Thränen aus, umarmte und küßte mich und rief schluchzend: „Retten Sie uns.“ Dann äußerte er: „Esterhazy ist ein Bandit.“ Ich sagte: „Esterhazy ist der Urheber des Vordereaus.“ Henry erwiderte: „Bestehen Sie nicht auf Ihrer Frage, die Ehre der Armee über alles!“

Neue Massenverhaftungen in Petersburg.

In den letzten Tagen des März und in den ersten des April sind in Petersburg wieder Verhaftungen aus politischen Gründen vorgenommen worden. Es wurden mindestens 25 bis 30 Personen verhaftet, wahrscheinlich noch mehr, doch kann dies bis jetzt noch nicht mit Sicherheit festgestellt werden.

Deutsches Reich.

Der 1. Mai macht der „Lauter Boh“ noch immer Kopfschmerzen. Da sie nach dem Beschluß des Verbandstags der Maurer, und nach der kleinen Lektion, die wir ihr über Partotalität in Bezug auf die Arbeitsruhe am 1. Mai gegeben haben, ihre Heulmeierei nicht mehr forschen kann, so wird sie jetzt weinerlich, und greint, die Arbeiter müßten doch alle so vernünftig sein, wie der Maurer-Verbandstag und die Parteitage der deutschen Socialdemokratie. Wir können nur wiederholen: wenn die „Vossische Zeitung“ Provokationen vermeiden haben will, dann wende sie sich an die richtige Adresse, nämlich an die Herren Arbeitgeber und Scharfmacher. Und wenn sie selber Angst hat, so braucht sie nicht gleich zu denken, daß andere Leute Angst haben. Wir werden der Reaktion kein Wasser auf die Mühlen leiten — solange sie nur dafür, daß ihre Freunde es nicht thun und den Schloß- wie Kranzjuristen nicht Handlangerdienste leisten.

Wenn schon — denn schon. Die katbolische „Kön. Volks-Zeitung“ giebt die Betrachtungen der „Kreuzzeitung“ über die „roten Dämonen“ wieder, fügt aber hinzu:

„Gewiß verdienen diese Rachläufe zum Osterfest erste Beachtung. Aber wir finden, daß die „Kreuzzeitung“ bei ihren Betrachtungen auf halbem Wege stehen bleibt. Auch rechts von der „Nationalzeitung“ herrscht vielfach noch derselbe, dem positiven Christentum feindliche Geist, wenn auch die Formen, in denen er sich kundgibt, vorsichtiger und glattere sein mögen. Für die Massen, ja dafür will man die christliche Religion mit ihren strengen Satzungen noch gelten lassen, aber für den eigenen Gebrauch hat man sich, und zwar bis tief in die konservativen Reihen hinein, ein ganz besonderes Christentum zurecht gemacht. Mit Recht haben die Führer der Socialdemokratie des öfteren erklärt, daß sie auf religiösem Gebiete nur in den höchsten Stufen der materialistischen Wissenschaft wandeln.“

Aber noch mehr: sogar innerhalb des protestantischen Kirchentums geht dieser Geist ein. Für manchen Prediger der verschiedenen Landeskirchen ist Christus, der Sohn Gottes, auch nichts anderes, als ein guter Mensch. Der „Reichsbote“ hat darüber oft die beweglichsten Klagen geführt, aber der Rationalismus hat noch nie vor nicht nur auf den Lehrstühlen der Hochschulen, sondern auch auf den protestantischen Kirchentagen eine Stätte. Wenn die „Kreuzzeitung“ die Bevölkerung vor den zersetzenden Einflüssen des antichristlichen Zeitgeistes bewahrt wissen will, so sollte

sie dabei nicht auf eine Philippika gegen Socialdemokratie und Linksextremismus sich beschränken, sondern einen Schritt weiter gehen und auch diejenigen Kreise nicht schonen, welche politisch mehr rechts gerichtet sein mögen, in denen aber der auf Befestigung der christlichen Kirche hinarbeitende Geist nicht minder lebendig und wirksam ist.“

Der protestantische Konfessionsführer als Vorfrucht der Socialdemokratie — man sieht, die Vorfruchttheorie gewinnt eine immer größere Verallgemeinerung, bis schließlich herauskommen wird, daß alle Bestrebungen der Socialdemokratie als Vorfrucht dienen oder — um mehr laiblich zu reden — daß alle Wege nach dem Rom der Socialdemokratie führen.

Die Gebote als Umsturzbedenklicher. Für die Volkskulturen in Rußland ist auf Grund einer neuen behördlichen Offenbarung das vierte Gebot wie folgt modernisiert worden: „Du sollst Deinen Vater und Deine Mutter ehren und dem Monarchen und seinen Beamten Achtung und Gehorsam erweisen, auf daß Dir's wohlgehe und Du lange lebest auf Erden.“

Wenn man in Rußland in dieser Weise durch eine Umarbeitung der zehn Gebote den Umsturz bekämpft, so bleibt es unbegrifflich, daß man die Behörden gerade ins vierte Gebot einpackt und sie so durch die Gleichstellung mit Vater und Mutter in ihrer Autorität erniedrigt hat, dieweil man ja in Rußland auf belagte Blutsverwandte auch gelegentlich zu solchen gezwungen werden kann, was den Behörden gegenüber nicht gestattet, geschweige geboten ist.

Die angemessene Stelle findet die Obrigkeit vielmehr im zweiten Gebot, das dementsprechend würdig zu russifizieren ist, daß man außer Gott sonst niemand verehren dürfe mit Ausnahme der Vortreter der Obrigkeit vom Gendarmen aufwärts. Der deutsche fromme Centrumsmann hat mit seinem Stellvertreter Gottes aus der Unteroffizierschule gegenüber der russischen Degradation der Beamten ins vierte Gebot das Richtige getroffen.

Chronik der Gewaltthatigkeiten. In der „Staatsbürger-Zeitung“ lesen wir:

In Wöhmen schenken es die Juden wieder einmal zu arg im Schacher getrieben zu haben. Wie aus Radob gemeldet wird, brachen am Mittwoch dort große Arbeiterunruhen aus, wobei sechs in Nebengassen gelegene israelitische Läden vollständig ausgeplündert und teilweise demoliert wurden. Der Schaden wird auf 70 000 Gulden geschätzt. Erst als militärische Hilfe aus Joleffstadt herbeigeholt wurde, wurden die Läden beigelegt und die Straßen gegen Morgen geräumt.

Kein Wort gegen die Gewaltthatigkeiten, im Gegenteil, die Meldung wird mit officiöser Freude gebüht. Und das beschuldigt die Socialdemokratie, daß sie Geseffe billigt und fördert.

Bergwerksinspektion. Wie verlautet, beabsichtigt der Handelsminister, in Anlehnung an die Einrichtungen in Belgien, in einigen katalischen Bergwerken Schlesiens zunächst probeweise Arbeiter zur Bergwerksinspektion heranzuziehen. Seine Reise nach den schlesischen Bergwerksbezirken soll mit diesem Plane in unmittelbarem Zusammenhange stehen.

Die Juchthausvorlage soll, wie die Scharfmacherpresse wissen will, die Zustimmung der Bundesregierungen bereits gefunden haben, und werde nun nur der „Form wegen“ an den Bundesrat gehen, von welchem sie wohl unverändert verabschiedet werde. Dann komme die Vorlage an den Reichstag und — wenn dieser ablehne, dann möge die Regierung nur selbstbleiben und auflösen. So die Stummische Hechpresse. Wir untererseits könnten und eine bessere Wahlparole nicht wünschen, als die des Juchthausbundes. Mittlerweile aber werden in Süddeutschland einige Stimmen laut, die unsern Scharfmachern und der Regierung zu denken geben sollten, umso mehr, als sie aus sonst regierungsfreundlichen Kreisen kommen. So kam es in der am Dienstag in Nürnberg abgehaltenen Generalversammlung des Wahlvereins der bayerischen Konservativen im Anschluß an einen Vortrag des Forstereis Steinle über die Socialdemokratie zu einem lebhaften Meinungswechsel über die Zweckmäßigkeit eines Ausnahmegesetzes gegen die Socialdemokratie. Die Mehrzahl der Redner verurteilte die Zweckmäßigkeit eines solchen Gesetzes und erklärte sich auch entschieden gegen den Erlass eines Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen. Ferner erklärte die Landesversammlung der evangelischen Arbeitervereine Würtembergs, die in den Osterfeiertagen stattfand, daß sie zwar jeden Terrorismus von Arbeitnehmern wie von Arbeitgebern entschieden verurteile, daß sie aber die bestehenden Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung und des Strafgesetzbuchs, besonders im § 188 für vollständig genug ansehe und bei gleichmäßiger Anwendung nach beiden Seiten für angemessen halte. In einer Verhärthung derselben oder einem eigens hierzu bestimmten neuen Gesetz sei eine bedenkliche Verdröhung der freiwirtschaftlichen Rechte der Arbeiter und eine Gefahr für unser Volkleben zu erblicken.

Das Jugendzwangs-Verfahren gegen die Angestellten des postischen Blattes „Gazeta Brudziadska“ ist nunmehr beendet. Die beiden Druckerlehrlinge wurden, wie aus Grandenz gemeldet wird, aus der Haft entlassen. Weshalb die beiden, die es mit ihrer Ehre nicht vereinbaren konnten, den Verfasser eines bestimmten Artikels zu verurteilen, bis jetzt sitzen mußten, nachdem der Verfasser der Staatsanwaltschaft schon seit mehreren Wochen bekannt ist, ist nicht recht verständlich.

Eine gute Seite ist jetzt doch an der neuen Militär-Strafprozess-Ordnung entdeckt worden. Eine Anzahl alterer Militär-Justizbeamten wird nämlich vor dem Inkrafttreten des Gesetzes, das im Herbst 1900 vor sich gehen soll, aus dem Dienste scheiden, und da durch die neue Ordnung eine erhebliche Vermehrung der Zahl der Militär-Justizbeamten erforderlich ist, so wird unter diesen eine große Beförderung stattfinden.

Neue Uniformen sind für die Feldartillerie geplant. Bei einigen Artillerie-Regimentern sind nach den „Verl. Reichs. Nachr.“ je zwei Probe-Uniformen, mit welchen in der nächsten Zeit Erprobungsversuche angeestellt werden sollen. Waffenschwarz und Weinschwarz behalten zwar die bisherige Form, doch werden die blauen Knöpfe durch schwarzgeätzte Messingknöpfe ersetzt. Anstatt der roten Ärmelklappen hat der neue Waffenschwarz schwarze Klappen, welche die Regimentnummer in rotem Kaschul tragen. Das Lederzeug ist durchweg schwarz. An Stelle des Helms mit Ägeln und blankem Beschläge tritt ein Tuch- bezw. Filzläppi mit mottig gehaltenem Aluminium-Äbler und eingestricheltem Quorbüschel, wie bei den sächsischen Jägern. Ferner wird zur Probe noch eine Sturmhaube getragen werden, welche die Form der österreichischen bezw. französischen Militärhauben hat.

Mädchenschulen. Dr. Woffe hat auf eine Eingabe wegen Begründung eines Mädchenschulwesens eine Antwort erteilt, welche Grundzüge, die das Kultusministerium in dieser Frage befolgen will, mitteilt. Es soll nichts an dem gegenwärtigen Schulwesen geändert werden. Mädchenschulen sollen nur zugelassen werden, wenn die Aufnahme von erfolgter Absolvierung der höheren Töchterschule abhängig gemacht wird.

Ueber konservativen Wahlbeeinflussungen bei der Reichstagswahl in Mecklenburg berichtet die „Dtsch. Volksztg.“: „Im Kreise Diepholz haben die Gemeindevorsteher „von Oben“ den Wahl erhalten, ungefähr anzugeben, auf wie viele Stimmen für den Landrat v. Vestel zu rechnen sein würde. Die Vorsteher schiden nun Listen umher, in denen sich diejenigen, welche Herrn v. Vestel zu wählen beabsichtigten, eintragen sollen. Ferner wird dem genannten Blatte aus dem Kreise Diepholz geschrieben: „Diejenigen Leute, welche sich unterzeichnet haben, für den Landrat v. Vestel zu stimmen, sind zum Teil noch nicht einmal wahlberechtigt, Manche sind als Hofbesitzer angegeben worden und eine ganze Menge erzählten mir bei meinem Besuche, daß sie wohl dem Vorsteher zu Gefallen unterschrieben hätten, wählen würden sie Vestel jedoch niemals. Auf drei Viertel der Unterschriften kann sich der Herr Landrat nicht verlassen.“

Dieses Verfahren, durch das ohne Zweifel die Wähler in den Glauben versetzt werden sollen, sie seien alsdann durch die Unterschrift verpflichtet, den Betreffenden auch zu wählen, muß als ein gegen den Geist des allgemeinen Wahlrechts verstoßendes und darum ungelegentliches Vorgehen bezeichnet werden.

Amerikanische Eindrücke werden an den Grenzübergangsstellen auf Anordnung des Finanzministers nicht mehr amtlich untersucht. Die Furcht vor den Schilbläusen scheint also etwas abgenommen zu haben.

Für die Surrogate treten die Agrarier ein, wenn sie dabei Vorteile haben. Ein Antrag Waasche-Rösche und eine Eingabe des Vereins der Brauereien Berlins verlangt bekanntlich das gesetzliche Verbot der Verwendung von Surrogaten bei der Bierbereitung. Dagegen richten zahlreiche Mittergutsbesitzer und Stärkefabrikanten eine Petition an den Reichstag, worin sie ersuchen, das Verbot überhaupt abzulehnen (1) oder wenigstens Stärkebräu, Stärkezucker und Zuckercouleur von dem Verbot auszunehmen. An der Spitze der Petitioner steht der Graf Schwerin-Dobry, Vorsitzender der Landwirtschaftskammer für Pommern; dann folgen noch drei Grafen Schwerin, ein Graf Zieten-Schwerin, Grafen Dohna, Kanjau, Schlieffen, Fiedow usw.

Für Surrogate, wenn sie die Produzenten solcher sind, gegen das Surrogat, wenn dasselbe, wie die Margarine, als Konfektur gegen das von ihnen vertriebene Naturprodukt auftritt. Dreyßer kann man seine materiellen Interessen wohl kaum vertreten.

Eine neue Begünstigung der Landwirtschaft wird dem „Verl. Tagebl.“ aus dem Regierungsbezirk Merseburg gemeldet. In der Zuschrift heißt es: „In hiesiger Gegend sind vielfach galizische Arbeiter in Kohlengruben usw. beschäftigt. Man ist mit ihnen sehr zufrieden, da sie anspruchlos, tüchtig, stets nüchtern und im Gegensatz zu den Polen, sehr friedliebend sind. Auch der Reichstags- Abgeordnete Bauernmeister beschäftigt auf seinen Werken etwa 150 dieser Leute. Am Sonntagvormittag ist nun vom Regierungspräsidenten in Merseburg die amtliche telegraphische Aufforderung ergelaufen, diejenigen galizischen Arbeiter, die bei der Industrie beschäftigt sind, sofort zu entlassen und über die Grenze zu bringen, dagegen den galizischen Arbeitern, welche bei der Landwirtschaft tätig sind, bis zum 15. Dezember d. J. Zeit zu lassen.“

Darum nur die industriellen und nicht auch die landwirtschaftlichen Arbeiter das Land verlassen sollen, ist nicht recht einzusehen, oder werden die Galizier erst durch die gutsherrliche Erziehung „anspruchlos“, tüchtig und nüchtern?“

Neue Ausweisungen aus Schleswig-Holstein meldet die „Meier Zeitung“. Diesmal sind es nicht bloß Dänen, sondern Angehörige fast aller Nationen, die von der Hand Ritters getroffen sind.

Ein demokratisches Begräbnis fand am vorigen Dienstag in Eichigt bei Delsnik i. B. unter Teilnahme von über 800 Grenzwohnern statt. Beerdigt wurde der vor acht Tagen bei Gbmach erschossene Albert. Der königlich sächsische Militärverein und die Feuerwehrgesellschaft Gbmach dem erschossenen „Schmuggler“ unter Russbegleitung das letzte Geleit. So protestiert die Grenzbevölkerung gegen die grenzpolitischen Fehler der Regierungen bei Handelsverträgen. Der betreffende Grenz-ausscher soll übrigens sogleich nach einem anderen Platz hin versetzt worden sein, vermutlich um ihn der Rache der Grenzbevölkerung zu entziehen.

Von der Grenzsperr für Schlachtvieh. Der Gemeinderat der Stadt Strahburg i. G. hatte vor einiger Zeit eine Resolution an die reichslandische Regierung gerichtet, in welcher diese um eine Widerrückung der Grenzsperr für Schlachtvieh ersucht wurde. Es geschah dies auf Anregung des Bürgermeisters der Stadt Strahburg, früheren Unterstaatssekretärs im Ministerium für Uchab-Vorklagen. Das, der bei der Beantwortung eines von socialdemokratischer Seite eingebrachten Antrages auf Herabminderung der städtischen Verbrauchssteuer die Aufhebung bezw. Widerrückung jener Grenzmaßregel als einziges Mittel zur Verbilligung der hohen Fleischpreise bezeichnet hatte. Die Regierung antwortete auf diese Anfrage des Strahburger Gemeinderates damit, daß sie die Viehsperr auf die Schweiz ausdehnte. Inzwischen hatte sich die Viehhauler Gemeindevorstellung dem Beispiele Strahburgs angeschlossen. Die Antwort, die ihr vor einigen Tagen darauf wurde, beweist, daß die reichslandische Regierung immer noch auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharrt. Die zahlreiche Industriebevölkerung der elsass-lothringischen Grenzbezirke darf also auch weiterhin zu Ruß und frommen eines ruffrigeren Agrarierturns den Hungerlanten eng geschnallt behalten.

Für eine deutsch-ostafrikanische Centralbahn von der Äthiopia nach dem Tanganika soll nach einer Berliner Mitteilung des „Dtsch. Telegr.“ die deutsche Regierung zur Uebernahme einer Bürggarantie bereit sein. Der Berliner Geschäftsmann des Londoner Blattes will auch wissen, daß ein bezüglicher Gesetzentwurf dem Reichstag in nächster Zeit vorgelegt werden wird und daß sich der Kaiser persönlich für die Angelegenheit interessiert. Man könnte, so meint die „Freil. Ztg.“, fast annehmen, daß es sich bei dem Gerücht von der Uebernahme einer Bürggarantie für die ostafrikanische Centralbahn nur um einen Coup handelt, die deutschen Finanzmänner dem südnordafrikanischen Bahnprojekt geneigter zu machen.

Zum Vorgehen der Deutschen in China meldet heute die „Nordd. Allg. Ztg.“:

Nach hier eingegangener telegraphischer Nachricht ist die Befestigung von Tschau in Ruhe erfolgt. Mit den Gerichtsverfahren zur Verurteilung der Schuldigen im Falle Stenz ist begonnen worden. Das deutsche Vorgehen hat bereits den Erfolg gehabt, daß durch Befehl des Kaisers von China zum Schutze der Missionare und Bergwerksbeamten nach Tschau Militär gelegt worden ist. Ob auch noch sonst etwas für die deutschen Konsulatsbehörden herausbringt? Dem mit dem Schutze der Missionare allein ist der Weltmachtspolitik doch nicht gedient.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Zur Sprachenverordnung. Aus Wien wird berichtet, es stehe zur Zeit der Regierungsbeschluss fest, den Reichsrat erst im Herbst zu berufen und inzwischen das Sprachengesetz mittels des § 14 zu erlassen. „Korodni Listy“ melden, die angebliche Regierungsvorlage über die Abgrenzung der böhmischen Sprachsprachen entwerfe nicht dem Entwurf der Regierung, sondern bilde den Bericht des Landesausschusses darüber.

Holland.

In der Abrüstungskonferenz ist jetzt auch die offizielle Einladung durch die Vermittlung der niederländischen Diplomatie ergangen. Die Einladung nimmt Bezug auf die rühmlichste Initiative des Kaisers von Rußland, welche bezweckt, durch die Konferenz die Segnungen des Friedens zu verbreiten und wenn möglich zu einer Mäßigung der übertriebenen Rüstungen zu gelangen, und betont das Interesse der Königin der Niederlande an der Konferenz. Die zweite Note der russischen Regierung wird als Verhandlungsgrundlage dienen. 19 europäische Staaten, ferner die Vereinigten Staaten von Amerika, Siam, Persien, China und Japan sind eingeladen.

Die europäischen Staaten sind: England, Rußland, Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Italien, Türkei, Spanien, Portugal, Schweden, Dänemark, Belgien, Luxemburg, Serbien, Rumänien, Montenegro, Griechenland, Schweiz und Holland. Besonders hervorgehoben wird in der Einladung, daß alle nationalen und politischen Fragen rigoros von den Beratungen der Konferenz ausgeschlossen sein würden.

Italien.

Vom sechsten internationalen Werk-Kongress wird gemeldet: Zu Vizepräsidenten wurden Luzzatto (Italien), Lepelletier (Frankreich), Gilzeau-Neid (England) und Dr. Mantler (Deutschland) gewählt. Die Einsetzung des endgültigen Präsidiums wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Spanien.

Madrid, 6. April. Der gestrige Ministerrat beschäftigte sich mit dem Budget und mit der Frage der militärischen Ehrengerichte, welche die Generale während des Feldzuges auf den Philippinen vorgebrachten Klagen zu prüfen haben. Die Minister kamen ferner zu einer Verständigung über die Zahlung des rückständigen Soldes an die heimgekehrten Soldaten.

Bulgarien.

Der blutige Zusammenstoß an der türkisch-bulgarischen Grenze wird von türkischer Seite in Abrede gestellt. Dagegen veröffentlicht die „Pol. Kor.“ aus Sofia folgende Einzelheiten:

Der türkische Grenzposten bei Abzil-Agatsch in Ostrumelien, auf der Straße Hamhali-Adrianopel, versuchte kürzlich, sich der auf bulgarischem Gebiet befindlichen Anhöhe von Tabach zu bemächtigen. Die schwache bulgarische Grenztruppe erwiderte diesen regelrechten und mit Hornsignalen und Kommandorufen geleiteten türkischen Angriff mit einer Gewehrpatrone, aus der sich bald ein förmliches Feuergefecht entwickelte. Die bulgarische Landbevölkerung eilte bewaffnet der Grenztruppe zu Hilfe, so daß sich ein mehrstündiger Kampf entwickelte, in dessen Verlaufe sich die Türken auf ihre früheren Positionen zurückzogen. Dabei sollen die Türken vier Tote und über 20 Verwundete gehabt haben, die sie in das Spital von Adrianopel beförderten. Der Bericht sagt ferner, daß es im dortigen Grenzgebiete sehr viele Punkte giebt, auf deren Besitz beiderseits Anspruch erhoben wird. Es scheint, daß der Konflikt durch den Uebereifer eines Grenzwach-Kommandanten, der sich des bezeichneten Gebietes durch einen Handstreich bemächtigen wollte, entstanden ist und durch das Eingreifen der Bevölkerung größeren Umfang angenommen hat. Es sei übrigens nicht zu bezweifeln, daß beiderseits alles aufgegeben werden wird, eine Weiterung dieses unbedeutenden Konfliktes durch eine freundschaftliche Verständigung über das Streitobjekt zu verhüten. Wie es heißt, bereitet die bulgarische Regierung eine Denkschrift an die Mächte vor, worin dargelegt werden soll, daß die dauernde Unterwerfung bedeutender türkischer Truppenmassen längs der bulgarischen Grenze einen unerträglichen Zustand schaffe, welcher jederzeit folgenschwere Zwischenfälle herbeiführen könne.

Auch aus *W a l e d o n i e n* kommen beunruhigende Nachrichten von Aufstandsvorbereitungen der bulgarischen Bevölkerung. An einen Erfolg ist, wie die „Intern. Korresp.“ meint, allerdings nicht zu denken, da die türkischen Truppen-Zusammenschließungen die Landbevölkerung völlig einschüchtern haben. Der griechischen Bevölkerung in Süd- und Mittelmakedonien stellen sich die Türken augenblicklich freundlich gegenüber. In den letzten Wochen wurden alle Personen, welche noch wegen Teilnahme an dem griechisch-türkischen Kriege in Haft waren, freigelassen und mit einem kleinen Entschädigungsbetrag versehen.

Türkei.

Konstantinopel, 5. April. Die Flotte hat durch ihren Vorschlag in Paris den Originaltext des französisch-englischen Abkommens über Afrika erhalten mit einer Versicherung des Ministers Delcassé, daß der Vertrag die Araber nicht nach Tripolis nicht gefährde. Seitens der englischen Regierung ist infolge der Abwesenheit Salisbury von London noch keine Zustimmung über den Vertrag eingingegangen. Der nächste Ministerrat soll sich mit dieser Angelegenheit befassen.

Asien.

Die Samoa-Wirren können vorläufig als erledigt betrachtet werden. Der deutsche Vorschlag der Einsetzung einer (höhen) Kommission, in der alle drei Siegermächte gleich vertreten sind und die für eine dauernde Regelung sorgen soll, ist von England und den Vereinigten Staaten angenommen; und alle drei Mächte haben ferner beschlossen, ihre lokalen Agenten, die bei den letzten Ständebund mitgewirkt haben, abzuberufen. Damit ist jede Gefahr für den Ausbruch ähnlicher Vorfälle. Mit Recht spricht das englische Regierungsbüro „Standard“ von der Geistesverwirrung, die in der Luft von Samoa liegt und alle dorthin geschickten europäischen Beamten zu befallen pflegt. Der Kolonialminister scheint dort allerdings in besonders hohem Grade zu grassieren.

Chinesisch-japanisches Bündnis? Wien, 6. April. Infolge einer Venediger Meldung der „Polit. Korresp.“ stimmen dort eingelaufene Nachrichten aus verschiedenen Quellen in der Feststellung der Thatsache überein, daß die japanische Regierung eifrig bemüht sei, ein möglichst enges Verhältnis zwischen China und Japan gegenüber den Bestrebungen der nichtalliierten Mächte in Ostasien herbeizuführen. Zwischen Tokio und Peking soll eine geheime Abmachung betreffend die Ausbildung eines Teils der chinesischen Armee durch japanische Instrukteure und betreffend die Ausbildung chinesischer Offiziere in den japanischen Kriegsschulen bestehen. Obwohl eine authentische Bestätigung bisher noch ausbleibt, erachten die diplomatischen Kreise Petersburgs es nicht für unwahrscheinlich, daß die chinesisch-japanische Annäherung bis zu diesem Punkte gediehen sei.

Afrika.

Von Ruinen im Hinterlande von Kamerun meldet das Central-News-Bureau aus West-Afrika. Dieselben sollen dadurch hervorgerufen worden sein, daß die Deutschen, welche seit der Occupation der Kolonie bis vor kurzem bei der Eröffnung des Landes sehr vorsichtig verfahren seien, neuerdings erheblich rücksichtsloser vorgehen. Gleichzeitig habe die Besetzung von Kamerun, welches seit dem deutsch-französischen Abkommen von 1894 eine französische Enclave bildet, durch eine französische Truppenabteilung die Befürchtungen der eingeborenen Häuptlinge vergrößert.

Partei-Nachrichten.

Ein socialdemokratisches Jena hat die bürgerliche Presse aus einer angeblichen Verurteilung des Genossen Webel gemacht, die dieser in einer zu Jena gehaltenen Rede gehalten haben sollte. Für uns war es selbstverständlich, daß Webel nicht so gesprochen haben konnte, wie man ihm untergeschob, und wir haben deshalb von der Verurteilung keine Notiz genommen.

Kürzlich hat Webel in einer Versammlung zu Göttingen auf eine Anfrage des socialdemokratischen Gemeinderats Ziele über die Verurteilung, die er in Jena in Bezug auf die Bernsteinsche Broschüre gehalten haben soll, der „Frankf. Zig.“ zufolge erklärt, er habe keinen Anlaß zu leugnen, daß innerhalb der Socialdemokratie Meinungsverschiedenheiten bestehen; von tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten habe er jedoch nicht gesprochen. Bernstein sei sein persönlicher Freund seit dreißig Jahren. Er sei aber genötigt, in London zu leben, und sei infolgedessen unseren deutschen Verhältnissen fremd geworden, das beweise seine neueste Schrift. Er, Webel, habe nun in Jena gegen die von Bernstein empfohlene Taktik Stellung genommen und gesagt, wenn diese Taktik von der Socialdemokratie verfolgt würde, dann würde eine neue Partei entstehen mit einer weit schärferen Konzentration. In dessen sei er der sicheren Ueberzeugung, daß nur ein verschwindend kleiner Teil der deutschen Socialdemokraten mit Bernstein einverstanden sei. Wenn die Gegner auf eine Ausräumung der Socialdemokraten hoffen, so sei diese Hoffnung eine eitle.

Mit dieser Sache beschäftigt sich auch die „National-Zeitung“ und schreibt dazu:

Es wird sich wohl bald herausstellen, ob die aus verschiedenen Teilen des Reiches gemeldeten Austritte aus der social-

demokratischen Partei nur zufällig zusammentreffen oder auf die, wie jetzt zugegeben, bestehenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei zurückzuführen sind.

Die Redaktion der „National-Zeitung“ hat vielleicht die Güte, die Austritte in verschiedenen Teilen des Reiches einmal aufzuzählen, dann sind wir gern bereit, ihre Zweifel zu lösen.

Die internationale Konferenz zur Vorbereitung des nächsten internationalen Arbeiterkongresses, welche am 26., 27. und 28. Mai in Brüssel zusammentreten soll, wird, wie man uns mitteilt, von allen fünf Gruppen der dem Verständigungs-ausschüsse vertretenen Socialdemokraten Frankreichs besetzt werden. Als Delegierte der „französischen Arbeiterpartei“ („Marxisten“) werden uns bezeichnet Lafargue und Delors, als Vertreter der „revolutionären socialistischen Arbeiterpartei“ (Allemanisten): Renon und Joindin; als Vertreter der „unabhängigen Sozialisten“: Jaurès und Hamelin; und als Vertreter der „social-revolutionären Partei“ (Blanquisten): Vaillant und Dubreuilh. Neben die fünfste der Fraktionen, den „Bund der socialistischen Arbeiter Frankreichs“ (die „Brouillisten“) haben wir noch keine Nachricht — sie wird aber auch zwei Delegierte senden, jedoch Frankreich im ganzen durch zehn Delegierte vertreten sein wird.

Guesde und Allemane sind leider durch erste Erkrankung an der Teilnahme verhindert.

„Interessante Enthüllungen“ über das Treiben innerhalb der Socialdemokratie“ berichten die „Münchener Neuesten Nachrichten“ aus Greiz:

Der frühere Expedient der socialdemokratischen „Neufährigen Volkszeitung“, Franz Herr Schenderlein, der kürzlich auf Parteibeschluß aus der socialdemokratischen Partei „hinausgefallen“ ist, hat jetzt Enthüllungen über die inneren Mächte der socialdemokratischen Partei mit besonderer Verächtlichkeit der Vorgänge im Fürstentum Neuchâtel, die er u. a. die socialistischen Parteiführer in Neuchâtel, Jahn, Keuffel und Adler, der Verschwendung und Verprassung der aus den sauren verdienten Groschen der Arbeiter bestehenden Parteigelder und anderer Dinge beschuldigt. Zunächst behauptet Schenderlein aus eigener Erfahrung, daß die Delegationen zu den sogenannten Parteitagungen für die Herren Statisten nur Ferienreisen auf Kosten der Arbeiter seien. Die Parteiführer verstanden in ganz geschickter Weise, nicht beim Besuche der Parteitage und Konferenzen, sondern auch bei Wahlen und Streiks ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen. Der Weberstreik vom Jahre 1890 habe ihm zahlreiche Beweise geliefert, daß die Partei und Streikführer Hand in Hand miteinander gehen, um die Arbeiter auszuplündern. Dieser Weberstreik sei ein mutwilliges Unternehmen einiger Parteigrößen gewesen. Auch bei diesem Streik hätten die geheimen Mächte der Socialdemokratie sowohl bei der Anstellung des Streiks als auch in der Streikklasse ihr Wesen getrieben. Die als gewerkschaftliche Helfer auftretenden socialdemokratischen Agitatoren gaben sich gewöhnlich als gemerkte Arbeiter aus, in Wirklichkeit seien es aber nur Stellen- und Mandatjäger, die in verzweifelter Kampfe sich gegenseitig zu verdrängen suchten. Habe ein derartiger Streiber eine Stelle oder ein Mandat erlangt, so sei es auch um seine persönliche Freiheit geschehen, er sei das Werkzeug einer eisernen Parteizucht. Diese sogenannten Arbeitervertreter wollten keine Steigerung der Löhne und keine Verbesserung der Arbeiterlage herbeiführen, ihre Hoffnung gehe dahin, die Arbeiter durch das steigende Geld während des Streiks völlig ins Lager der Socialdemokratie zu treiben. Ein Teil der Führer, die unter der Maske von Arbeitern erschienen, hätte für Unterbringung ihrer Gelder, sogar für Wohnungen in Rußland, bereits Sorge getragen, um gegebenenfalls von Arbeitergroschen ihr Dasein kräftigen zu können. Niemand habe einen solchen gewerkschaftlichen Streikführer der Arm der Gerechtigkeit erregt, aber getauchte Arbeiter hätten in großer Zahl ihre Freiheit mit dem Gefängnis vertauscht. Nach Schenderlein ist auch die ganze Achtstundebewegung nur in Scene gesetzt, um einigen Compagnen Gelegenheit zu geben, die Arbeiter auszuplündern. Er behauptet weiter, die Arbeiter diene nur dazu, einigen Führern und Geschäfts-socialisten eine gute Einnahme zu sichern. Somit beschäftigt sich die Broschüre mit hervorragenden Persönlichkeiten der socialdemokratischen Partei in Neuchâtel, denen schlimme Sachen in Geldangelegenheiten der Partei nachgesagt werden. Der Verfasser wünscht, daß durch seine Schrift recht vielen gedienten und getauchten Arbeitern die Augen geöffnet werden, denn derjenige, welcher der socialdemokratischen Parteikasse durch Sammelkästen, Abonnements auf socialdemokratische Zeitungen u. ein Scherlein zuführt, macht sich des Wohlgegens eines Auswärtigen schuldig und schlage seinen eigenen Kindern ins Gesicht. Zum Schluß läßt sich Schenderlein noch über die „vielgerühmten Arbeiterblätter“ aus, von denen er aus eigener Wissenschaft behauptet, daß sie nichts als Abdruck aus solchen Blättern seien, die von den socialdemokratischen Scherentredacturen mit Vorliebe als „Anatidblätter“ bezeichnet würden. — Man darf gespannt sein, zu erfahren, was die unentwegten Genossen auf die Anschuldigungen ihres früheren Intimus zu erwidern haben.

Die Antwort kann sehr kurz sein: In dieser Verdräcker-geschichte, die sich Socialdemokratie nennt, hat der eble Schenderlein so lange sein Wesen getrieben, bis er hinausgeworfen werden mußte. Was muß das für ein Mensch sein, der nicht sofort eine Gemeinschaft verläßt, wenn er ihre unsäglich Verworfenheit erkannt hat, sondern ruhig wartet, bis er gezwungen wird, zu gehen.

Sie geistige und moralische Armseligkeit der bürgerlichen Blätter erkennt man recht aus dieser Ausbeutung von „Machenschaften“. Wir wünschen dem Schenderlein, daß er von seinen Enthüllungen ein ebenso „lappiges“ Dasein führen kann wie bisher von Arbeitergroschen.

In der Sache wiederholt Schenderlein nur dieselben einseitigen Verleumdungen, die in allen ähnlichen Flugchriften vorgekommen sind. Wie halten es für eine große Unvorsichtigkeit, daß die bürgerliche Presse mit solcher Leidenschaft sich der „Arbeitergroschen“ annimmt. Die Socialdemokratie bezahlt die von ihren Führern in ihrem Dienste geleistete Arbeit in Verhältnis zu bürgerlichen Anschauungen sehr niedrig, sie zählt eben mit Recht auf den operativen Idealismus ihrer Vorkämpfer. Aber die Sorge für die Arbeitergroschen erinnert die Arbeiter daran, daß von ihrem Schwelge auch ihre Gegner, die Führer der Bourgeoisie leben. Und ist es sehr dienlich, wenn die Argumentation unserer Feinde derart die Ansicht des Volkes schärft.

Zur Charakterisierung des ockerneisten Enthüllers diene folgende Erklärung des Landesvertrauensmannes Heinrich Jahn in Greiz:

Schenderlein fühlte sich aus seinem Posten hinausgedrängt. Wir erklären hiermit, daß die Anstellung eines Lokalredacteurs eine unabwehrbare Notwendigkeit geworden war, und daß Schenderlein deswegen diesen Posten nicht bekleiden konnte, weil ihm vor Jahren wegen grober Unterschlagung im hiesigen Sälberschen Geschäft eine Gefängnisstrafe von vier Jahren zuerkannt worden war. Zweitens wäre er aber auch geistig nicht dazu qualifiziert gewesen, was jeder verständige Beurtheiler aus seiner Broschüre selbst herausfinden kann.

Nachkehr aus dem Zuchthaus. Am Montagmorgen 6 1/2 Uhr öffneten sich unserem Genossen Graf die Thore des Zuchthaus in Werben. Aus Herne, Bogum, Essen, von Werden und Umgebung waren Genossen herbeigezogen, um Graf bei seinem Eintritt in die „deutsche Freiheit“ begrüßen zu können. Ging der Empfang bei Schröders und Imbergs Entlassung ohne nennenswerte Störungen seitens der Polizeibehörde von statten, so sollte es diesmal anders kommen. Kaum waren die Genossen von Herne und Essen in Werden angekommen, als auch schon Polizeibeamte die dem Graf gewidmeten Kränze aus den Wagen herausholten und konfiszirten; ja, aus den Herne Wagen eine Kiste wegnehmen, obgleich sie gar nicht wissen konnten, daß dieselbe einen Kranz herge. Die öffentliche Ruhe Werdens sollte nicht gefährdet, eine Demonstration verhindert werden. Aber was die Polizei verhalten wollte, trat ein. Ihr unbegreifliches Vorgehen erregte selbstverständlich allgemeine Entrüstung. Wie ein Lauffeuer ging es durch Werden; im Ru waren die Straßen voll Menschen. Bald wurden dann auch

Soldaten mit aufgeflossenen Bajonetten aus dem Zuchthaus geschickt, um die Menge zu zerstreuen. Glücklicherweise kam kurz darauf auch Graf zum Vorschein, fort ging es unter die Werbener Brücke nach Essen. Alle Bemühungen, die Kränze wieder zu erhalten und ihrer Bestimmung gemäß zu verwenden, waren vergebens.

Die Genossen in Herne veranstalteten am Abend eine Festversammlung zu Ehren Graf's.

Eine Landesversammlung für das Fürstentum Schwarzburg-Sonderhausen hielten die Parteigenossen am 2. April in Arnstadt ab. Sie war von 20 Delegierten besetzt. Aus dem Bericht des Kreisvertrauensmannes, Genossen Gilat, sei die Thatsache hervorgehoben, daß im Fürstentum auf Grund einer alten, jetzt wieder ausgegrabenen Sabbatarordnung Sonntags, auch während der Reichstagswahl, keine Flugblätter ausgeteilt werden dürfen. Es wurden zur Wahl 121 000 Flugblätter verbreitet. Die Einnahmen betragen 3688 M., die Ausgaben 3575 M.

Als Kandidat für die Reichstagswahl (es wird infolge des Protestes nachwahl erwartet) wird wieder Genosse J. o. s. Gotha gewählt. Es wurde beschlossen, die thüringische Agitationskommission zu erneuern, daß sie die Herausgabe eines Agitationskalenders in Erwägung ziehe.

Dem Punkte „Presse“ wurden einige Klagen laut über das Parteiblatt und dazu der Antrag, die Umwandlung der jetzt dreimal wöchentlich erscheinenden „Tribüne“ in ein Tagesblatt zu erstreben, dem Vertrauensmann überwiesen.

Amsterdam, 4. April. (Fig. Ver.) Während der Oftertage fand zu Leuwarden der Jahres-Kongress der socialdemokratischen Arbeiterpartei statt. Die Versammlung, welche unter dem Zeichen des eben erfolgten Sieges bei der Kammerwahl zu Weendam stand, nahm einen glänzenden Verlauf. Es konnte Zeugnis abgelegt werden von dem immer fortschreitenden Einfluß der Partei auf die Arbeiterklasse und auf die ganze Landespolitik. Um den ersteren noch mehr zu befestigen, wurde ein Beschluß gefaßt, wonach die Partei eine engere Verbindung mit den uns zunehmenden Gewerkschaften suchen soll. Auch wird die eigene Organisation verstärkt werden und ist beschlossen worden, in verschiedenen Teilen des Landes ständige Agitatoren angustellen.

Einen breiten Raum nahmen die Verhandlungen über das Programm für die kommenden Gemeindevahlen ein. Der Entwurf, von einer Kommission ausgearbeitet, wurde mit wenigen Änderungen gutgeheißen. Weiter sind Resolutionen gefaßt, worin die Partei ihre Meinung ausdrückt über die vorliegenden Gesetzentwürfe für Versicherung gegen Arbeitsunfälle und für Festsetzung der Arbeitszeit und Ruhepausen erwachsener Arbeiter in geschäftlichen Betrieben.

Die Vorschläge einiger großstädtischer Zweigvereine zur Begründung eines Tagesblatts wurden abgelehnt. Die Partei fühlt sich dafür noch nicht stark genug. Dagegen wurde eine Erweiterung des bestehenden dreimal wöchentlich erscheinenden Partei-Organs beschlossen.

Vielleicht der wichtigste Beschluß des Kongresses war der auf Einleitung einer kräftigen Agitation zur Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts, eine Agitation, in die man suchen wird, auch die Gewerkschaften und bürgerlich-politischen Arbeitervereine hinein-zuziehen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Auch das Urteil des Halberstädter Landgerichts, durch welches die Aufforderung: „Zug fernzuhalten, für keinen großen Unlug erklärt wurde, ist nun durch Revision von der Staatsanwaltschaft angefochten worden. Man kann gespannt sein, ob das Oberlandesgericht zwei seiner Landgerichte oder sich selber relikifizieren werde.

10. Generalversammlung des Verbandes der Lederarbeiter Deutschlands.

Halberstadt, 5. April. Heute Vormittag wurde zu dem gestern verhandelnden Punkt „Arbeitslosen-Unterstützung“ nach folgender Antrag angenommen:

Der Centralvorstand wird beauftragt, vor der nächsten Generalversammlung eine Urabstimmung statifinden zu lassen, um zu erfahren, wie viele Mitglieder sich für die Arbeitslosen-Unterstützung erklären. Die Abstimmung hat durch Circular zu geschehen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betrifft die Einführung von Arbeitsnachweisen. Nach längerer Diskussion wurde folgender Antrag angenommen:

Der Arbeitsnachweis hat den Zweck, den Mitgliedern des Verbandes der Lederarbeiter Deutschlands so bald als möglich offene Stellen nachzuweisen. Der Nachweis geschieht unentgeltlich und liegt in den Händen der Arbeiter. Es sind drei Central-Arbeitsnachweise einzurichten, je einen in Korb, Mittel- und Süddeutschland, bezw. Hamburg, Berlin, Stuttgart-Eßlingen. Dieselben können gelegentlich mit einander in Verbindung treten. In Orten, wo mehrere Betriebe vorhanden sind, empfiehlt sich die Einrichtung lokaler Arbeitsnachweise. Der veraltete Brauch des Umschauens ist möglichst einzuschränken. Die Verwaltung des Arbeitsnachweises ist solchen Kollegen zu übertragen, welche von der Arbeit bei Unternehmern unabhängig sind, und erhalten dieselben eine angemessene Entschädigung. Die Adressen der Arbeitsnachweise sind allmonatlich im Verbandsorgan zu veröffentlichen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist: „Anträge zum Gewerkschafts-Kongress.“ Die Zahlstelle Berlin II beantragt, das Verhältnis des Verbandes zur General-Kommission zu lösen.

Wuffe, Berlin, welcher diesen Antrag begründete, führte aus, die General-Kommission sei eine Institution, welche heute keine Berechtigung mehr habe. Ihre Leistungen länden in gar keinem Verhältnis zu den hohen Kosten, welche sie den Arbeitern verurteilt. Andere Redner, namentlich Schmidt, Altona, vertraten dieselbe Ansicht, sie meinten aber, man solle sich nicht von der General-Kommission trennen, sondern sie zu reformieren suchen, wozu der Gewerkschafts-Kongress die beste Gelegenheit biete. Der anwesende Vertreter der General-Kommission, Köstle-Hamburg, trat den Ansstellungen, welche gegen die Körperlichkeit gemacht wurden, in längerer Rede entgegen. Er bemerkte u. a., die Thätigkeit der General-Kommission habe im allgemeinen die Befriedigung der Arbeiter gefunden. Wenn die General-Kommission gerade von Berlin aus kritisiert wird, so wundere ihn das nicht, denn die Berliner glauben ja immer alles besser zu wissen, wie die Arbeiter in der Provinz. Berlin sei die Mittelpunkt, aus der aller frühere Stank in der Gewerkschaftsbewegung gekommen ist. Gegen diese Bemerkung verwahrte sich Wuffe ganz entschieden.

Es wurde beschlossen, das Verhältnis zur General-Kommission beizubehalten, und dem zum Gewerkschafts-Kongress gewählten Delegierten Wuffe aufgegeben, auf dem Kongress in diesem Sinne zu stimmen.

In der Nachmittags-Sitzung wurde folgender Antrag angenommen: „Der Gewerkschafts-Kongress möge dem Verbands der Land- und Hilfsarbeiter die von diesem besolgte Agitationsweise verbieten, welche darauf gerichtet ist, Arbeiter solcher Berufe als Mitglieder aufzunehmen, denen nichts im Wege steht, der Organisation desjenigen Berufs anzugehören, in welchem sie beschäftigt sind; oder Mitglieder anderer Organisationen diesen abwendig zu machen, um sie dem Land- und Hilfsarbeiter-Verband unter Hinweis auf den niedrigen Beitrag, welchen derselbe erhebt, zuzuführen.“

Hierauf erfolgte die Statutenberathung. Zunächst wurden mehrere Anträge auf Erhöhung des Beitrages abgelehnt, mit der Begründung, daß der Verband mit den bisherigen Beiträgen auskommen könne, da die Arbeitslosen-Unterstützung nicht angenommen werden ist.

Eine ausgedehnte Debatte entstand darüber, ob die Wiederaufnahmegebühr für ausgeschiedene Mitglieder zu erhöhen sei. Die Vertreter der Erhöhung glauben, durch dieselbe zu verhindern, daß die Mitglieder, welche jetzt nur 50 Pf. bei der Wiederaufnahme

zu entrichten haben, so häufig aus- und wieder eintreten, wie es jetzt der Fall ist, so daß also der Mitgliederbestand durch hohe Wiederaufnahmegelder stabiler wird. Schließlich wurde ein Antrag, der die Wiederaufnahmegelder auf 3 M. festsetzt, in namentlicher Abstimmung mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen.

Kongress der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.

Leipzig, den 5. April.
Schumann-Verein referiert über: „Die Unfallversicherung mit besonderer Berücksichtigung unseres Berufs“. Redner schildert in kurzen Zügen die großen Gefahren, denen die Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter bei der rapiden Entwicklung des modernen Verkehrswesens ausgesetzt sind und bespricht eingehend die Mängel der Unfallversicherung.

Nach eingehender Diskussion wird folgende Resolution einstimmig angenommen:
„In Erwägung, daß mit der rapiden Entwicklung des Handels-, Transport- und Verkehrswesens zugleich auch die Gefahren für Leben und Gesundheit der in diesen Berufen thätigen Arbeiter in gleichem Maße zunehmen;

in fernerer Erwägung, daß durch die gegenwärtig bestehende staatliche Unfallversicherung — abgesehen von deren allgemeiner Unzulänglichkeit, nur ein Teil der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter gegen die Folgen der im Beruf vorfindenden Unfälle geschützt werden, fordert der Kongress 1. Ausdehnung der gesetzlichen Unfallversicherung auf sämtliche im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe thätigen Arbeiter. 2. Beteiligung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen an sämtlichen Einrichtungen der Unfallversicherung (Verwaltung, Rentenfestsetzung etc.). 3. Direkte Wahl der Vertreter der Arbeitnehmer durch die Versicherten. 4. Aufhebung des Zwanges für die Verletzten, sich bei Verlust der Rente in bestimmten medico-mechanischen Heilanstalten (sogenannten Rentenquartieren) behandeln lassen zu müssen.

Simpel-Hamburg referiert mündlich über die §§ 315 und 316 des Strafgesetzbuchs und ihre Anwendung auf die Straßenbahnen. Redner beantragt, der Kongress wolle beschließen, die gesetzgebenden Körperschaften zu ersuchen, dem § 316 des Str.-G.-B. folgende Fassung geben zu lassen: „Der fahrlässigerweise durch eine der vorbezeichneten Handlungen den Transport auf einer Eisenbahn in Gefahr setzt, wird mit Geldstrafe bis zu 500 M. oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre, und wenn durch die Handlung der Tod eines Menschen verursacht worden ist, mit Gefängnis von einem Monat bis zu drei Jahren bestraft.“ An der Diskussion beteiligte sich Schulz-Berlin, welcher aus seiner Erfahrung einige krasse Fälle über Verhaftungen auf Grund des § 316 anführt. Die Resolution wird angenommen und sprach hierauf

Rein-Verein über das Fiasco der Socialreform im Handelsgewerbe. Das Ergebnis von langwierigen Beratungen und Verhandlungen, welche sieben Jahre lang dauerten, sei der nunmehr veröffentlichte Gesetzentwurf betreffend den Schutz der Handelsangestellten. Derselbe genüge in keiner Weise den Forderungen der Handelsarbeiter. In der zu diesem Thema angenommenen Resolution werden folgende grundlegende Forderungen aufgestellt: „Ausdehnung des Art. 8 des Entwurfs auf alle Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe und in sonstigen offenen Verkaufsstellen.“ Ferner ist dem § 139c der Gewerbe-Ordnung folgende Fassung zu geben: „Kaufmännische Betriebe, gleichviel welcher Art, sowie offene Verkaufsstellen müssen während der Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein und dürfen Handlungsgehilfen, Lehrlinge und Arbeiter innerhalb dieses Zeitraumes überhaupt nicht beschäftigt werden. Handlungsgehilfen, Lehrlinge und Arbeiter unter 18 Jahren dürfen nach 6 Uhr abends nicht mehr beschäftigt werden.“

Die tägliche Beschäftigungszeit der Handlungsgehilfen und Arbeiter darf 12 Stunden, die des jugendlichen Personals unter 18 Jahren 9 Stunden, einschließlich der Pausen nicht überschreiten. Allen Arbeitern im Handelsgewerbe, auch den in Hausgemeinschaft mit dem Prinzipal lebenden, ist eine Mittagspause von zwei Stunden, sowie je eine viertelstündige Frühstücks- und Nachmittagspause zu gewähren.

Wir fordern, daß der Bundesrat verpflichtet wird, diese Vorschriften gleichzeitig mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes zu erlassen und sie auch auf den Absatz 2 des § 62 des Handelsgesetzbuchs auszuwenden.

Schulz-Berlin hatte das Referat über die Sonntagsruhe im Verkehrsgewerbe übernommen. Seine trefflichen Ausführungen finden in folgender Resolution Ausdruck: „In Anbetracht, daß die Arbeitszeit der im Verkehrs-, speziell Droschkengewerbe beschäftigten Arbeiter eine ganz enorm lange und unbegrenzte ist, auch dem im Gewerbe Beschäftigten ein freier Tag nur nach freier Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusteht, erklärt der Kongress es für nicht im Interesse der Verkehrssicherheit sowohl, als auch im Interesse der Gesundheit der im Verkehrsgewerbe thätigen liegend, wenn sie von den Bestimmungen des § 106i der Gewerbe-Ordnung ausgeschlossen sind. Der Kongress sieht auf dem Standpunkte des Abg. Bebel, daß für die Arbeiter des Verkehrsgewerbes durch Gesetz jede Woche ein freier Tag festgesetzt wird, welcher in jeder dritten Woche auf einen Sonntag fallen muß.“ Die Resolution wird angenommen. Ebenso wird eine Resolution, welche auf Verbehalten des Arbeitsnachweises der Gewerkschaft abzielt, angenommen.

Eine Anregung Daumanns, den Einberufer des nächsten Kongresses zu bestimmen, führt zu einer lebhaften Debatte, die aber schließlich zu der Verständigung führt, daß Hoffmann und Klobelt mit der Einberufung des Kongresses beauftragt werden. Auf eine Anfrage Dreher's erklärte Legien, der Gewählte der lokalen Richtung habe kein Recht, allein einen Kongress einzuberufen.

Ferner wird beschlossen, falls sich die Berliner Lokalorganisation bis zum Gewerkschafts-Kongress dem Centralverband anschließen sollte, der heutigen lokalen Richtung einen Delegierten zu diesem Kongress zu gewähren.

Darauf erfolgt der Schluß des Kongresses.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Sattler, Tischler und Treibriemenarbeiter. Mit dem 1. April ist für Berlin in unserm Fach die Zwangsvereinbarung errichtet worden. Es können demnach die Wahlen zum Gesellenauschuss jeden Tag erwartet werden. Laut Beschluß verschiedener Versammlungen unserer Organisation wollen die organisierten Sattler etc. sich an den Wahlen zum Gesellenauschuss beteiligen und nur mit organisierten Kollegen besetzen. Die Bekanntmachung der Wahlen seitens der Innung erfolgt nur 48 Stunden vorher. Es ist daher unmöglich, eine besondere Agitation zu entfalten und bitten wir daher die Kollegen, sobald der Termin bekannt ist, unter sich von Mund zu Mund für einen regen Besuch der Versammlung zu agitieren. Gedruckte, mit dem Namen der Organisation versehene Stimmzettel werden jedem beim Eintritt in die Versammlung überreicht.

Achtung, Schneider! Die Leipziger Kollegen stehen mit den Unternehmern in einem harten und schweren Kampf. Deshalb versuchen wir den Zugang nach dort streng fernzuhalten. Ferner weisen wir darauf hin, daß die Konfektionsfirma Fabisch u. Laband, Heilige Geistsstraße, nach Mitteilungen von Hamburg die dortige Maßbestellung anfertigt und dortigen Geschäften vielfach Anerbieten behufs weiterer Maßanfertigungen macht. Die Kollegen in Hamburg befinden sich seit Wochen gleichfalls im Ausstand und richten wir an die hiesige Kollegenchaft, namentlich an die Maßschneider, die dringende Bitte, für obgenannte Firma keine Arbeit anzunehmen. Die Ortsverwaltung des Verbandes deutscher Schneider.

Achtung, Steinseher! Die Innung hat ein Eingehen auf unsere Anträge zur Lohnfrage abgelehnt. Es tritt nunmehr die am

12. März d. J. angenommene Resolution II in Kraft, d. h. es hat von morgen ab jeder in Arbeit stehende Steinseher per Woche 50 Pfennige zum lokalen Streikfonds zu zahlen und sich zu diesem Zweck mit einer Streikfondskarte zu versehen. Wer sich dieselbe noch nicht verschafft hat, kann dieselbe morgen abend zwischen 6 und 9 Uhr im Bureau, Rosenthalerstr. 57, Hof part., in Empfang nehmen oder durch seinen Vaudeputierten holen lassen.

Die Einlassung der Streikfondsbeträge geschieht in der Weise, daß der auf jedem Bau zu bestimmende Vaudeputierte die Gelder nebst den Streikfondskarten Sonnabends abends einzieht und an die Kommission abliefern, beziehungsweise die Karten einleihen läßt. Es muß also jeder Kollege des Sonnabends auch seine Streikfondskarte bei sich führen. Montags früh hat der Vaudeputierte dieselbe wieder abzuliefern. Arbeitslose Kollegen sind vom Beitrag befreit, müssen sich jedoch jeden Sonnabend abend ihre Streikfondskarte von der Kommission abstempeln lassen. Diese Beschlüsse haben Geltung für alle in Berlin und im zweimelligen Umkreise belegenen Bauten, ganz gleich, wo die daselbst beschäftigten Kollegen wohnen.

Die Häuser-Kommission.

Deutsches Reich.

Ein Handlungsgehilfen-Kongress, der unter antisemitischer Protektion am zweiten Osterfeiertage in Kassel tagte, beschäftigte sich mit der Gewerbe-Ordnung-Rovelle, die den Schutz der Handelsangestellten zur Aufgabe hat. Die „Arenz-Zeitung“ ist ergrimmt über den Ton, der auf dem Kongress angeschlagen wurde, und mißbilligt sehr scharf die Forderung eines Maximal-Arbeitstages von neun Stunden, die sie als socialdemokratisch bezeichnet. Sodann heißt es:

„Güten aber sollten sich gerade diese Interessenten, in ihren Forderungen zu weit zu gehen und damit die Wohlthaten, die ihnen ja jedenfalls zugewendet werden sollen, zu gefährden. Wir hätten gewünscht, daß der Handlungsgehilfentag sich entschlossen hätte, anzuerkennen, daß nun endlich mit Schulpflichtregeln zu ihrem Wohle vorgegangen werden soll.“

Wir würden der „Arenz-Zeitung“ sehr empfehlen, daß sie den Agrariern über diese weisse Wolle der Mäßigung Vorlesungen hält. Bei den zögernden socialpolitischen Reformen der Regierung ist die Sprache der Handelsangestellten nur maßvoll. Daß sie aber nicht als Vertreter erscheinen, die aber ein kleines Geschenk vor Freude aufjauchzen, ehrt sie.

Der Ausstand der Krefelder Weber läßt nach den letzten Vorgängen die Hoffnung auf eine baldige Beendigung sehr gering erscheinen. Die deutlich ausgesprochene Auffassung der Fabrikanten, daß sie wohl die von den Arbeitern verlangten Löhne bezahlen können, aber die Arbeiter zwingen wollen, in die Fabriken zurückzukehren, hat den Widerstand der Arbeiter aufs neue angestachelt und auch die Krefelder Bevölkerung bleibt mit ihrer Sympathie auf Seiten der Streikenden. Jeder empfinde, hier handelt es sich nicht darum, ob die Forderung der Arbeiter gerecht ist, sondern daß die Unternehmer, gestützt auf ihren Geldsack, jedes Mißbestimmungsrecht der Arbeiter im Arbeitsvertrage unter allen Umständen unterdrücken wollen. Unterdrücken in jenem diktatorischen Hochgefühl, das sie bisher gegen ihre Arbeiter angewendet. Der Kampf ist schwer, aber unerschütterlich haben die Arbeiter, unterstützt von ihren Klassengenossen in Deutschland, den Kampf geführt. Und wenn die „Kölnische Zeitung“ in etwas deprimierter Stimmung ausruft, daß nur eine Uneinigkeit unter den Arbeitern die Situation ändern kann, so mag sie darin recht haben, aber ihre Hoffnungen sind sehr gering, sie werden nicht in Erfüllung gehen.

Die Berliner Arbeiter aber mögen in Anbetracht der Lage der Streikenden in ihrer Unterstützung nicht einhalten, jetzt gilt es doppelt den Kämpfenden zur Seite zu stehen, sie in ihrer Ausdauer gegen die Unternehmer durch reichliche Unterstützung zu kräftigen. Jede jeder im Kreise seiner Freunde und Berufskollegen für die Bedrängten hilfreiche Hand zu leisten, damit den Ausständigen zum Siege verholfen wird.

Beiträge nimmt Millarg, Gewerkschafts-Sekretär, Ammenstraße 16, entgegen.

3000 Arbeiter in Reichenbach i. Z. A. ausgeperrt. Wie bereits berichtet, haben die Arbeiter in Reichenbach an die Fabrikanten das Verlangen gestellt, in ihren Betrieben die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen. Diese Forderung wurde von den Fabrikanten kurz abgelehnt, worauf es bei der Firma Wehl u. Rausau zum Ausstand kam. Infolge dieses Ausstandes wurde sämtlichen Arbeitern gekündigt und befinden sich bereits 3000 Arbeiter aus 7 Fabriken im Ausstand.

Der Streik der Maurer in Bruchmühle bei Alt-Landsberg hat nach sechsstägiger Dauer mit dem Siege der Arbeiter beendet. Errungen ist eine Lohnerhöhung für Maurer, welche weniger dem 35 Pf. pro Stunde erzielten ein Mindestlohn von 38 Pf., für solche die mit 35 Pf. und mehr vor dem Streik gekündigt wurden ein Mindestlohn von 40 Pf. Sonnabends 1/2 und an den Tagen vor den Feiertagen 1 1/2 Stunden früher Feierabend. Außerdem Verbesserung der Baubuden und Aborte.

In Leipzig im Odebrunnen erhielten die Maurer bei elfstündiger Arbeitszeit einen Tagelohn von 2,20 M. Die Arbeitszeit erhält noch dadurch eine Verlängerung, weil fast alle Arbeiten auswärts, 2 Stunden und weiter liegen. Die Arbeiter forderten zehnstündige Arbeitszeit und 25 Pf. Stundenlohn, sowie Errichtung von Baubuden und Aborte, welche bisher gänzlich fehlen. Am 4. April legten die Maurer die Arbeit nieder. Die Maurer von Reichenbach traten am 5. April in den Streik. Sie erhielten bisher bei 11stündiger Arbeitszeit einen Stundenlohn von 27 1/2 Pf. Schon im Herbst reichten sie die Forderung: 10stündige Arbeitszeit und 35 Pf. Lohn etc. ein. Antwort erhielten sie jedoch nicht; im Januar wurde die Lohnkommission bei den Arbeitgebern vorstellig, die Meister lehnten jedoch jede Verhandlung ab, nur einer rieth, man möchte die Arbeitgeber nochmals zu einer Verhandlung einladen, dann würden sie erscheinen. Diesem Wunsch wurde nachgegeben, aber nicht mal der Anreger erschien. Die Arbeitsniederlegung war an beiden Orten eine einmütige, die Arbeit ist dringend und somit die Situation für die Streikenden eine sehr günstige. Kollegen allerorts, haltet den Zugzug fern.

Die Agitationskommission der Maurer.

Unternehmer-Terrorismus. Die Steinarbeiter von Breitenbach und Umgegend, einer Ortschaft bei Zeig, arbeiteten einen Accord resp. Lohnarif aus und theilten ihre Wünsche den Unternehmern bereits im Januar mit, in der Erwartung, daß der in bestehenden Grenzen gehaltene Tarif am 1. April in Kraft treten möge.

Als Antwort erhielten die Steinarbeiter folgendes Schriftstück zugesandt:

„Die Unterzeichneten beschließen in Rücksicht auf die Lohnforderung der Steinhauer, heute jeden Steinhauer, welcher mit seinem bisherigen Lohn nicht zufrieden ist, zu entlassen und einer von dem anderen keine Leute einzustellen. Auf keinen Fall wird mehr als 37 Pf. pro Stunde bezahlt. Es soll von den Unterzeichneten ein Tarif ausgearbeitet und den Leuten vorgelegt werden und wieder Accordarbeit eingeführt werden. Dasselbe soll bis zum 1. Mai d. J. geschehen.“

Nach dem 1. Mai können dann die heute entlassenen Leute jeder bei seinem früheren Arbeitgeber wieder eingestellt werden. Fremde Leute können nach Belieben eingestellt werden.

Drohzig und Hassel, den 5. April 1899.

gez.: Adolf Lehmann, Rudolf Mohland, Otto Häfelbarth, H. Winkler.

Zu bemerken ist, daß sämtliche 24 Mann der Organisation angehören und der Widerstand der Unternehmer wohl an dem Solidaritätsgefühl der Steinarbeiter scheitern wird.

Lohnkämpfe der Steinarbeiter. Zu den bereits gemeldeten Lohnkämpfen ist noch hinzuzufügen, daß in den Granitbrüchen von Siriegau ca. 200 Steinarbeiter in Ausstand getreten sind. 70 Mann legten in Pilgramsdorf bei Nechan im Fichtelgebirge

die Arbeit nieder. In brutalster Weise wurden 24 Mann in Drohzig bei Zeig von den Unternehmern auf Pflaster gesetzt und sollen bis zum 1. Mai ausgeperrt bleiben. Bei der Firma Stecher in Straßburg sind seit 3 Wochen 20 Mann im Ausstand. Im Streik befinden sich insgesamt ca. 800 Mann. — Zugzug nach vorgenannten Orten ist fernzuhalten!

Die Zimmerer in Köln stehen im Streik, weil eine Anzahl Innungsmitglieder die Stunde, um welche am Sonnabend früher Feierabend eintritt, vom Lohn abziehen.

In Schwelm befinden sich gleichfalls sämtliche Zimmerer im Ausstand.

Bergarbeiterausstand. Am 1. April sind sämtliche Bergleute der Petersrodaer Grube nicht angefahren. Sie verlangen 20 Prog. Lohnzulage und wollen die Arbeit nicht eher aufnehmen, bis die Forderung bewilligt ist. Unser Partei-Organ in Halle schreibt hierzu: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Petersrodaer Bergleute sind so trauriger Natur, daß die Forderung mehr als berechtigt ist. Die Grube ist weit und breit als ein Wasserloch bekannt. Jeden Monat wird ein neuer Mantel gebraucht, der mag noch so gut sein, nachdem man eine halbe Stunde arbeitet, ist man durch und durch naß. Alle drei Monate sind ein Paar neue Stiefel notwendig und so geht es mit der ganzen Kleidung. Ein Trockenraum ist nicht vorhanden. Die durchnässten Bergleute müssen frierend warten, bis es dem Steiger gefällt, ihnen die Marke abzunehmen. Geht einer nach Hause, ehe ihm die Marke abgenommen worden ist, dann hat er 1,50 bis 3 M. Strafe zu bezahlen. So sind die hiesigen Verhältnisse außerst traurig in jeder Beziehung. Hoffentlich gelingt es, durch die jetzige Bewegung eine Besserung zu schaffen.“

Ausland.

Der sechste Kongress des dänischen Schmiede- und Maschinenarbeiter-Verbandes wurde in Kopenhagen abgehalten. Der deutsche Metallarbeiter-Verband war durch H. H. L. vertreten, ferner der schwedische Eisen- und Metallarbeiter-Verband, sowie der norwegische Metallarbeiter-Verband. Nach dem Bericht hat sich die Mitgliederzahl seit dem letzten Kongress verdoppelt (um mehr als 2000 Mitglieder vermehrt). Nur einige Staatsbahn-Arbeiter und einige in kleinen Städten gehörten der Organisation noch nicht an. Das Hauptereignis des letzten Jahres war die große Ausperrung nicht um Lohn, sondern um die Macht die zu Gunsten der Arbeiter entschieden wurde. — Die Fabrikanten verpflichteten sich, in Streitfällen sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen und zu verhandeln. Es wurden dann mehrere Resolutionen angenommen in der Lehrlingsfrage, in der Ausführung von Facharbeiten durch ungelernete Arbeiter etc.

Sociales.

Kinderschutz. Der preussische Kultusminister hat sämtlichen Regierungen und Oberpräsidenten einen Erlaß übermittelt, worin auf ein Urteil verwiesen wird, in dem entschieden ist, daß eine Polizeiverordnung, nach welcher schulpflichtige Kinder in der Zeit von 7 Uhr nachmittags bis 7 Uhr vormittags zum Ausstragen von Wadwaren, Milch, Zeitungen und anderen Gegenständen, zum Regelausgehen oder zu sonstigen Verrichtungen in Schankwirtschaften, zum Aufwarten oder zum Handel mit Blumen oder anderen Gegenständen nicht verwandt werden dürfen, Rechts-gültigkeit hat.

Arbeiter-Risiko. Eine große Grubengas-Explosion ist zu Bachmut, dem Hauptort des großen Kobleubiers (russisches Gouvernement Katherinoblan), in dem Steinkohlen-Bergwerk erfolgt, wobei 81 Arbeiter getötet wurden.

Sociale Rechtspflege.

Gegen den Oberkellner Helm klagte ein sogenannter Zuträger auf Zahlung rückständigen Lohnes in Höhe von 17 Mark. Der Beklagte wandte ein, das Gewerbegericht sei unzuständig, weil er nicht ein Arbeitgeber im Sinne der Gewerbe-Ordnung und des Gewerbegerichts-Gesetzes sei. Die Kammer VI des Gewerbegerichts vernahm den Restaurateur Labendorf, bei dem der Kläger und der Beklagte gleichzeitig beschäftigt waren, als Zeugen. Labendorf bestätigte dem klagenden Oberkellner, daß sich dieser auf seine eigenen Kosten dem Zuträger gehalten habe. Der Gerichtshof verurteilte Helm, dem Kläger die 17 M. zu zahlen, und Gewerbegericht Krause führte begründend aus: Unstreitig sei der Oberkellner dem Kläger die 17 M. schuldig, da er den Kläger angenommen und bezahlt habe. Das Gewerbegericht sei aber auch zuständig, über die Forderung zu entscheiden, denn Kläger und Beklagter seien Arbeiter desselben Arbeitgebers gewesen. Nach dem Gewerbegerichts-Gesetz sei das Gewerbegericht auch zuständig für Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis, die Arbeiter desselben Arbeitgebers gegen einander geltend machen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hamburg, 6. April. (B. Z. B.) Vor dem hiesigen Seeamt begannen heute die Verhandlungen über den Unfall, welcher der „Bulgaria“ zugefallen ist. Der Vorsitzende stellte im Verlaufe der Verhandlung fest, daß die Passagiere in keiner Weise Klage geführt, sondern über das Verhalten des Kapitäns, seiner Offiziere und der Mannschaft nur in rühmender und lobender Weise ausgelagt hätten. Schließlich wurde die Verhandlung vertagt, um den Eingang mehrerer technischer Gutachten abzuwarten.

Nachod, 6. April. (B. Z. B.) Nachdem das Militär aus Josefstadt eingetroffen, konnte die Ruhe teilweise wiederhergestellt werden. Trotzdem ist die Situation noch immer sehr kritisch. Ein von Reutern angelegter Brand konnte, ohne größere Dimensionen anzunehmen, noch rechtzeitig gelöscht werden. Die Stadt bietet das Bild der Verwüstung. Viele jüdische Geschäfte sind vollständig ausgeplündert. Der Schaden ist sehr bedeutend. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Budapest, 6. April. (B. Z. B.) Abgeordnetenhause. Bei der Beratung des Ackerbau-Gesetzes erklärt der Ackerbauminister Daranyi, das Gesetz über die Feldarbeiter habe sich als gut erwiesen. Er bereite auch Vorlagen betreffend die Erdbreiter sowie bezüglich der Tabakpflanzung vor. Er wolle die Frage der Arbeiterversicherung womöglich in Verbindung mit der Gesundheitsversicherung lösen. Für dieselbe müßten Staat, Gemeinde und Arbeiter Opfer bringen. Hinsichtlich Verwüstung der Weinflössungen werde die Regierung auf der eingeschlagenen Bahn weiter schreiben. Es liege ihr fern, unheimliche Konfulte zu belästigen; sie werde jedoch die Fälligkeit auch in Zukunft unbefürmert um die Angriffe verfolgen.

London, 6. April. (B. Z. B.) In diplomatischen Kreisen wird eine baldige befriedigende Lösung der Differenzen mit Deutschland wegen Samoa in sichere Aussicht gestellt, umso mehr als die Washingtoner Regierung nach Berichten von dort mit dem schroffen Vorherrscher Englands absolut nicht einverstanden ist und rüchlos dem deutschen Vorschlag behufs Einsetzung einer gemeinsamen Kommission zustimmt.

Petersburg, 6. April. (B. Z. B.) Die Universität wird in der nächsten Woche wieder eröffnet werden, ebenso das technologische Institut. Die Universitätsbehörden erhielten den Auftrag, die strengste Auswahl der zu Zulassenden vorzunehmen und nur solche anzunehmen, welche sich verpflichten, die neue Studienordnung einzuhalten.

Konstantinopel, 6. April. (B. Z. B.) In der Zeit vom 23. Februar bis zum 4. April sind in Djeddah 76 Personen an der Pest gestorben.

Washington, 6. April. (B. Z. B.) Als Vertreter der Vereinigten Staaten werden an der Abrüstungskonferenz im Haag der Volkshausler in Berlin White, der Gesundheitsminister Rowell, der Präsident der Columbia-Universität Seth Low, Kapitän Crozier vom Artillerie-Departement für das Landheer, Kapitän McLean für die Marine und Frederic Hollis als Sekretäre teilzunehmen.

Zur Reichstags-Wahl im 2. Kreise.

Alle diejenigen Wähler, welche infolge der Verschiebung ihres Wohnortes und ihres Arbeitsortes sowohl an ihrem Wohnort in die Wählerliste eingetragen sind, wie auch an dem Orte, wo sie die Woche über arbeiten (z. B. Arbeiter, Handwerker etc., die im Wahlkreis Teltow-Beesow, Rauch-Bezig, Nieder-Barnim u. s. w. wohnen und in Berlin II arbeiten oder umgekehrt), haben selbstverständlich das Recht, bei der Wahl am 11. April im 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis ihre Stimme abzugeben, sofern sie schon bei der letzten Wahl in die Wählerlisten des 2. Kreises eingetragen waren.

Wir bitten die Genossen, ihre Nebenarbeiter hierauf aufmerksam zu machen und sie zu veranlassen, am 11. April ihr Wahlrecht auszuüben. Wir haben den letzten Mann notwendig, damit die freisinnige Spekulation, die sozialdemokratische Stimmenzahl durch die vielfachen Umzüge künstlich herunterzubringen, vereitelt werde! Wir müssen alles aufbieten, den Freisinn schon in der Hauptwahl aus dem Felde zu schlagen, denn der Freisinn rechnet darauf, in der Stichwahl abermals die Hilfe der Regierungsgenossen und die Stimmen der Konservativen zu erhalten. Wenn er diesmal den Dank auch nicht wie bei der letzten Wahl bar in reaktionären Gegendiensten durch die Wahl der konservativen Kandidaten in Potsdam, Brandenburg, Lüdowalder-Jüterbog u. s. w. abstoßen kann, so kann dies ja später in der Form freisinniger Unfälle, Kolonisations- und Schwänzungen geschehen wie beim Sozialistengesetz. Und die Zuchtbandvorlage steht drohend vor der Thür. Und ebenso als warnendes Wahrzeichen die Thatsache, daß Eugen Richter den letzten Umfall des Centrums bei der Militärvorlage offen beschönigte, aus Furcht vor Neuwahlen und zum Dank für die Stichwahl-Hilfe des Centrums!

Also, Parteigenossen, agitiert und werbt für vollzählige Erscheinen aller Arbeiter an der Wahlurne und deren Stimmabgabe für den sozialdemokratischen Kandidaten

Richard Fischer, Kreuzbergstr. 45 IV.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Zur Beachtung

für die am 11. April zu Kontrollversammlungen einberufenen Wähler des 2. Kreises.

Diejenigen Wähler, welche am 11. April, dem Tage der Wahl im 2. Kreise, zu Kontrollversammlungen einberufen sind, verlieren dadurch das Wahlrecht nicht. Sie unterstehen zwar für den ganzen Tag dem Militär-Strafgesetz, haben sich daher von jeder Agitation und Dienstleistung für die Sozialdemokratie fernzuhalten, aber ihr Bürgerrecht als Wähler können sie unbehindert ausüben.

Also: Jeder in die Wählerliste eingetragene Reservist und Landwehrmann, ob er am 11. April zur Kontrollversammlung einberufen ist oder nicht, hat das Wahlrecht und daher, wenn er seine politischen und sozialen Interessen ernsthaft wahren will, die Pflicht, am 11. April für den sozialdemokratischen Kandidaten

Richard Fischer, Kreuzbergstraße 25 IV

seine Stimme abzugeben!

Wahltagen scheint der Freisinn unter die verzeihlichen Kollagen zu rechnen. In der That ist die Rot der Herren groß genug. Neuerdings verbreitet man zur Berliner Nachwahl ein freisinniges Flugblatt, das eine faulig leuchtende Verschmierung von Albernheiten und Lügen darstellt. In dem Blatt heißt es z. B.:

„Sie geben sich als Schläger der Schwachen aus und natürlich auch als die Freunde des Mittelstandes. Dabei aber — um nur ein Beispiel herauszuheben — stellen sie sich in der Frage der Privatposten schlingend vor das Großkapital, verhindern billige Portofäge, an denen die ärmere Bevölkerung für ihren Briefverkehr, die kleineren Gewerbetreibenden für den geschäftlichen Wettbewerb das dringendste Interesse haben, und geben die Angestellten der Privatpost preis, um der Schwärmerie für Monopole willen, die sie zu ihrer Unterstützung des Regierungsfeldzuges gegen die Privatposten drängt.“

Der Verfasser dieser Sätze ist offenbar der Berliner Arbeiter, der kürzlich in derselben Frage die sonst anständigen und wahrheitsliebenden „Dresdener Morgenzeitung“ infam hineingelegt hat. Das Dresdener Blatt genügt seiner Pflicht, unsere thatsächliche Widerlegung des einfältigen und wehrlichen Geschwäzes seinen Lesern mitzutheilen. Aber die Lüge war zu schön; sie mußte darum in dem Flugblatt noch einmal aufgetischt werden.

Der demagogische Kniff ist aber nicht nur verlogen, sondern auch sehr dummg. In den Augen des Freisinns müßte es doch als eine sehr löbliche Mauserung der Sozialdemokratie erscheinen, wenn sie sich „schlingend vor das Großkapital stellt“. Das freisinnige Flugblatt aber heßt hier plöcklich gegen das Kapital — freilich nach dem Galten-den-Dieb-Grundsatz. In Wahrheit stellt sich natürlich der Freisinn auch in dieser Frage schlingend vor das an der Erhaltung der Privatposten interessierte Kapital und er beschleht die Sozialdemokratie gerade deshalb, weil sie ihren Grundfragen gemäß das allgemeine Interesse staatlicher Organisation über die Selbstsucht des privaten Kapitals erhebt. Warum sagt das Flugblatt nicht gleich aus, daß die Sozialdemokratie sich in der ähnlichen Frage der Verstaatlichung der Elektrizitätswerke schlingend vor das Großkapital gestellt hat.

Die blöde, plumpe Verdrehung ist so handgreiflich, daß sie vermuthlich mit Entzücken von der „freisinnigen Zeitung“ aufgegriffen werden wird, die immer eine Vorliebe für das Alledummste hat, was auf dem Gebiete der Entstellungen geleistet werden kann.

Um schließlich seine Verabfolgung für einen — französischen Generalstabsposten zu erbringen, behauptet der Flugblatts-Erfinder, die Sozialdemokratie gebe die Angestellten der Privatpost preis. Es genügt, aus dem amtlichen Stenogramm zu wiederholen, was Genosse Singer unlängst darüber in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung ausgesprochen hat:

„Ich will nur betonen, daß auch in der Vorlage eine Entschädigung der Angestellten und Beamten vorgesehen ist, die mir zwar zu niedrig ist, die aber zu erhöhen in der Verhandlung möglich sein wird.“ — Außerdem... muß man doch auch den Gesichtspunkt im Auge behalten, daß die Angestellten dieser Privatposten von einem Tage zum andern oder von acht Tagen zu acht Tagen auf die Straße gesetzt werden können. In dem Augenblick, wo die Reichspost die Privatpost verschluckt, unter den Bedingungen, die sie einzugehen sich einverstanden erklärt hat durch Uebnahme der bei der Privatpost angestellten Beamten, verbessert sich deren Loos erheblich, indem sie sie in bessere Stellungen bringt und ihnen Pensions-

berechtigung giebt, während sie jetzt ganz in das Belieben der Privatgesellschaft gestellt sind, wogegen sie in Zukunft zu einer staatlichen Beamtenstellung gemacht würden. Wenn ich die Wahl habe, wessen ich mich bei dieser Frage annehmen soll, dann nehme ich mich lieber dieser 2700 Beamten an als des des Kapitals, damit die Dividenden weiter gezahlt werden.“

Pölschell mit seiner Karbatsche kommt zur Wahl. Bis dahin hat er in seinem Organ, der „Deutschen Tageszeitung“, geschwiegen, aber jetzt tritt er auf in voller Spahhastigkeit. In unserer Mittwochsausgabe sind die Wahlfälschungsmärchen des Herrn Eugen Richter auf Grund seines eigenen „Thatsachenmaterials“ auf ihren inneren Wert zurückgeführt worden. Wir konstatieren, daß der aschgraue Freisinnsmithus, dem zufolge die Sozialdemokraten nach gefährdeten Wahlkreisen Wölferwanderungen inscenieren, sich auch diesmal als plumpe Erfindung entpuppt hat.

Was macht nun Pölschell aus dieser für Herrn Richter so schimpflich verlaufenen Geschichte? Er taucht seine Karbatsche in Tinte und malt in der „Deutschen Tageszeitung“ folgendes Schreckensbild an die Wand:

„Sozialdemokratische Wahlfälschung. Berlin, 6. April. Die „Frei. Zig.“ hat festgestellt, daß bei der letzten Wahl im zweiten Berliner Wahlkreise Leute gewählt haben, die niemals in diesem Wahlkreise gewohnt haben.“

Pölschell tritt nur einmal jährlich im Zirkus Busch auf, und zwar, wenn der Bund der Landwirte dort seine Versammlung abhält. Wir sind überzeugt, daß der Direktor dieses Instituts viel darum gäbe, wenn er die wertvolle Person Pölschells auf die Dauer an sein Unternehmen fesseln könnte. Zwar müßte der Kladderadatsch dann trauern, aber das Organ der Agrarier wäre eine böse Plage los.

Die freisinnig-reaktionäre Pölschellsche, für die jetzt die Kuppler vom journalistischen Wahlendamm unentwegt Gelegenheit machen, ist den demokratischen Elementen, die freilich im Verhängen sind, denn doch so widerwärtig, daß sie sehr auffällige Zurückhaltung üben und die Wahl fast ignorieren. Dagegen wimmert das Roffe-Blatt, daß 1893 die Teilnahmslosigkeit der Konservativen den Sieg der Sozialdemokratie in die Hände gespielt habe, und es erklärt feierlich, es werde von der Gewissenhaftigkeit der Konservativen und der ihnen nahestehenden Parteien abhängen, ob sie den Kreis der Sozialdemokratie ausliefern wollen.

Welch rührendes Massenbündnis: die Börse schlägt die heiligsten Hüter Agrariens!

Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie.

Zweiter Verhandlungstag.

Krimmitschau, 6. April.

Die Verhandlung wird um 9 Uhr vormittags eröffnet und die Generaldebatte über die Organisationsfrage fortgesetzt. Nach langer eingehender Diskussion wird schließlich unter Ablehnung aller übrigen Anträge der Entwurf des Central-Komitees, aber mit einigen ganz unwesentlichen Änderungen, angenommen, und dazu noch folgende Resolution:

„Die Landesversammlung stellt es mit Rücksicht auf § 8 des Organisationsstatutes den einzelnen Kreisen resp. Orten frei, von der Ernennung resp. Wahl eines Vertrauensmannes abzusehen.“

Damit ist die Organisationsfrage erledigt; es wird in der Verhandlung des dritten Punktes „Agitation und Presse“ eingetreten. Auf Antrag wird aber wegen vorgerückter Zeit nur über die Presse verhandelt. Es liegt dazu ein Antrag des 1. Kreises vor, den „Armen Teufel aus der Oberlausitz“ als Partei-Organ anzuerkennen.

Der Referent Eichhorn-Dresden weist darauf hin, daß die sächsische Arbeiterpresse im großen ganzen ihre Aufgaben erfüllt, wenn auch im einzelnen zu wünschen übrig bleibt. Der Punkt Agitation hätte hierzu zweifellos eine Menge Anregungen nach der Richtung gegeben. Vielfach wird auf eine zweideutige, verarbeitete propagandistische Stoffe viel zu wenig Wert gelegt. Die kleineren haben freilich dazu meist nicht genügende Kräfte, oder zu wenig geschulte Redaktionen, die großen Blätter wieder fühlen sich zu sehr als Hüter des Princips. Es werden da lange theoretische, fruchtlose Erörterungen gepflogen, nicht selten der kostbare Raum durch persönliche Kabbalereien und Rechtshabereien verschwendet. Es soll durchaus nicht die Notwendigkeit verkannt werden, Front zu machen gegen Ansichten, wie sie z. B. Schöpel in der Militärfrage zum besten gegeben hat. Er ist ein sächsischer Abgeordneter, und die sächsische Parteipresse ist in solchem Falle in erster Linie berufen, Stellung zu nehmen. Aber der unnötige Lärm sollte unterbleiben, wenn einmal ein Akademiker, der in der Parteipraxis vielfach sehr wenig erfahren ist, eine Ansicht ausspricht, die mit unserem Princip in Widerspruch steht. So schwächlich ist die Partei heute nicht mehr mit ihren Millionen von Wählern, daß sie sich durch Ansichten Einzelner umkrempeln ließe. Man mißt den Akademikern da eine viel zu große Bedeutung bei. Wenn irgend ein anderer Genosse, Vertrauensmann etc. mal einen Fehler macht, wird er im kleinen Kreise gerüffelt und dann ist es gut. Die große Menge der Arbeiter versteht solche gelehrten Auseinandersetzungen nicht und belohnt sie nicht, die Zeitung zu lesen. Jene Blätter sollten aber nicht vergessen, daß sie Lokalblätter sind, in die finsternen Winkel des Indifferentismus hineinzulichten. Mit größtem Eifer und Geschick zielbewusste Kritik an den bestehenden Zuständen zu üben, ist zehnmal wichtiger für die Verbreitung unserer Parteigrundzüge, als diese polemischen Artikel der praktischen Parteithätigkeit fernstehender Stubengelehrten. — Gegen die Annahme des Antrages aus dem ersten Kreise hätte Redner nichts einzuwenden, wenn dahinter nicht der fertige Plan eines dreimal wöchentlich erscheinenden Parteiblattes stände. Der „Arme Teufel“ kann nur als Partei-Organ anerkannt werden, wenn er in der jetzigen Form als spezifisches Propagandablatt erhalten bleibt. Politisches Parteiblatt ist der „Vollstreckend“, und ihm darf keine Konkurrenz gemacht werden. Redner stellt am Schluß deshalb folgenden Antrag: „Die Landeskonferenz erkennt den „Armen Teufel“ als Partei-Organ an mit dem Vorbehalt, daß Erweiterungen, die über das wöchentliche Erscheinen des Blattes hinausgehen, der Genehmigung der Landeskonferenz bedürfen.“

In der Diskussion erklärt sich Fischer, Redacteur des „Armen Teufel“, einverstanden mit dem Antrag Eichhorn. Es liege den Genossen in der Lausitz fern, an dem Blatt etwas zu ändern. Landgraf Chemnitz erörtert die Umstände, welche zur Verschmelzung des „Vorbacher“ und „Vollstreckend“ führten. Er weist den Vorwurf zurück, als ob durch den billigen Abonnementspreis des nunmehr täglich erscheinenden Blattes in Chemnitz dem „Vollstreckend“ in Quidau eine Konkurrenz bereitet werden sollte, oder daß dieser Preis ohne Rücksicht auf die Profitabilität festgesetzt worden sei. Wir haben in Burgstädt nur 40 Pf. für die Zeitung genommen und sind dabei gut gefahren. Die Festlegung des Preises auf 50 Pf. ist auf Grund eingehender Erwägungen erfolgt. Es sei auch wahr, daß man über die Kopie der sächsischen Parteigenossen hinweg in Berlin Geld verlangt habe.

Nach weiteren, die Zeitungs-Angelegenheiten betreffenden Bemerkungen der Genossen Zeißig, Chemnitz, Lorenz, Blumh, Sindermann, Dresden und Stolle, Gesau erhält das

Schlußwort der Referent Eichhorn. Er wollte darauf verzichten, aber persönliche Anfragen, welche Konsequenzen die auf den „Armen Teufel“ sich beziehenden Anträge haben würden, veranlassen ihn, darauf zu antworten. Die Annahme der Anträge würde eine Uebnahme des finanziellen Risikos des Blattes auf die Partei bedeuten. Nach Erklärungen des Drüders deutet sich aber der „Arme Teufel“ finanziell. Es würde sich also höchstens um Straf- oder Projektkosten handeln.

Der Antrag Eichhorn wird darauf mit großer Majorität angenommen.

Es folgt nun die Beratung über „die bevorstehenden Landtagswahlen“, dazu liegen drei Anträge aus dem 5., 6. und 16. Kreise für Beteiligung, ein Antrag aus dem 18. Kreise gegen Beteiligung vor.

Als Referent hat zuerst Frähdorf-Dresden das Wort. Er ist der Meinung, daß Neues über die Sache nicht mehr vorgebracht werden kann. Die Beteiligung an den Landtagswahlen ist lediglich eine Frage der Taktik. Trotzdem ist die Sache von größter Bedeutung. Vor allem sollen wir den Kartellparteien nicht die Genugthuung geben, uns zu entziehen. Die Leipziger machen für ihren Standpunkt geltend, daß kein Erfolg und keine Mandate zu erringen sind. In den 70er Jahren hat sich die Partei in Sachsen in derselben Weise mit dem früheren Wahlgesetz beschäftigt und sich später doch mit Erfolg beteiligt. In der nächsten Zeit erringen wir freilich keine Mandate, das wird aber nicht alle Zeit so sein. Das wäre auch sehr schlimm, denn es würde Stillstand in der Entwicklung der Partei bedeuten. Die Entwicklung wird auch dazu führen, daß unsere Gegner, die mit dem Klassenwahlrecht nicht einverstanden sind, uns die Stimmen geben. Ein Beispiel haben wir ja in Dresden bei den Reichstagswahlen gehabt, wo offenbar ein Teil der Antisemiten für Gradnauer gestimmt hat. (Heiterkeit.) Wir brauchen und dürfen uns bei der Agitation nicht lediglich auf die Handarbeiter stützen, ohne daß wir dabei unsere Principien preisgeben brauchen. Die Rektionäre im Landtag waren so schlau, 150 000 Personen mehr das Wahlrecht zu geben. Diesen müssen wir Gelegenheit geben, ihre Stimmen für unsere Sache abzugeben. Der Versuch ist vor zwei Jahren mit der Wahlbeteiligung gemacht worden; das ist aber nicht maßgebend, denn es war nur der dritte Teil der Wähler, wir müssen aber sämtlichen sächsischen Wählern Gelegenheit geben, den Versuch zu machen. Das ganze Land muß demonstrieren, um die Mäßigkeit des Klassenwahlrechts zu erweisen. Das muß aber all in durch Wahlbeteiligung geschehen, da nur so das Volk zu interessieren ist. Das ist auch ein willkommenes Mittel, während der fünf Jahre, wo der Reichstag tagt, die Massen aufzurütteln. Nichtbeteiligung würde bei den Gegnern Jubel erzeugen. Ihnen kommt es ja gerade darauf an, die Agitation lahm zu legen. Unsere Passivität würde schließlich auch die Bildung von Mittelparteien im Gefolge haben, der wir doch durchaus nicht Vorzug leisten dürfen. Die Gegner werden sich auch nicht alterieren, wenn die Wahlbeteiligung infolge unserer Enthaltung eine minimale würde, das beweist Preußen, wo nur 4 bis 11 Proz. der Wähler wählen. Ja, wenn ein gewisser Prozentsatz der Wähler für das Zustandekommen einer Wahl notwendig wäre, dann ließe sich über Wahlenthaltung reden, um Wahlen überhaupt auf Grund des Klassenwahlrechts zu verhindern.

So keine Wahlmannen vorhanden sind, wird man ja von Beteiligung absehen müssen. Das schlimmste würde aber sein, wenn man die Beteiligung jedem einzelnen Kreise überläßt. Wir müssen geschlossen marschieren. Wenn wir keine Siege erringen, so schädigen wir doch die Gegner, diesen Kampfplatz dürfen wir nicht verlassen.

Korreferent Lipinsky spricht zunächst seine Verwunderung darüber aus, daß Frähdorf vor der Ansprache noch nicht abgekommen ist, daß unter dem Klassenwahlrecht Erfolge zu erzielen sind. Dieses System ist ja gerade rechnerisch so ausgeklügelt, daß jeder Erfolg ausbleiben muß. Redner sucht das an der Hand der Bestimmungen des Gesetzes nachzuweisen. Bedeutenderes habe man an der letzten Wahl nur im 10. und 16. Wahlkreise erreicht. Nun sollte man die Hoffnung auf die Antisemiten, darauf können wir nicht rechnen. Die Befürchtung vor dem Entstehen von Mittelparteien ist unbegründet, die letzte Reichstagswahl lehrt das Gegenteil. Frähdorf hat auf dem sächsischen Parlament verschwinden werden. Das Moment der Agitation wird so sehr betont. Wenn es keinen anderen Agitationsstoff gäbe, ließe man sich das gefallen. Die Agitationsmöglichkeit verlagert überdies dort, wo wir keine Wahlmannen finden; in solchen Gegenden ist die Agitation aber gerade am nötigsten. Und die Wahlversammlungen sind teilweise die traurigsten. Das negative Demonstrationen auf die Dauer nicht bewirkt werden können, ist richtig; das trifft aber ebenso auf erfolglose Wahlbeteiligung zu. Auch da läßt das Interesse nach. Wir können den Kampf auch mehr auf das wirtschaftliche Gebiet übertragen, zumal unsere ländliche Bevölkerung zum großen Teil aus hinausgeschobenen Industrie-Arbeitern besteht. Auch die sogenannte Wohlthätigkeit durch Wahlbeteiligung zu treiben ist zwecklos, da es uns ganz gleich sein kann, ob ein Rational-liberaler oder ein Antisemit in den Landtag geht. (Widerpruch.) Auch Kompromisse mit anderen Parteien, wie sie von manchen Genossen empfohlen werden (Rein!), müssen wir vermeiden. Ja sie sind sogar von einem Mitgliede eines Agitationskomitees, vom Genossen Bethold-Ebbau, empfohlen worden. Den Standpunkt des Genossen Hänisch gegenüber Leipzig teile ich nicht. Es war nur ein Fehler von uns, daß wir an unserer zuerst eingeschlagenen Taktik nicht festgehalten haben; dann wäre die Frage nicht hier zur Verhandlung. (Zuruf: Das Prinzip!) Hier ist gar kein Prinzip. Die Minderheit vertritt nur konsequent ihren Standpunkt. (Bravo! im Zuschauerraum.)

Nach eingehender Debatte und kurzen Schlußworten der Referenten wird in namentlicher Abstimmung mit 58 gegen 21 Stimmen beschlossen, daß sich die Genossen auch in Zukunft an den sächsischen Landtagswahlen beteiligen.

Am 5. Punkt: Gemeinderatswahlen, referiert Höppner-Cotta. Er legt die allgemeinen und speziellen Gesichtspunkte dar, unter welchen wir uns an den Gemeinderatswahlen beteiligen; die Notwendigkeit einer allgemeinen Richtschnur, eines Programms, mache sich immer fühlbarer. Er empfiehlt eine Resolution, nach welcher im Laufe des Jahres eine Konferenz der Gemeindevertreter stattfinden und dort ein Programm aufgestellt werden soll.

Nach kurzer Debatte wird dieselbe angenommen und dem Central-Komitee zur Durchführung überwiesen. Ebenso ein diesbezüglicher Antrag des 17. Wahlkreises.

Am 6. Punkt, Anträge, findet folgender Antrag des sechsten Kreises nach kurzer Begründung ohne Debatte Annahme: „Es ist Pflicht der sozialdemokratischen Reichstags-Kandidaten und der Abgeordneten, ihre Wahlkreise auch außer der Wahlperiode organisatorisch und agitatorisch zu bearbeiten.“

Weiter wird auf ein Schreiben an die Landeskonferenz vom Genossen Grundwald aus Scheibersdorf, dessen im 2. Kreise erfolgter Ausschluss aus der Partei nach eingehenden Darlegungen Eichhorns als zu unrecht erfolgt erklärt, und rückgängig gemacht.

Als Ort zur Abhaltung für die nächste Landeskonferenz waren Dresden und Löbau vorgeschlagen. Es wird Dresden dazu bestimmt.

Damit hatte die Landesversammlung ihr Ende erreicht. Sie wurde von A den durch ein kurzes, kerniges Schlußwort, welches in einem begeistert aufgenommenen „Hoch“ auf die Sozialdemokratie ausklang, geschlossen.

Vierte Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Halle, den 5. April.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Berichte des Vorstandes und Ausschusses, bemerkt R o h l a d - Berlin, daß der Hauptvorstand den Torgelower Streik zu Ungunsten des Verbandes registriert habe; der Streik sei nicht verloren gegangen, sondern das, was verlangt wurde von den Arbeitern, sei erreicht worden.

Nach längerer Debatte wird ein Antrag angenommen, den Hauptvorstand zu beauftragen, Verhandlungen anzubahnen, um eine Verschmelzung mit Leipzig-West und -Centrum zu erzielen. Das Protokoll soll, um Unfrieden vorzubeugen, nicht gratis an einige Kollegen, sondern für den Preis von 10 Pfennigen abgegeben werden. Darauf wurde dem Kassierer Werner einstimmig Decharge erteilt, und zum 3. Punkt der Tagesordnung übergegangen.

Als Referent zur Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung und Beitragserhöhung belam an Stelle des erkrankten Mitgliedes Segis, der Sekretär Reichel das Wort. Redner weist darauf hin, daß die Arbeitslosenfrage eine sehr brennende geworden ist. Die schädigende Wirkung der sogenannten Reservearmee sei bekannt; die Arbeitslosen drücken auf den Lohn und diesem Uebelstande müsse entgegengetreten werden. Die Arbeitslosen-Unterstützung müsse als eine sogenannte ausgleichende Gerechtigkeit wirken; denn ebenso wie man den jüngeren Kollegen Reise-Unterstützung, Umzugskosten zc. bezahlt, könne man auch den verheirateten Kollegen eine Arbeitslosen-Unterstützung zahlen. Man sagt, der Staat habe die Pflicht, die Sorge für die Arbeitslosen zu übernehmen. Man möge doch aber erwägen, daß ein Staat, der in so ausgeprägter Weise die Interessen des Großbürgertums vertritt, für die Arbeitslosen nicht viel thun könne. Unternehmern der Staat aber in dieser Frage etwas, so könne man überzeugt sein, daß es zu Ungunsten der Arbeiter-Organisationen ausschlägt. Durch die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung werde ein besseres Bindemittel unter den Mitgliedern geschaffen und der Verband verliere dadurch nicht den Charakter der Kampforganisation; die Unterstützung werde nur als Mittel zum Zweck benutzt. Die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung werde sich zum Vortheile des Verbandes auswachsen und wer das Wohl des Verbandes wünsche, der möge für den Antrag des Vorstandes stimmen. Der Antrag des Vorstandes lautet:

	für männl. Mitglieder	für weibl. Mitglieder
52 Wochen	M. 6,-	M. 3,-
104	7,-	3,50
156	8,-	4,-
208	9,-	4,50
260	10,-	5,-

Der Korreferent Ehrler-Fraunfurt wendet sich in längeren Ausführungen gegen die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung. Der Verband könne die schlimmen Folgen, die dadurch entstehen, nicht übernehmen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse seien so unsicher, daß die Tragweite eines solchen Schrittes nicht abzusehen ist. Mit der Arbeitslosen-Unterstützung werden nur die Indifferenten gefesselt; es soll auch zugegeben werden, daß wegen der Unterstützung einige Kollegen eintreten, aber der Kampfcharakter wird durch die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung abgetreift. Warum habe man denn jahrzehntelang auf die Hirsch-Dunderischen Werkvereine geschimpft und gesagt, das sind nur Unterstützungsvereine? Und heute will man dasselbe machen, wie die Hirsch-Dunderianer. Solche Unterstützung lenke vom richtigen Ziele ab. Die Verkürzung der Arbeitszeit und die Disciplinierung der Massen sei die Hauptaufgabe des Verbandes. Durch die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung könnte das Unternehmertum, wenn es uns einmal recht viel Arbeitslose zur Unterstützung stellt, den Verband mit einem Schläge lahm legen. Ebenso wie man das Kleinhandwerk nicht vor dem Untergange retten könne, so könne man auch den Metallarbeiter nicht durch die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung retten. 6 M. Wochen-Unterstützung ist schlimmer wie gar nichts, damit könne man niemand vor dem Untergange retten. Die Stimmung für die Arbeitslosen-Unterstützung ist eine künstlich erzeugte. Man möge auch damit rechnen, daß durch die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung eine ganze Anzahl Mitglieder dem Verbande den Rücken kehren werden. Redner plädiert sodann für eine Urabstimmung über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung und schließt mit den Worten, stimmen Sie nicht für die bedingungslose Einführung dieser Unterstützung.

Aus dem Bericht des Vorstandes sei noch nachzutragen, daß der Verband am Schlusse des Jahres 1898 — 75 431 Mitglieder zählte. Der Kassenbestand der Hauptkasse betrug zur selben Zeit 391 360,66 M.

Nach einer Pause wird in die Diskussion über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung eingetreten. Am jeder eodent. Verbitterung die Spitze abzubringen, wird ein Antrag, abwechselnd einen Redner für und einen Redner gegen die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung sprechen zu lassen, angenommen. Als erster Redner tritt Weinheber-Hamburg für die Einführung ein. Die große Mehrheit der Hamburger Metallarbeiter sei dafür und man wolle doch gewiß nicht sagen, daß in Hamburg der Klassenkampf nicht im Vordergrund stehe; gerade in Hamburg seien die heftigsten Klassenkämpfe gewesen. Redner hält eine Urabstimmung für zwecklos; Berlin allein habe nur 27 Delegierte für die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung gestimmt.

Ex a t v o in - Quedlinburg trat energisch gegen die Einführung und für eine eventuelle Urabstimmung ein. Man möge in Erwägung ziehen, mit wie viel Stimmen die Delegierten gewählt worden sind. Wie viel Mitglieder mögen wohl für die 27 Delegierten in Berlin gestimmt haben? Man möge den deutschen Metallarbeiter nicht „auseinanderreißen“, das heißt nicht etwa körperlich, und nicht Stoff zur Gründung von Sozialvereinen geben. Von der weiteren Diskussion über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung gestatten wir uns, Raumanns Kollegen, mitzutheilen, daß das für und das Wider bis zum Abend abwechselte. Besonders neue Gesichtspunkte traten nicht mehr hervor. Die Abrechnung des Ausschusses ist geprüft und für richtig befunden worden und dem Ausschuss wird Decharge erteilt.

Halle, den 6. April.

Die Diskussion über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung wurde fortgesetzt. Die eine Gruppe vertritt noch wie vor darzulegen, daß durch Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung der Boden der Kampforganisation verlassen werde; die andere Gruppe hält die Einführung mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse für absolut notwendig und eine Minderheit ist für fakultative Einführung. Nach Annahme eines Antrages auf Schluß der Debatte wurde zur Abstimmung geschritten und die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung durch namentliche Abstimmung mit 108 gegen 29 Stimmen beschlossen. Die Verkündung des Resultats wurde mit einem lauten Bravo begleitet. Der Vorsitzende spricht darauf die Hoffnung aus, daß dieser Beschluß für den Verband segensreich wirken möge. Darauf tritt eine Pause von 15 Minuten ein.

Es wird hierauf zum Punkt 4 der Tagesordnung: Statutenberatung, übergegangen. Ein Antrag, über die projektirte Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung und Beitragserhöhung nach § 17 Abs. g des Statuts noch eine Urabstimmung stattfinden zu lassen, wurde mit 74 Stimmen gegen 63 Stimmen abgelehnt. Darauf wurde über die principielle Frage der Beitragserhöhung beraten.

Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, die Wochenbeiträge für männliche Mitglieder auf 30 Pf. (um 10 Pf.) und für weibliche Mit-

glieder auf 10 Pf. (um 5 Pf.) zu erhöhen. Ueber die Anträge betreffs Zahlung von Krankenunterstützung, Sterbegeld und Umzugskosten wurde zur Tagesordnung übergegangen. Die Anträge betreffs Bau- bezw. Bezirkseinteilung, besoldeter Vertrauensmänner zc. wurden nach längerer Debatte der Statutenberatungs-Kommission überwiesen. Beim Punkt Presse bemerkt De Jung, daß der Redacteur Scherm mit Arbeiten überbürdet sei und müsse ihm eine Hilfskraft beigegeben werden. Hierauf tritt eine Mittagspause ein.

III. Kongreß der durch Vertrauensmänner centralisirten Gewerkschaften Deutschlands.

Braunschweig, den 5. April 1899.

In der heutigen Sitzung wird in der Berichterstattung über die Organisation an den einzelnen Orten fortgefahren und sodann folgende auf dem vorigen Kongresse beschlossene Resolution wieder angenommen:

In Erwägung, daß nach den Berichten der Delegierten der einzelnen Berufe und Organisationen mit geringen Ausnahmen die systematische Vernichtung der Vertrauensmänner-Centralisationen seitens der in Verbänden organisierten Arbeiter, hauptsächlich aber von den Führern derselben betrieben wird, erklärt der zweite Kongreß der Vertrauensmänner-Centralisationen für die Zukunft jede Rücksicht auf ein friedliches Zusammenarbeiten fallen zu lassen und zwar so lange, bis auch unseren Wünschen in genügender Weise Rechnung getragen ist und uns die bisher vorenthaltenen Anerkennung zu teil wird.

Der Kongreß erblickt in der Agitationsweise der Verbandsleiter eine schwere Schädigung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und eine Hemmung der nach Freiheit ringenden Volksmassen, und beauftragt daher die zu wählende Geschäftscommission, mehr als bisher in Wort und Schrift den gefährdeten Organisationen zur Seite zu stehen. Hauptächlich in denjenigen Berufen, welchen es bisher nicht möglich war, selbständig Agitation treiben zu können.

Ueber den 3. Punkt der Tagesordnung: „Presse“ referierte Thieme-Berlin. Redner führte aus, daß die Schwierigkeiten einer Redaction, allen Wünschen der Leser gerecht zu werden, bei der „Einigkeit“ besonders groß seien. Den Vertrauensmännern sei aber der Vorwurf nicht zu ersparen, daß sie die Redaction nicht genügend unterstützt hätten. Der erste Kongreß habe ihnen die Verfügung gegeben, vierteljährlich Situationsberichte einzusenden, das sei aber nur mangelhaft geschehen. Speziell rügte Redner dies Veräumnis bei den Solinger, Planenburger und Braunschweiger Gewerkschaften. Die Berliner Maurer hätten demgegenüber das Blatt bei sich obligatorisch eingeführt. Gegenwärtig hätte das Blatt 5140 Abonnenten, doch wären 6500 nötig, um es um einen halben Bogen vergrößern zu können. Er empfiehlt darauf folgenden Antrag der Berliner Maurer zur Annahme:

Der Preis für „Die Einigkeit“ bleibt derselbe, um aber dieselbe doch vergrößern zu können, beschließt der Kongreß: Jeder Beruf, welcher sich der Vertrauensmänner-Centralisation angeschlossen hat, hat das Organ „Die Einigkeit“ obligatorisch für seine sämtlichen Organisierten einzuführen.

In der Diskussion berichten Zimmerer Gramann-Halle, Kleinsieger Wegener-Berlin, Maurer Gehl-Berlin, Zimmerer Spiegel-Sieglitz über gute Wirkung des Obligatoriums auf ihre Organisationen. Tapezierer Strauß-Braunschweig berichtet, daß seine Gewerkschaft die „Einigkeit“ ein Jahr lang ohne Beitragserhöhung obligatorisch eingeführt hatte. Infolge dadurch verhehlterter Kassenverhältnisse sei beschloffen worden, nur 15 Exemplare auf Vereinslosten zu halten. Er hoffe jedoch, daß das Obligatorium bald wieder eingeführt werden würde. Maurer Obermeier-Braunschweig bemerkt gegenüber den auf die Maurer Braunschweigs gerichteten Angriffen, daß der Antrag auf Einführung des Obligatoriums 3- bis 4mal mit großer Majorität abgelehnt worden sei. Es sei eben hier eine starke Strömung für den Centralverband vorhanden und im „Grundstein“ finden die Kollegen ein Besseres als in der „Einigkeit“. Die Schreibweise der letzteren gegen den Verband sei viel zu scharf. Für Berlin mag das hingenen, in Braunschweig aber lebten die Kollegen in Frieden mit den Verbänden. Auch müßte die „Einigkeit“ die Orte, in denen Maurerstreiks ausgebrochen sind, bekannt geben, auch wenn sie die Notiz aus anderen Blättern nehmen muß, damit es nicht wieder, wie vor einigen Wochen beim Delmenhorster Streik, vorkommen kann, daß sich Braunschweiger Maurer aus Unkenntnis zu Streikrednern anwerben lassen. Auch habe die „Einigkeit“ in Bezug auf die in Dresden verurteilten Bauarbeiter nicht genug gethan. Tischler Meißel-Berlin findet die Schreibweise der „Einigkeit“ gegen die Verbände noch nicht scharf genug. Bauarbeiter Krüger-Berlin verteidigt gleichfalls die „Einigkeit“.

Darauf tritt die Mittagspause ein.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung theilt der Vorsitzende mit, daß folgende Resolution Hoffmann-Fischer eingelaufen ist:

Da aus dem Bericht des Verlegers der Zeitung „Einigkeit“ hervorgeht, daß der Stoffandrang zur Zeitung zu groß ist, um ihn in der jetzigen Größe bewältigen zu können, beschließt der Kongreß:

1. Jede Organisation wird verpflichtet, von Nr. 27 ab das Organ „Die Einigkeit“ obligatorisch für jedes organisierte Mitglied einzuführen.

2. Sobald festgestellt werden kann, daß die Ausgaben für eine Vergrößerung durch die Abonnentenzahl gedeckt werden, hat der Verleger die Pflicht, die Zeitung dementsprechend zu vergrößern.

3. Von denjenigen Organisationen, welche dem Beschluß ad 1 nicht nachkommen, werden nur dann Berichte usw. aufgenommen, wenn Raum vorhanden ist.

Redacteur Regierungsbaumeister a. D. Kehler erklärt, daß er sich von vornherein über die Unmöglichkeit, es allen recht zu machen, klar gewesen sei. Die Disposition über den Raum des Blattes werde durch die langen Verammlungsberichte sehr erschwert, welche meist im letzten Augenblick eintreffen. Durch Vergrößerung des Blattes werde dem abgeholfen werden, doch werde diese selbstverständlich erst durchgeführt werden, wenn die Mittel dazu vorhanden sind.

Nachdem in der Resolution der Berliner Maurer der Passus „Jeder Beruf hat das Organ... einzuführen“, umgeändert ist in „Jeder Beruf verpflichtet, das Organ... einzuführen“, wird dieselbe in namentlicher Abstimmung mit 27 gegen 8 Stimmen angenommen. Die Resolutionen Fischer-Hoffmann und Mielert werden damit als abgelehnt erklärt.

Darauf wurde in den fünften Punkt der Tagesordnung, „Tatist der Gewerkschaften gegenüber den Angriffen auf das Koalitionsrecht“, eingetreten.

Der Referent, Genosse Kehler, gab eine geschichtliche Entwicklung des Koalitionsrechts, besprach die Wirkung der Februar-Erlasse und ging dann zu den Angriffen der Scharfmacher auf den § 152 der Gewerbeordnung über. Letztere hoffen, es unmöglich machen zu können, daß sich ein Streik noch in geordneten Bahnen vollzieht, indem sie alle diejenigen Personen ungeschädlich machen wollen, welche einen Streik zu leiten die Aufgabe haben. Wenn auch über die in der Luft schwebende „Zustandsvorlage“ heute noch nichts Greifbares vorliege, so wisse man doch, welcher Tendenz sie sein werde, weshalb es nötig sei, bereits Stellung dazu einzunehmen. Er schlägt deshalb folgende Resolution vor:

Der Kongreß der Lokalorganisierten und durch Vertrauensmänner centralisirten Arbeiter Deutschlands protestiert mit Nachdruck gegen jeden Versuch, das Vereinigungsrecht der Arbeiter zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen in irgend einer Art zu beschränken oder zu verkürzen. Besonders erhebt er Widerspruch dagegen, daß unter dem Vorgeben, die Arbeitswilligen zu schützen, die Verbreitung und Durchführung von Arbeitseinstellungen erschwert und unmöglich gemacht wird, indem auf die dazu nötigen Handlungen schwere Strafen gelegt werden, die die mit der Leitung der Ausstände betrauten Personen ins Juchthaus bringen können.

Die Versammlung erklärt, daß solchen Bestrebungen gegenüber es die Pflicht aller Arbeiter und Arbeiterorganisationen ist, womöglich noch mehr als bisher für die Befreiung des Proletariats und

die Erlangung der politischen Macht durch die Arbeiter mit aller Macht und aller Entschlossenheit einzutreten.

Berichtigung. In dem gestrigen Bericht heißt es irrtümlich, daß die Maurer nur 10 434 M. im abgelaufenen Jahre gesammelt hätten. Die Summe beträgt 28 473,21 M., wovon 17 899,11 M. Ausgabe abgingen, so daß ein Bestand von 10 574,10 M. verblieb.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

12. Sitzung vom Donnerstag, den 6. April 1899. Nachmittags 5 Uhr.

Zu Beginn der Sitzung findet die Einführung und Verpflichtung des neugewählten Mitgliedes Fabrikbesitzer R ö h l i c h in der üblichen Weise statt.

Zu seinen Einführungsworten weist der Vorsteher Dr. Langerhans mit Nachdruck darauf hin, daß Berlin noch immer ohne sein kommunales Haupt, den Oberbürgermeister, ist, und fordert den neugewählten Kollegen auf, seinen ganzen Eifer und Fleiß einzusetzen, damit trotz dem die Geschäfte in einer Weise erledigt werden, daß die Wohlfahrt der Stadt nicht leidet.

In den Ausschuss für die Vorlage betreffend Baureparaturkosten an der Thomastrasse ist auch Stadtv. Jacoben gewählt; dem Ausschuss für den Antrag Borgmann, betreffend den Bau der Gemeindeschule in der Bielestrasse, gehört der Antragsteller als Vicevorsitzender an. Zu dem Ausschuss für die Vorlage wegen der Unterhaltungspflicht der Stralauer Dorfstrasse sitzen u. a. Stadtv. Gottfried Schulz und Tollsdorf.

Nach Erledigung einer großen Anzahl von Rechnungssachen wird über die im Rechnungsjahre 1899 vorzunehmende Neu- bezw. Umpflasterung von Straßen und Plätzen Beschluß gefaßt. Bei der Verathung des Stadthaushalts-Etats sind an den Ausgaben für Pflasterung zur Ausgleichung des Fehlbetrages im Etat 200 000 M. abgesetzt worden; der Pflasterauschuss beantragt, je 100 000 M. davon auf das Comto derjenigen Straßen zu legen, in denen 1899 die beabsichtigte Neu- oder Umpflasterung wegen eventueller Einlegung von Straßenbahngeleisen nicht zur Ausführung kommt. An dem Verzeichnisse der Pflasterungen selbst sind nur geringfügige Veränderungen vorgenommen worden.

Die vom Magistrat vorgelegene Asphaltierung der kurzen Strecke am Königsplatz, zwischen Koon- und Hindersinstraße hat der Ausschuss abgelehnt, weil das daselbst liegende Steinfeld noch in vorzüglichem Zustande ist. Stadtv. Spinola beantragt die Wiedereinziehung mit dem Zusage: „soweit die Mittel reichen“.

Der Antrag wird vom Stadtv. Rosenow und vom Referenten Stadtv. Dinse beläupft und von der Mehrheit abgelehnt, ebenso der Antrag auf Berücksichtigung einer Petition des Vorstandes der jüdischen Gemeinde auf Asphaltierung der Heiderentergasse. Die Ausschussbeschlüsse werden lediglich bestätigt.

Der freibändige Erwerb des Grundstücks Neue Hofstr. 13 für 620 000 M. und die Zahlung von insgesammt 28 875 M. Entschädigungen an 6 Mieter wird vom Ausschuss gemäß dem Magistratsantrag empfohlen; für die Grundstücke Hofstr. 13 und 14 dagegen werden nach Ansicht des Ausschusses zu hohe Preise gefordert, so daß er ihren Erwerb im Wege der Enteignung vorzieht. Der Erwerb der drei Grundstücke ist zur Inangriffnahme des Baues der Hofstraßen-Brücke erforderlich.

Stadtv. Dinse beantragt, um den Brückenbau noch in diesem Jahre beginnen zu können, die Ablehnung des Ausschusses und den Anlauf auch der beiden Grundstücke an der Hofstraße für die geforderten Beträge zu beschließen.

Stadtv. Wallach und der Referent Stadtv. Esmann entgegen, daß der Beginn des Brückenbaues in diesem Jahre sichergestellt sei, auch wenn das Enteignungsverfahren platzgreife.

Die Versammlung beschließt nach den Ausschussanträgen.

Der Anlauf von 302 Quadratmeter Terrain vom Grundstücke Alt-Robbit 55/56 für 70 M. pro Quadratmeter zur Bürgersteigregulierung wird genehmigt.

Am Waldenseerstr. 25/26 soll ein Grundstück von 4689 Quadratmeter für 54 M. pro Quadratmeter zur Errichtung einer Gemeinde-Doppelschule erworben werden. Die Versammlung erklärt sich entsprechend dem Antrage des niedergesetzten Ausschusses damit einverstanden.

Vom Stadtv. Ahlmann und 25 Mitgliedern ist am 20. März folgender Antrag eingereicht:

Die Versammlung ersucht den Magistrat um eine Vorlage betreffs der einseitigen Verlegung der Sammlungen des Märkischen Provinzial-Museums aus dem Adolnischen Rathaus gegebenenfalls in die Markthalle an der Grünhalden- und Wadstraße, zum Zwecke der baldigen Vereinfachung der Verkehrsverhältnisse in der Gertraudenstraße.

Der Antragsteller hält seinen Antrag für notwendig, da das Adolnische Rathaus endlich im Verkehrsinteresse niedergelegt werden müsse. Der Einwand, daß die einzelnen Stüde der Museumsammlung keinen mehrmaligen und weiteren Transport vertragen, sei nicht stichhaltig.

Stadtv. Matterner ist für Ausschussberatung. Mit der Wiederholung des Adolnischen Rathauses sei die Frage der Verkehrsverbesserung noch lange nicht erledigt.

Stadtrat Friedel: Der Magistrat hat beschlossen, das Adolnische Rathaus nach dem 1. October cr. abzubrechen (Verfall), das Märkische Museum und das Gewerbegericht nach dem Sportoffenengebäude in der Zimmerstraße zu verlegen. Eine besondere Untercommission soll über die Art der Unterbringung beider Vorschläge machen. Die Bedenken wegen der Gefahren des Transports teilt allerdings auch der Konservator der Kunstdenkmäler, der außerdem den Abbruch des Adolnischen Rathauses nicht für so dringlich hält; diese Bedenken erscheinen indessen dem Magistrat nicht durchschlagend und müssen gegenüber den Verkehrsinteressen zurücktreten.

Stadtv. Ahlmann findet den Ausdruck „nach dem 1. October“ zu unbestimmt und fürchtet, daß event. das Rathaus noch drei bis vier Jahre stehen bleibt.

Stadtrat Friedel: Der Abbruch soll im October 1899 stattfinden.

Stadtv. Matterner verbleibt bei dem Antrage auf Ausschussberatung. Die Niederlegung des Rathauses allein fördere die Verkehrsinteressen keineswegs; die Arbeiter würden mindestens drei Jahre dauern, inzwischen sei das neue Museumsgebäude fertig, und man ziehe lediglich zweimal um.

Die Niederlegung eines Ausschusses wird beschlossen.

Ferner liegt eine lange Reihe von Hoch- und Tiefbau-Projekten der Versammlung zur Beschlußfassung vor.

Die speziellen Entwürfe zu den 20 Paraden für innere und chirurgische Krankenhäuser und zu den Gebäuden für männliche und weibliche Geschlechtskrankheiten auf dem Grundstück des IV. städtischen Krankenhauses an der Seestraße, sowie die zugehörigen Kostenanschläge über insgesammt 5 186 700 Mark werden genehmigt, ebenso einige weitere spezielle Entwürfe, u. a. zum Neubau eines Gewächshauses an der Rückwand der Halle des Dienstgebäudes im Humboldthain, und zum Neubau einer Turnhalle für die 201. Gemeindeschule in der Gr. Frankfurterstr. 23.

Den Umbau der „Eisernen Brücke“ will der Magistrat jetzt in Angriff nehmen, obwohl die Versammlung am 8. April 1897 beschlossen hat, die Entscheidung über die betreffende Vorlage so lange auszuschieben, bis der Magistrat mit dem Fiskus ein Abkommen dahin getroffen habe, daß die Straßenbahn in der Straße „Hinter dem Viehbaue“ auch nach Fertigstellung der neuen Brücke verbleibe. Diesen Vorbehalt empfiehlt der Magistrat fallen zu lassen. Die Brücke selbst soll nicht, wie ursprünglich geplant war, massiv, sondern als Balkenbrücke in Eisen ausgeführt werden, da der Baugrund eine andere Anlage nicht gestattet. Während des Umbaus soll eine Holzbrücke angelegt werden. Das Bestehen auf dem obigen Vorbehalt erachtet der Magistrat für ein Hemmnis des förderlichen Fortgangs der mit der Polizei eingeleiteten Verhand-

lungen über die Ueberführung der Straßenbahn über die Straße „Unter den Linden“ im Zuge der Charlottenstraße.

Stadt. Rosenow ist nicht dafür eingenommen, daß hier wieder einmal dem Fiskus ein Stüchchen nachgegeben werden soll; die städtischen Interessen müßten auf nachdrücklichste gewahrt werden. Die Brücke solle jetzt 200 000 M. mehr kosten, als das Projekt von 1897. Die Ueberführung der Straßenbahn über die Linden sollte seitens der Stadt gerade mit dem Bau dieser Brücke in festem Zusammenhang erhalten werden. Redner beantragt Ausschußberatung.

Stadtbaurat Kraus erläutert die Gründe zur Ueberleitung des Projekts und hebt hervor, daß seiner Zeit die Erhaltung der Geleise in der erwähnten Straße nur provisorisch zugefanden worden ist.

Stadt. Hugo Sachs: So lange die Geleise dort liegen, haben wir ein Recht darauf; dieses geben wir aus der Hand, wenn wir jetzt schon mit dem Neubau beginnen. Wozu derart die Position der Stadt verschlechtern? Diese Seite der Sache und auch der Kostenpunkt machen Ausschußberatung notwendig.

Die Vorlage geht an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern. Genehmigt wird der spezielle Entwurf zum Neubau einer Gemeindefabrik in der Grenzstraße, ebenso derjenige zum Neubau eines Kochschulgebäudes auf dem Grundstück der 119./120. Gemeindefabrik, Subenerstr. 51/52. Hierzu gelangt ein Unterantrag Louis Sachs zur Annahme, wonach der Magistrat ersucht wird, zu erwägen, ob nicht ein größeres Zimmer in diesem Gebäude zur Abgabe der hergerichteten Speisen an geeignete Personen eingerichtet werden kann.

Die Vorentwürfe zu Neubauten von Gemeindefabriken in der Vergmann-, Watt-, Straßmannstraße und vor dem Stralauer Thor, sowie der XIII. Realschule am Schleswiger Ufer werden nach kurzer Debatte einem Ausschusse von 15 Mitgliedern überwiesen.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Für die Benutzung der öffentlichen Schlachthäuser Berlin werden in der Zeit vom 1. April 1899 bis 31. März 1900 an Gebühren erhoben. Für ein Kind über 1 Jahr alt 1,50 M.; im Alter von 4—12 Monaten 1 M.; für ein Kalb bis 4 Monate 50 Pf.; für ein Schwein 1,05 M.; für ein Schaf 30 Pf.; für eine Ziege 40 Pf. Ferner sollen an Gebühren für die Untersuchung des Schlachtviehs während des angegebenen Jahres erhoben werden: Für ein Kind über 1 Jahr alt 50 Pf.; im Alter von 4—12 Monaten 50 Pf.; für ein Kalb bis 4 Monate 20 Pf.; für ein Schwein 85 Pf.; für ein Schaf 10 Pf.; für eine Ziege 5 Pf.

Zu Taten des Kirchhofs-Portals im Friedrichshain brachten die Blätter kürzlich die Mitteilung, daß der Oberpräsident die vom Polizeipräsident am 15. Februar d. J. erlassene Verfügung, durch welche die Feuerlaubnis verweigert wird, als ortspolizeiliche anerkannt habe, wie dies der Magistrat aus einer vor Jahren mit dem Polizeipräsident getroffenen Vereinbarung gefolgert hatte. Der Oberpräsident hat nun aber nicht, wie irrtümlich gemeldet, der Bescheid, sondern der Klage Fortgang gegeben, weil der Magistrat ausdrücklich auf Entscheidung im Verwaltungs-Streitverfahren angetragen hatte. Darnach wird der Magistrat also doch zwei richterliche Instanzen (Bezirksauschuss und Ober-Verwaltungsgericht) beschickigen, falls gegen das erstinstanzliche Urteil Berufung eingelegt wird. Vor dem Bezirksauschuss vertritt die Sache des Magistrats bekanntlich Herr Justizrat Kleinholz.

lokales.

Eine Flugblattverteilung findet im zweiten Wahlkreise am nächsten Sonntag, früh 7 1/2 Uhr, statt. Die Genossen und Genossinnen, die sich im Dienste der Partei hierfür zur Verfügung stellen wollen, sind gebeten, sich recht frühzeitig und recht zahlreich an den bekannten Stellen zur Verfügung zu stellen. Dann ist die Arbeit rasch und ohne allzugroße Belastung für den Einzelnen zu geschehen.

Bei der letzten Flugblattverteilung zur Nachwahl ließ die Unterstützung aus den anderen Wahlkreisen zu wünschen übrig. Um der Sozialdemokratie den gebührenden Erfolg zu sichern, ist es erforderlich, daß sowohl am Sonntag als auch an den folgenden beiden Tagen die Parteigenossen aus Berlin und Umgebung sich zahlreich für die Agitation zur Verfügung zu stellen. Möge jeder, dem es Zeit und Umstände irgendwie erlauben, bei den umfangreichen Agitationsarbeiten, die noch bevorstehen, helfend eingreifen. Nur dann ist uns der Sieg sicher. Alle, die gewillt sind, mitzuhelfen, werden ersucht, sich in folgenden Lokalen einzufinden: Schönheim, Gräferstr. 8; P. Müller, Gräferstr. 31; Ewald, Schönleinstr. 6; Lindemann, Moritzstr. 9; Jubeil, Lindenstr. 106; Sah, Margrafstr. 102; Naumann, Blücherstr. 42; Lädke, Fossenerstr. 10; Kising, Belle-Alliancestr. 74; Wichert, Großbeerenstr. 54; Falter, Ballaststr. 16; Schulz, Prinz Albrechtstr. 3; Werner, Wilowstr. 59.

Das Wahlkomitee.

Zur Neuwahl im zweiten Wahlkreise. Den Parteigenossen und Genossinnen die Mitteilung, daß am Montag, den 10. April, vier Volksversammlungen stattfinden, in der die Reichstags-Abgg. Weber, Liebknecht, Singer und Stadthagen über die gegnerischen Parteien und die Neuwahl im zweiten Reichstags-Wahlkreise sprechen werden.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Am Montag, den 10. April, abends 8 Uhr, wird Fräulein Adele Schreiber über „Soziale Dichtung“ sprechen. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder und Gäste ersucht Der Vorstand.

„Er muß wie ein Pferd arbeiten“, sagt man wohl von einem, der mit Arbeit so überhärdet ist, daß es fast seine Kräfte übersteigt. Auf die Angestellten der Straßenbahn- und Omnibus-Gesellschaften will dieses Bild nicht recht passen. Sie müssen viel länger und viel schwerer als ein Pferd arbeiten, — wenigstens schwerer als die Pferde, deren sich diese Gesellschaften bedienen. Bei der „Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft“ z. B. wurden im Jahre 1898 auf sämtlichen noch mit Pferden betriebenen Linien zusammen beinahe 50 Millionen Pferde-Kilometer zurückgelegt, täglich im Durchschnitt gegen 187 000 Pferde-Kilometer. Da täglich im Durchschnitt 5177 Pferde unterwegs waren, so kam auf jedes Pferd eine Durchschnittsleistung von noch nicht 26 1/2 Kilometer pro Tag, das ist eine Strecke, die in noch nicht drei Stunden (einschließlich Aufenthalt an den Haltestellen) zurückgelegt wird. Bei den anderen Gesellschaften verhält es sich mit der Arbeitszeit der Pferde ganz ähnlich. Knapp drei Stunden Arbeit am Tage, — wie gern würden da die Angestellten mit den Pferden tauschen! Sie wären schon froh, wenn ihre Arbeitszeit nur so weit verkürzt würde, daß sie von sich sagen könnten: wir arbeiten so lange, wie drei Pferde! Freilich liegt für die Straßenbahn- und Omnibus-Gesellschaften nicht der geringste Grund vor, die Menschen auch nur annähernd so ängstlich zu schonen, wie das Vieh. Die Pferde haben einen Anschaffungswert, die Menschen nicht. Der Ertrag für überanstrengte, zeitig abgenutzte Pferde verursacht Ausgaben, während sich für das überanstrengte, zeitig abgenutzte Personal alle Zügel mühe- und kostenlos ersatz schaffen läßt. Auf jeden Mann, der abgeht, warten schon hundert andere, die seine Stelle haben wollen. Den Pferden wird sogar ein Erholungsurlaub gewährt, wenn sie ihn nötig haben. Im Sommer 1898 wurden von der „Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft“ 267 der Erholung bedürftige Pferde dem „Pferdepensionat“ bei Heinersdorf überwiesen. Von einem Erholungsurlaub für die menschlichen Angestellten der Straßenbahn-Gesellschaft, für die unteren Beamten wenigstens, hat man bisher nichts gehört. Mit

der fortschreitenden Ausdehnung des elektrischen Betriebes im Straßenbahn-Verkehr wird ja dieser peinliche Gegenstand mehr und mehr verschwinden, weil die Zahl der Pferde immer weiter verringert wird. Vielleicht werden dann auch die Straßenbahn-Angestellten „zufriedener“ mit ihrer Lage werden, wenn sie das durch die Pferde gegebene, ihre „Vegehrlichkeit“ weckende Beispiel nicht mehr so vor Augen haben.

Eine Heranziehung der Frauen zu den Arbeiten der Gemeinde-Waisenhäuser soll jetzt in größerem Maßstabe erfolgen. Die Instruktion für den Berliner Gemeinde-Waisenrat enthält in § 12 folgende Bestimmung: „Jedem Gemeinde-Waisenrat treten in dessen Kommissionsbezirk wohnhafte Frauen zur Seite, welche den Sitzungen des Kollegiums mit beratender Stimme beizuhören. Die Mithätigkeit der Frauen tritt zweckmäßig überall da ein, wo es sich um die Pflege und Erziehung im Kindesalter stehender Minderen, um die Ueberwachung des Lebensganges weiblicher Mündel, überhaupt um solche Zweige der Körperpflege und Erziehung handelt, die innerhalb des speziellen Wirkungsbereiches weiblicher Thätigkeit liegen. Für die Erfüllung dieser Aufgaben geeignete Frauen wählt der Gemeinde-Waisenrat.“ Auf Grund dieser Bestimmungen haben eine große Anzahl von Gemeinde-Waisenrätinnen Frauen zur Mitarbeit bei ihren Aufgaben herangezogen. Die Thätigkeit der Frauen auf diesem Gebiete hat sich, wie berichtet wird, als außerordentlich günstig erwiesen. — Immerhin sind unter den 250 Gemeinde-Waisenrätinnen noch ungefähr 70, welche der Mitarbeit der Frauen gänzlich entbehren. Während einerseits die Heranziehung der Frauen zu den Arbeiten der Gemeinde-Waisenräte dringend erwünscht ist, muß doch auf der anderen Seite vermieden werden, daß einer einzelnen Frau eine zu große Anzahl von Kindern zur Bewachung überwiesen wird. So ist ein Fall vorgekommen, in welchem einer Frau nicht weniger als 50 Kinder unterstellt worden sind; ein Uebermaß, welches auch die größte Opfertätigkeit zu lähmen geeignet ist.

Für die Ferienkolonien wird jetzt wieder, wie alljährlich, gesammelt. Das Komitee macht darauf aufmerksam, daß es im Vorjahre leider fast die Hälfte der 6000 angemeldeten Kinder hat zurückweisen müssen, und zwar hauptsächlich aus Mangel an Mitteln. In diesem Jahre sind schon jetzt mehr als 6000 Kinder angemeldet, und weitere Anmeldungen stehen noch bevor. Um die wohlhabenderen Mitbürger zu größerer Freigebigkeit zu bestimmen, wird darauf hingewiesen, in wie elenden Verhältnissen die meisten der für die Ferienkolonien gemeldeten Kinder leben, und wie segensreich sich für solche Kinder ein mehrwöchiger Aufenthalt im Gebirge oder an der See erwiesen hat. Auch wir wünschen, um der Kinder willen, den Säuglingen allseitige Unterstützung und bestmöglichen Erfolg. Den Leuten aber, die in so beweglichen Worten über die Not der proletarischen Jugend jammern, geben wir den Rat, doch künftig Raum für Raum dafür einzutreten, daß die Arbeiterklasse nicht in ihren Bemühungen, ihre wirtschaftliche Lage zu bessern, durch das Unternehmertum im Grunde mit Polizei und Gerichten gehindert wird. Die Herrschaften würden dann bald weniger vom Elend der Proletarierkinder und von der Notwendigkeit, den Vettelrad für sie umgehen zu lassen, zu erzählen haben.

Ein Kranz mit roter Schleife soll der Gutarbeiter Ernst Krause am 31. März nach polizeilicher Anweisung demonstrativ getragen haben, als er den Monteur Paul Zersch zu Grabe geleitete. Gegen ihn ist deshalb ein Verfahren wegen groben Unfugs eingeleitet worden. Der Parteigenosse Krause bittet in diesem, für uns agitativer ausgedrückt, verwendbaren Fall die Zeugen, die das Tragen des Kranzes beobachtet haben, sich baldmöglichst in seiner Wohnung, Pajewallerstr. 4, Hof, Quergeb., 2 Tr. zu melden.

Die satfam bekannte „Anfang“ der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft dem Publikum im allgemeinen wie deren Abomnten in besonderen gegenüber wird wieder einmal recht fleißig durch folgenden recht bezeichnenden Fall illustriert: Am Ostermontage in der Frühe begab sich der in der Grezjerstraße wohnhafte Abomnt der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft A. in das Bureau genannter Gesellschaft, um für seinen Vater eine Wochenkarte, für sich selbst jedoch eine Monatskarte zu lösen. Die verlangte Wochenkarte wurde auch anstandslos ausgehändigt, die Verabfolgung der Monatskarte jedoch verweigert und zwar mit der Motivierung, daß es Feiertag sei! Der betreffende Bureaubeamte hielt es für angemessen, zur weiteren Begründung seiner Weigerung, darauf hinzuweisen, daß dem Publikum bereits vom 25. eines jeden Monats ab Gelegenheit geboten sei, für den folgenden Monat entsprechende Fahrkarten zu lösen. Das mag ja nun schon seine Richtigkeit haben; jedenfalls scheint derselbe aber in Unkenntnis über die ebenso unberechenbare Tatsache zu befinden, daß weite Kreise der Bevölkerung von dieser zu ihrer wie der Gesellschaft eigenen Bequemlichkeit getroffenen Einrichtung um deshalb keinen Gebrauch zu machen vermögen, weil sie vor einem Monatsbesuch nicht in der Lage sind, die Ausgabe für eine Monatskarte leisten zu können. Geradezu als alibis muß es aber bezeichnet werden, wenn trotz des Feiertages eine Wochenkarte verabsolgt, die Ausfolgung einer Monatskarte aber unter Berufung auf denselben Feiertag verweigert wird.

Das Organ der deutschen Industriefabriken, die „Berliner Neuesten Nachrichten“, moquiert sich darüber, daß wir gestern für die elend entlohten Eisenbahnschaffner, die am Mittwoch wegen Unterabgabe von Fahrkarten verurteilt wurden, ein Wort des Mitleids übrig hatten. Ueber die Lohnverhältnisse dieser Unglücklichen geht das Blatt mit einer hocheleganten Wendung hinweg: Ob der betreffende Eisenbahnschaffner oder Willeterverläufer sein Gehalt für zu gering erachtet, ist ein rein subjektives Urteil, und man darf wahrscheinlich aus diesem persönlichen Ermessen auch im Zukunftsstaate noch nicht die Berechtigung herleiten, daß man ohne weiteres sich Werte aneignen darf, über die man kein Verfügungsrecht besitzt.

Als ob je so etwas je behauptet worden wäre! Wir haben es im Verein mit allen Menschen von Einsicht und Gerechtigkeit aus den sozialen Zuständen heraus erklärlich gefunden, daß die darbenenden Eisenbahnangestellten jene Gesetzwidrigkeiten begingen, für die nicht allein sie, sondern auch ihre Frauen und Kinder jetzt so schwer im äußersten Elend sitzen müssen. Und ein solches Erleiden sollte am allerwenigsten in einer Welt getadelt werden, wo sich deutsche Industriemänner annehmen, schienenflickende Kommerzianten im Lode durch Brunnenkämpfer zu ehren!

Der tätowirte Anarchist. Als mutmaßliches Mitglied eines anarchischen Geheimbundes war, wie wir derzeit berichten, der Schlosser Döfler in Untersuchungshaft genommen worden. Gelegentlich einer Durchsuchung seiner Wohnung wie seiner Person hatte man auf seinem Oberarm eine nicht zu entzählende Tätowierung entdeckt und besonders hierauf (1) den Verdacht gestiftet, daß Döfler einem anarchischen Geheimbunde angehöre. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schöp, hatte die Haftentlassung Döflers beantragt, die vom Untersuchungsrichter abgelehnt wurde. Hiergegen legte der Verteidiger Beschwerde ein, worauf er zwei Tage später vom Staatsanwalt die Anzeige erhielt, daß er selbst das Verfahren gegen Döfler eingestellt und seine Haftentlassung bereits bewirkt habe. Döfler hat 8 Wochen in Untersuchungshaft zubringen müssen. — Wer mag nur auf die Idee gekommen sein, daß es Menschen gebe, die sich zu umstürzlerischen Zwecken mit der Nadel in den Arm pieken!

Stipendien für Gewerbegehilfen. Statutgemäß sind alljährlich im Monat Januar zehn Stipendien zu je 60 Mark aus dem Gewerks-Ausstellungsfonds vom Jahre 1898 an Gewerbegehilfen (Gesellen) behufs ihrer weiteren gewerblichen Ausbildung zu verteilen. Anspruch darauf haben nur Gesellen, die Inländer sind und Zeugnisse ihres Wohlverhaltens und über erworbene Geschick-

lichkeit vorlegen können, auch zwei Jahre lang als Geselle in hiesigen Werkstätten gearbeitet haben, vorzugsweise aber nur solche Gesellen, die in Berlin geboren sind.

Diejenigen Gesellen, welche mit einem Stipendium bedacht werden wollen und vorstehende Bedingungen erfüllen können, werden vom Kuratorium der Stiftung aufgefordert, ihre selbstgeschriebenen Gesuche unter Beifügung eines Lebenslaufs, des Taufzeichens und der Originale oder beglaubigten Abschriften der Lehrzeugnisse, sowie der Führungs- und Geschicklichkeits-Atteste ihrer Arbeitgeber bei dem Kuratorium des Gewerks-Ausstellungsfonds vom Jahre 1898, Stralauerstraße 3—6, I, bis spätestens Ende September dieses Jahres einzureichen. Gesuche, bei denen auch nur eines der vorstehend bezeichneten Beweismittel mangelhaft ist oder ganz fehlt, können nicht berücksichtigt werden.

Vom nächsten Winter an werden in Reichs-Postämtern sachwissenschaftliche Vorträge aus dem Gebiete des Post- und Telegraphenwesens für weitere Kreise im Anschluß an die Sammlungen des Postmuseums gehalten werden. In den Kreisen der Postbeamten wünscht man, daß auch Fragen, wie Koalitionrecht, soziale Pflichten des Staates etc. in diesen Vorträgen behandelt werden sollen.

Schildermalerinnen kann man jetzt, wie die „Post. Ztg.“ meldet, in den Straßen der Stadt bei ihrer Thätigkeit sehen. Gleich den männlichen Kunstgenossen tragen sie als Schutzkleidung den grauen Leinwandrock, während der Kopf mit einer Art Kapuze bedeckt ist. Die Sicherheit, mit der sich diese Malerinnen auf Leitern und Gerüsten bewegen, erregt Staunen. Die angehenden Handwerkerinnen haben sich augenscheinlich während ihrer Lehrzeit im Turnen fleißig geübt. Ueber die Zuverlässigkeit und Fähigkeit der Gehilfen lauten die Kerkierungen von Fachleuten anerkennend. Den Schildermalerinnen wird ein aufmerksames und sauberes Arbeiten nachgesagt, ebenso den in der Stuben- und Dekorationsmalerei beschäftigten Frauen. Die Frauen erhalten dieselben Löhne wie die männlichen Gehilfen. Diese Mitteilung dürfte wohl starken Zweifeln begegnen.

Ein „Deutsches Jahrbuchblatt“ wird nach Vereinbarung zwischen den Bundesregierungen jetzt im Bureau des hiesigen Polizeipräsidenten herausgegeben. Es enthält Stadtrats, Beschlüsse über Ausweisungen aus dem Reichsgebiete, Bekanntmachungen über vom Auslande verfolgte Verbrecher, aber gerichtliche beschlagnahmte und verbundene Druckschriften, abhandeln gekommene Wertpapiere etc., über Feststellung von Verbrechern, die unter falschem Namen auftreten, und Erfuchen um Ermittlung von Zeugen. Vielleicht lassen sich auch passende Mitteilungen über Ladungsbelegen, wie sie z. B. bei dem alexandrischen Bombenschnitzel zu Tage getreten sind, hineinreichen. Die schön wäre es gewesen und welcher Schimpf wäre dem Offizienten erspart geblieben, wenn die norddeutschen allgemeinen Zügen bereits im November vorigen Jahres amtlich als solche gebrandmarkt worden wären. Das „Deutsche Jahrbuchblatt“ erscheint täglich und soll auch Privaten zugänglich sein.

Im Botanischen Garten stehen augenblicklich vier Obstbäume in voller Blüte.

Die Höhe der im Bauhause Rudolf Vohl veruntrenten Summe ist bisher noch nicht festgestellt, doch beträgt sie „höchstens“ 3—400 000 M. Zum Konkursverwalter ist Herr Rosenbach ernannt worden. Gestern vormittag ist die Festnahme der Schwester des Rieck erfolgt. Sie hat fortgesetzt dem Bruder bei der Beiseiteführung von Effekten Beihilfe geleistet. In Begleitung Riecks befindet sich seine Geliebte Jenny Fedner. Wohin beide ihren Weg genommen haben, ist mit Bestimmtheit nicht festgestellt, wohl aber wird von der Staatsanwaltschaft eine ziemlich sichere Spur verfolgt. Rudolf Rieck ist am 31. August 1898 in Berlin geboren, evangelisch, von kleiner Figur, hat schwarzes, in der Mitte geschaiteltes Haar, trägt schwarzen Spitzbart, hat eine große und etwas schiefe, halensförmige Nase und etwas schiefe Schultern. Seine Begleiterin ist ungefähr in gleicher Größe und hat von Natur dunkelblondes Haar, welches sie rotblond gefärbt trägt. Beide treten sehr elegant und sicher auf. Angaben, welche über den Verbleib und zum Erweise bestimmter strafbarer Handlungen dienen können, sind an das königl. Polizeipräsident, Zimmer 197, zu richten.

Mit einer Schußwunde im Kopfe wurde Donnerstagvormittag im Tiergarten in der Nähe der großen Querallee ein unbekannter älterer Mann tot aufgefunden. Der Tote ist mittelgroß und hat bereits ergrautes Haar, Schnurr- und Bardenbart mit ansehnlichem Kinn.

Zwei Straßenbahn-Unfälle werden uns von gestern morgen und vorgestern nachmittag gemeldet. Gestern in der neunten Stunde stieg eine Zeitungsträgerin Frau Rhyman an der Ecke der Brunnens- und Denningerstraße von einem elektrischen Wagen der Linie Kreuzberg-Denningerstraße ab und wollte den Fahrdamm überschreiten. Ein aus der anderen Richtung kommender Wagen, den sie nicht sah, stieß sie mit den Ruffern um und schob sie noch zehn bis zwölf Schritte weiter, bevor er zum Stehen kam. Die Schußvorrichtung aber rettete der Frau das Leben. Die Verunglückte, die von Schuttmännern der der Unfallstelle gegenüber liegenden 61. Revierwache und Bahnbeamten unter dem Wagen hervorgezogen wurde, war an Kopf und Hüften zwar bedeutend, aber nicht lebensgefährlich verletzt. Sie wurde in ein Krankenhaus gebracht. — Mittwochnachmittag um 5 Uhr scheute am Prenzlauer Thor vor einem elektrischen Wagen das Pferd einer herrschaftlichen Kutsche, ging durch und raste die ganze Prenzlauerstraße hinunter. An der Alten Schützenstraße stieß die Kutsche mit einem dort haltenden Möbelwagen zusammen. Der Kutscher rettete sich durch Abpringen vom Bod, der Insasse wurde aus der Kutsche herausgeschleudert, kam aber glücklicherweise auch ohne erheblichen Schaden davon. Beide Fuhrwerke wurden stark beschädigt. Der Bahnverkehr in der Prenzlauerstraße wurde durch den Unfall zehn Minuten unterbrochen.

Der Selbstmord des Versicherungsinspektors Vorn, der sich in einem hiesigen Privatloge vergiftete, hat nunmehr seine Aufklärung gefunden. Ein Bruder des Selbstmörders, welcher die Stellung eines gräflichen Rentmeisters in Altdöbern bekleidete, hatte in seinem Amte weit über 100 000 M. unterzöhlen. Diese Summe hatten nun die beiden Brüder in leichtfertiger Weise an der Börse verspielt. Als die Entdeckung dieses Fehlbetrages nicht länger zu verdecken war, starb der Rentmeister plötzlich vor Aufregung. Sein Bruder, der oben erwähnte Versicherungsinspektor, wollte nun nicht der allein schuldige Teil sein und griff infolge dessen, unmittelbar nach der Rückkehr vom Begräbnisse des Rentmeisters, zur Giftflasche.

Feuerbericht. Donnerstag früh waren drei kleinere Brände abzuschließen. Großbeerenstr. 58 war in einem Kesselhause ein unbedeutender Brand zu beseitigen. Ein Schornsteinbrand rief die Wehr nach Bellealliancestr. 10, während gleichzeitig Quinowstr. 6 ein Kessel eingestürzt wurde. Mittwochabend entstand Steglitzerstr. 1 ein Schornsteinbrand. Ein Schornsteinbrand verursachte einen Alarm nach Potsdamerstr. 104. Außerdem war Gerichstr. 15 in einer Bäckerei noch ein Brand abzuschließen, der eine Partie Brennholz und den Fußboden einscherte.

Marktpreise von Berlin, 5. April 1899. (Nach Ermittlungen des Polizeipräsidenten.) Weizen 15,85—14,90 M., Roggen 14,40 bis 13,40 M., Futter-Gerste 13,60—13,00 M. (ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der preuß. Landwirtschaftskammer — Rotierungsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Doppelcentner). Hafer, gute Sorte 15,40—14,90 M., Mittelsorte 14,80 bis 14,20 M., geringe Sorte 14,10—13,50 M., Rischstroh 4,00—3,32 M., Ger 7,00—4,50 M., Erbsen, gelbe zum Kochen 40,00—25,00 M., Speisebohnen, weiße, 50,00—25,00 M., Linen 70,00—30,00 M. (Kleinhandelspreise); Kartoffeln 6,00—4,00 M.; alles per 100 Kilogramm. Rindfleisch von der Keule 1,60—1,20 M., Bauchfleisch 1,20—1,00 M., Schweinefleisch 1,60—1,20 M., Kalbfleisch 1,80 bis 1,00 M., Hammelfleisch 1,60—1,00 M., Butter 2,60—2,00 M.; alles per 1 Kilogr. Eier 4,00—2,40 M. per 60 Stck. Fische per 1 Kilogr.: Karpfen 2,20—1,20 M., Aale 3,00—1,80 M., Lander 2,60—1,00 M.,

Seite 220—1,00 M., Barische 1,00—0,80 M., Schleie 3,50—1,40 M., Meise 1,40—0,80 M., Kreuze 60 Stück 12,00—3,00 M.

Produktenbörse am 6. April. Spiritus kam in größerer Zufuhr zu Markt und fand erst zu um 50 Pf. billigeren Preisen Unterkommen, da Hamburg nur mäßig kaufte. Lieferung war zuerst behauptet, schloß aber um 30 bis 40 Pf. infolge der Ermäßigung der Loconoth abgeschwächt. Spiritus loco ohne Faß mit 70 M. Abgabe ist heute von den Kurmaltern mit 39,7 M. gehandelt worden. 60er Spiritus kam nicht zum Umsatz — Kartoffelstärke und Mehl Aprillieferung 20 M., feuchte Stärke 10,40 M.

Die Neue freie Volkshöhle bringt am Sonntag, den 9. April, nachmittags 1/2 Uhr, im D'Fend-Carl-Bell-Theater das Götische Meisterwerk „Hygieie auf Tauris“, Schauspiel in 5 Akten, zur Aufführung. Die Regie hat Herr Gerd Schumann. Als Darstellerin der Hygieie ist Fräulein Marion von Lehning-Theater gewonnen. Von den Darstellern sind zu nennen: Orest: Herr Jaren; Phylades: Herr Silber — Einige Renaissancen werden noch vorgeschrieben durch die Hofkapelle sowie durch den Kapellmeister des Vereins: Ad. Vöhr, Katerstr. 38, 2 Tr.

Theater. Das Schiller-Theater bereitet Eduard Jacobsons „Der Mann im Rande“ vor. Die erste Aufführung dieser Posse mit Gesang wird nächste Woche stattfinden. Heute ist die letzte Wiederholung des Händel'schen Schauspiels „Die Neumährten“ und des nach einem Zwischenpiel des Cervantes bearbeiteten Lustspiels „Verbotene Früchte“ von Emil Ott.

Aus den Nachbarorten.

Der Arbeiter-Bildungsverein von Oberschöneweide und Umgegend hält Sonnabendabend 8 1/2 Uhr im Restaurant Hoyerland seine Generalversammlung ab. Genosse Köster aus Schöneberg wird über „Unser Programm“ sprechen.

Tempelhof, Mariendorf, Marienselde. Am Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Teufschtein in Marienselde eine Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt. Genosse Sassenbach spricht über „Das neue Handwerkergesetz“.

In Johannisthal - Niederschöneweide findet die nächste Generalversammlung des socialdemokratischen Vereins am 8. April bei Senfleben statt.

Die Stadtverordneten-Erwahl in Nizdorf, welche durch die Ernennung von acht Stadtverordneten zu unbesetzten Magistratsmitgliedern notwendig geworden ist, findet für die zweite Abteilung am 21. April, für die erste Abteilung am 22. April statt.

Die Schulärzte, welche in Charlottenburg angestellt werden sollen, sind in der gestrigen Sitzung des dortigen Magistrats gewählt worden. Es sind dies neun Herren, die für ein Jahr mit dem neuen Amte betraut werden. Gleichzeitig wurde die Dienstinstruktion der Schulärzte genehmigt. Am Erfahrungsausschuss zu sammeln, soll diese vorläufig auf ein Jahr Geltung haben.

Es wurde schon mitgeteilt, daß der der Stadtgemeinde Berlin gehörige Schiffersee in Reinickendorf nach einer Vorlage des Magistrats an die Stadtverordneten-Versammlung von den ihn verunreinigenden schlechten Stoffen gesäubert werden soll. Der Zustand des Gewässers ist zu einem wahren Uebelstand für die Umgegend geworden. Im Hochsommer bedeckt sich der See regelmäßig mit einem blaugrünen, weithin sible Ausdünstungen verbreitenden Schlamm, und nahm trotz seiner bis 11 Meter großen Tiefe und seiner Ausdehnung von mehr als 16 Morgen das Ansehen und fast auch die Wirkung eines stinkenden Pfützes an. Die vornehmliche Ursache war neben einem, der strengen Aufsicht der Polizeibehörde entgangener Mißbrauche einzelner Angreifer, die den stehenden und den fließenden Gewässern der Mark, auch unserer Spree eigentümliche reiche Algenbildung. Bei Eintritt der Kälte lagerten sich die Reste der Algenbildung alljährlich auf den moorigen Grund des Sees ab und sie haben dort im Laufe der Zeit einen meterdicken Schlamm gebildet, dessen oberste Schicht, noch triebkräftig im Sommer, unter der Einwirkung von Licht und Sonne eine neue, immer stärkere Triebkraft entwickelt. Für die Reinigung des Sees, der nur langsam nach dem Regler See entwässert, ist seit längerer Zeit nichts geschehen. Jetzt endlich hat der Berliner Magistrat, auf Andrängen der Polizeibehörde, namentlich auch im Interesse der nördlichen Stadtteile den Beschluß gefaßt, eine Abhebung des noch nicht abgeforderten Grundschlammes des Sees durch Daggierung vorzunehmen, wodurch auch das gesunde organische Leben des Sees wieder belebt werden kann. Man nimmt an, daß die Stadtverordneten die nicht unerheblichen Kosten dieser Maßregel, die vielleicht mit der in Anregung gebrachten Anlage einer gärtnerischen Bepflanzung der Wurzelberge in Verbindung gebracht werden könnte, auch ihrerseits bewilligen.

Der Magistrat von Spandau hat bei der Militärverwaltung um Erweiterung der Festungsthor positioniert, deren Ausdehnung den gesteigerten Verkehrsansprüchen schon seit langem nicht mehr genügt. Das Thor, durch welches die über Charlottenburg nach Berlin führende Verkehrsstraße geht, ist so schmal, daß zwei Fußwege zugleich nicht hindurchfahren können; ähnlich sieht es auch mit den anderen Festungsthoren aus. Dem Vernehmen nach ist Aussicht vorhanden, daß die Witte der Stadt Spandau erfüllt wird. Das erstgenannte Thor in seinem jetzigen Zustande hindert auch die Aufhebung der Straßenbahnlinie Spandauer Berg—Spandau, die schon seit dem vorigen Jahre beschlossen ist.

Friedrichshagen. Troßdem die Rahnsdorfer Fischer eifrig suchen, die Reiche der am Karfreitag auf dem Müggelsee ertrunkenen Berliner Obercahlschüler Wanz, Erber und Köppen bisher noch nicht aufgefunden worden. Infolge des hohen Wellenschlages am genannten Tage war der See fast gar nicht belebt, so daß von dem Vorfalle nichts bemerkt wurde. Erst am Sonntagvormittag wurde das gekenterte Boot entdeckt. Der heftige Westwind sowie die starke Strömung, die namentlich in der Rahnsdorfer Gegend unerfahrenen Rudern sehr gefährlich wird, scheinen das Unglück herbeigeführt zu haben. Von einem Sachkundigen wird mit Bezug auf den Unglücksfall folgende beachtenswerte Mahnung veröffentlicht: „Es kann nicht oft genug gewarnt werden, an stürmischen Tagen den Müggelsee zu besuchen; wenn derselbe auch bei Friedrichshagen ruhig erscheint, türmen sich doch auf dem Rahnsdorfer Gebiet die Wellen bei starkem Wind oft meterhoch. Es sollten sowohl die Eltern wie auch die Lehrer die mit dem Verhältnisse unkundigen eindringlich auf die Gefahr aufmerksam machen. Jedes Jahr fordert der Müggelsee beträchtliche Opfer an Menschenleben und doch hören diese „Bravourstücke“ nicht auf. Wer an einem stürmischen Tage die ganze Rinde des Sees bewandern will, der beobachte denselben am Ausgangspunkte der Seestraße an der Rahnsdorfer Mühle.“

In Landsberg a. W. hat sich der Amtsdirektor Meß aus seinem Amtszimmer im Amtsgerichts-Gebäude auf die Straße hinhängend. Der Tod trat sofort ein. Einem Nervenleidens wegen hatte Amtsdirektor Meß auf seinen Wunsch einen längeren Urlaub erhalten.

Ein bei Schildhorn gemachter Leichensund beschäftigt die Staatsanwaltschaft des Landgerichts II Berlin. Zu Ostern wurde die Leiche eines 14-jährigen Mädchens namens Galinowski gefunden, das vor acht Wochen aus Spandau verschwunden. Man vermutet, daß es das Opfer eines Verbrechens geworden ist.

Reinickendorf. Die Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft wird mit dem 1. Oktober d. J. die hiesigen Straßen, welche jetzt entweder mit Petroleumlampen oder gar nicht beleuchtet werden, mit der elektrischen Lampe versehen. Dieser Lampe wird eine große Leuchtkraft nachgerühmt. Es kommen in Reinickendorf etwa 25 solcher Lampen zur Verwendung. — Im Kreisstag für Niederbarnim wurde der Etat des Kreises für das Jahr 1899/1900 auf 972 000 M. Einnahme und Ausgabe festgestellt. Der Kreisstag beschloß die Erbauung einer Kreischauffee vom Bahnhof Straußberg über Eggersdorf bis zur Kreischauffee Berlin—N.-Landsberg—Straußberg—Prügel (Chausseegeld-Bebestelle Maderwitz). Den Gemeinden Reinickendorf, Dalldorf und Zegel wurde zum Um- und Ausbau der von der Provinz übernommenen Strecke der Chaussee Berlin-Tremmen (Scharnweberstraße) eine Beihilfe von 56 800 Mark bewilligt.

Gerichts-Beilage.

Ein Nachspiel zum Brandenburger Zimmererstreik von 1898 wurde gestern vor dem Kammergericht beendet. Als im vorigen Jahre die Zimmerer in Brandenburg die Arbeit niederlegten, um einen besseren Lohn zu erzielen, sperrten die Maurermeister ihre Gesellen aus, in der Absicht, dadurch einen Druck auf die streikenden Zimmerer auszuüben. Zugleich versuchten aber die Herren Maurermeister, fremde Arbeitskräfte nach Brandenburg zu ziehen. So kam auch der Maurer Wilbrand nach Brandenburg. Auf dem Bahnhof empfingen ihn einige Streikposten. Sie führten ihn nach dem Lokale des Gastwirts Weidner, wo die Streik-Kommission vergeblich den Versuch machte, ihn durch Gewährung des Reisegeldes zur Abreise zu veranlassen. Weidner erklärte demnach, solche Leute wie ihn müßten die Kollegen totschlagen. Nach einiger Zeit trat der Zimmerer Gräf an Wilbrand heran und mißhandelte ihn, ein Gleiches that später Weidner. Neben Gräf wurde auch Weidner angeklagt, sich des Vergehens gegen den § 153 der Gewerbe-Ordnung und der gemeinschaftlichen Körperverletzung schuldig gemacht zu haben. Das Schöffengericht verurteilte Weidner zu sechs Monaten Gefängnis und das Landgericht in Potsdam änderte das Urteil nur insoweit ab, als es statt eines Vergehens gegen den § 153 versuchte Rötigung annahm. Den § 153 erklärte es für nicht anwendbar, weil die Maurer nicht die Arbeit niedergelegt, sondern ausgesperrt worden waren. Ein Zwang im Sinne des § 153 konnte somit nicht angenommen werden. Die gegen das landgerichtliche Urteil eingelegte Revision Weidners wurde gestern vom Kammergericht mit folgender Begründung verworfen: Die versuchte Rötigung sei ohne Rechtsirrtum festgestellt worden, denn es sei erwiesen, daß Weidner durch seine indirekte Drohung den Wilbrand habe zur Abreise nötigen wollen. Auch habe der Vorderrichter ohne Rechtsirrtum eine gemeinschaftliche Körperverletzung für vorliegend erachtet, da auch körperliche Verletzungen, die nacheinander erfolgten, als gemeinschaftliche Körperverletzung angesehen werden könnten. Die Festsetzung der Höhe der Strafe beruhe auf tatsächlichen Erwägungen, an die das Revisionsgericht nicht heran könne.

Die Stimme der Freiheit verfehmt. Wegen Aufreizung zum Klassenhaß stand gestern der Schneider Hermann Stube vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte ist Redakteur des „Anzeigens für Schneider und Schneiderinnen Berlins und Umgegend“. Am 11. Februar d. J. erschien im Unterhaltungsbeilagen dieses Blattes ein Gedicht: „Die Stimme der Freiheit“, welches einer Sammlung entnommen war, die der polizeilichen Beschlagnahme verfallen ist. In dem Gedicht wird nach Ansicht der Anklagebehörde dazu aufgefordert, mit Gewaltmitteln gegen die bestehende Ordnung zu kämpfen. Der Gerichtshof teilte diese Ansicht und verurteilte den Angeklagten nach dem Antrage des Staatsanwalts zu einer Geldstrafe von 60 Mark.

Vor dem Kammergericht kam gestern der Prozeß der Firma Wertheim gegen den Rechtsanwalt Ulrich zur Verhandlung. Der Rechtsanwalt Ulrich hatte in einer Versammlung des Antisemitensvereins einen Vortrag gehalten und dabei die Behauptung aufgestellt, die Firma Wertheim hätte einem Fabrikanten das Warenlager, das 100 000 M. Werth hatte, für 25 000 M. abgelaufen. In erster Instanz wurde der Rechtsanwalt verurteilt, und die zweite Instanz sprach ihn frei, jetzt hat aber das Kammergericht die Revision verworfen, und das erste Urteil bestätigt, auch sprach das Kammergericht ihm den Schy des § 193 ab. Ulrich verteidigte sich selbst.

Wegen Stillschleibensverbrechen in mehr als 30 Fällen, begangen innerhalb der letzten sechs Jahre gegen zwölf Schillerinnen, wurde in Kattibor unter Ausschluß der Öffentlichkeit der 42-jährige, verheiratete Hauptlehrer Robert Schölich aus Wanowitz, Kreis Leobisch, von der dortigen Strafkammer zu vier Jahren Gefängnis und fünfjährigem Ehrverlust verurteilt.

Versammlungen.

Die Gold- und Silberarbeiter hielten am 28. März die regelmäßige Versammlung der hiesigen Jahrsstelle ab. Der Vorsitzende giebt bekannt, daß durch den Arbeitsnachweis verschiedene Stellen zu besetzen sind und bittet die Kollegen, dieses zu beachten. Hierauf hielt Herr Dr. Wollheim einen interessanten naturwissenschaftlichen Vortrag. Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß am Sonntag, den 9. April, ein Besuch der Kreuzturm Sternwarte stattfindet und treffen sich die Kollegen um 2 Uhr bei Ludwig, früher Jacob, in Kreuzturm, an der Köppler Landstraße.

Die Kupferschmiede nahmen in ihrer Versammlung am 30. März Stellung zur Feler des 1. Mai. Es wurde beschlossen, daß diejenigen, die am 1. Mai ohne Nachteile feiern können, dies thun sollen. Denjenigen Arbeitslosen, welche im Arbeitsnachweis eingetragen sind und zum Dispositionsfonds gesteuert haben, sowie den Jugeristen, welche den Nachweis führen, in anderen Orten zu ähnlichen Fonds gesteuert zu haben, wird eine Unterstützung von 2 M. gezahlt, dieselben müssen sich aber der Vormittag-Versammlung der Metallarbeiter im Zeppelast anschließen.

Bei Besprechung der Arbeitsverhältnisse wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung nimmt mit entschiedener Mißbilligung davon Kenntnis, daß gerade in denjenigen Werkstätten, deren Inhaber selbst Fachleute sind und überlegend Kupferschmiede beschäftigen, der Minimallohn nicht gezahlt wird. Sie erwartet, daß die Kollegen der betreffenden Werkstätten ihr Interesse nur in voller Einigkeit gewahrt sehen und alle kleinlichen Streitigkeiten ruhen lassen, sowie alle Bestrebungen auf Regelung des Minimallohns unterstützen.“

Die in der Vertrauensmänner-Sitzung bewilligten 20 M. für die Krefelder Weber und 25 M. für die Lobtauer Verurteilten genehmigt die Versammlung und sät eine weitere Unterstützung von 100 M. für die Krefelder Weber hinzu.

Die Dachdecker tagten am Dienstag Abend im Englischen Garten, um einen Vortrag von Bruno Börsch über: „Was müssen wir zur Eringung des neunständigen Arbeitstages thun?“ zu hören. Der Vortragende schilderte die Schäden der langen Arbeitszeit und ermahnte die Versammelten eindringlich, für eine durchgreifende Stärkung der Organisation zu sorgen, die allein im Stande sei, eine kürzere Arbeitszeit zu erringen. Hierauf gab Börsch den Bericht über die Verhandlungen mit den Meistern. Diese haben erklärt, erst am 1. Mai die Antwort auf die Forderung des neunständigen Arbeitstages geben zu können. Um zu zeigen, daß die Dachdecker ernsthaft auf ihren Forderungen beharren, wurde beschlossen, noch vor dem 1. Mai eine Versammlung abzuhalten, zu der ein besserer Besuch als zu der abgehaltenen Versammlung erwartet wird.

Die Pußer hielten am Mittwoch eine öffentliche Versammlung bei Cohn, Deutschstraße, ab, in der zunächst Dahn e ausführlich über den Verlauf des Bauarbeiterkongresses berichtete. Zu der hierauf folgenden Diskussion erörterten Dietrich und E. Simanowski die skandalösen Zustände im Baugewerbe, unter denen die Bauarbeiter und insbesondere die Pußer zu leiden haben. Sie forderten ebenfalls auf, um die Vereinfachung der verschiedenenartigen Verhältnisse zu ermöglichen, alle diesbezüglichen Vorlesungen zu melden und der Bauarbeiterkongress-Kommission als Material zu überweisen. Eine längere Diskussion veranlaßte der Beschluß, den die Lohnkommission von dem Arbeitgeber-Bund für das Maurer- und Zimmerergewerbe erhalten hat und in welchem die Forderung der Pußer: die Arbeitszeit am Montag und Sonnabend um je eine Stunde zu verkürzen, kurzer Hand und ohne jedwede Begründung abgelehnt wird. Sämtliche Redner traten für eine Verkürzung der Arbeitszeit ein und wünschten, daß auch mehr wie bisher die üblichen Kaufen innegehalten werden, um eine willkürliche Verlängerung der festgesetzten Arbeitszeit zu vermeiden. Während mehrere Redner für die Aufrechterhaltung des gefaßten Beschlusses und unbefristet

um den Beschluß der Unternehmer, für die strikte Durchführung desselben plädierten, wurde von anderen Rednern beantragt, den Beschluß der Unternehmer in der Weise zu beantworten, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit um täglich 1/2 Stunde vorgenommen wird. Beschlossen wurde sodann, den früher gefaßten Beschluß, die Arbeitszeit am Montag und Sonnabend um je eine Stunde zu verringern, der auf einem großen Teil der Bauten auch bereits durchgeführt ist, vorläufig aufrecht zu erhalten. Die Resolutionen, nach welchen eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1/2 Stunde täglich vorgenommen werden soll und der Beginn der Arbeitszeit auf 7 1/2 Uhr festgesetzt wird, sollen in der nächsten von der Kommission einberufenen Versammlung nochmals beraten werden. Einstimmig wurde hierauf beschlossen, den 1. Mai wie alljährlich durch strikte Arbeitstube zu feiern, und wird die Versammlung um 10 Uhr vormittags bei Keller, Koppenstraße, stattfinden. Zum Schluß gelangte nach kurzer Begründung folgender Antrag zur Annahme: Will eine Kolonne die Arbeit niederlegen, weil der Lohn von 7 Mark bei dem Preis nicht verdient werden kann, auch nicht garantiert ist, so hat dieselbe der Lohnkommission vorher davon Mitteilung zu machen und darf die Arbeit nicht eher einstellen, bis ein Mitglied der Lohnkommission sich an Ort und Stelle von der Sachlage informiert hat. Von allen Differenzen, die infolge der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf den Bauten stattfinden, ist der Lohnkommission sofort Mitteilung zu machen.

Die Steinseher und Berufsgegnossen hielten am 5. April im Lokal Trummstr. 188 eine gutbesuchte öffentliche Versammlung ab, in welcher der Gesellenauschuß (Lohnkommission) über den Erfolg seiner Bemühungen zur Regelung der Lohnfrage Bericht erstattete. Es lagen wieder mehrere Schreiben von Innungs- und Richtungsmeistern vor. Von letzteren hat Kollapp-Nieder-Schönhausen die sämtlichen Forderungen bewilligt. Auch eine der größten Innungsfirmen, die Firma H. Hein, hat bewilligt, desgleichen wird in der Versammlung mitgeteilt, daß die Innungsmeister H. Schleid und Rige ebenfalls neun Stunden arbeiten lassen. Ein Vertreter der größten hiesigen Firma hat gesprochen, wie seinen Arbeitern erklärt, daß auch sie bewilligen würde, falls einige andere Firmen vorangehen. Einen um so komischeren Eindruck machte daher das offizielle Schreiben der Innung, in welchem kategorisch erklärt wurde, daß wegen der Neuorganisation derselben in diesem Jahre keine Veränderung in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen eintreten könne. Es verlaute sogar, daß die Innung den bewilligungslustigen Firmen mit Ausschluß aus der Innung gedroht habe. Was jedoch das Verhalten der Innung in einem wenig vorteilhaften Lichte erscheinen läßt, ist die Tatsache, daß in diesem Jahre zum erstenmal die Arbeiter in den Bau-Inspektionen auf drei Jahre vergeben worden sind. Es war also der Innung mit ihrer Verschleppungstaktik nur darum zu thun, diese Arbeiten noch unter Berechnung der alten Lohnsätze unter Dach und Fach zu bringen, um später erklären zu können, jetzt haben wir die Arbeiten auf drei Jahre abgeschlossen. Dieses Verhalten wurde denn auch in der Versammlung einer recht abfälligen Kritik unterzogen, allerdings dabei auch betont, daß, falls es zum Kampf kommen sollte, dieser Umstand dazu beitragen würde, den Kampf zu einem recht hartnäckigen zu gestalten. Die Versammlung präziserte ihre Stellung in einer längeren Resolution, die im Sinne der wiedergegebenen Verhandlungen gehalten war.

Die Resolution soll den Mitgliedern der Innung zugehen. Hieran gab Kroll den Bericht vom Bauarbeiterkongress, mit welchem sich die Versammlung einverstanden erklärte. Unter Verschiedenem wurde bekannt gegeben, daß bei der Innungsfirma G. Kiedel Überstunden gearbeitet würden, ohne daß dieselben mit dem üblichen Zuschlag von 25 Proz. bezahlt werden.

Vermischtes.

Aus der herrlichsten der Welten. Auf Grund einer Denunziation, nach welcher ein Dienstmädchen in Franenthal (Rheinhesse) sein uneheliches Kind bald nach der Geburt getötet und die Leiche in den Rhein versenkt haben sollte, forderte die Staatsanwaltschaft sämtliche Polizeibehörden der von Ludwigshafen bis an die holländische Grenze am Rhein gelegenen Ortschaften um Auskunft auf, ob etwa im Laufe der letzten Jahre eine Kindesleiche gefunden sei, deren Identifizierung nicht möglich gewesen sei. Das Ergebnis dieser Umfrage war ein überaus negatives; denn nach den eingegangenen Antworten sind in den betreffenden Bezirken nicht weniger als 32 Kindesleichen aus dem Rhein gezogen worden, deren Mütter bisher nicht ermittelt werden konnten! Solche Zufälligkeiten spiegeln die Unhaltbarkeit der heutigen „Ordnung“ ebenso deutlich wieder, wie die großen Kämpfe auf sozialem Gebiete.

Duellbrüder. In Koblenz fand ein Pistolenduell zwischen Leutnant Döring vom Infanterie-Regiment Nr. 68 und Wicfeldwebel Klövelorn statt. Letzterer wurde schwer verletzt.

Zwanzig unglückliche Ehen hat, wie der „Magdeburger Zeitung“ aus Stettin gemeldet wird, der Bürgermeister der kleinen Stadt Pölitz geschlossen. Er trat Ostern 1898 sein Bürgermeisteramt an und nahm zu gleicher Zeit in dem Artum, daß auch das von seinem Vorgänger verwaltete Amt des Standschreibers ohne weiteres auf ihn übergegangen sei, die Geschäfte dieses Amtes auf, ohne daß die Aufsichtsbehörde sie ihm übertragen hatte. Jetzt, nachdem er 20 Ehen geschlossen und eine Reihe anderer Beurkundungen vorgenommen hat, ist die Sache zur Anzeige gebracht worden. Sämtliche Beurkundungen sind für ungültig erklärt worden. Das Amt des Standschreibers ist dem Bürgermeister nur übertragen worden. Damit werden aber die bis dahin von ihm geschlossenen Ehen nicht gültig. Vielmehr werden für sie neue Eheschließungen und neue Beurkundungen nötig. Für die neuen rechtsgültigen Eheschließungen hat der Minister den Dispens von den Angeboten erteilt.

Pulverexplosion. Aus Petersburg wird berichtet: In einem auf dem Terrain der Osttauer Pulverfabrik gelegenen steinernen Gebäude, welches zur Aufbewahrung von Sprengstoffen diente, erfolgte Mittwoch eine Explosion, durch welche das Gebäude zerstört, ein Arbeiter getötet und eine vorübergehende Frau verwundet wurde. Die Ursache der Explosion ist noch nicht festgestellt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

J. R. 18. Ein Kleiderstück sollte hier auf dem Ausstellungsterrain am Savignypfad aufgebaut werden, doch ist das Projekt neuerdings wieder in Frage gestellt worden.

C. G., Nizdorf. Ist zur Aufnahme ungeeignet. Vielen Dank. M. G. 27. 17 700 000.

H. D. und G. S. Die im „Sowjet“ vom 31. v. Mts. dargelegte, können zur Kontrollversammlung am 11. April einberufen zu werden, thun aber gut, sich nicht nach der Wahl im Wahllokal aufzuhalten.

Witterungsübersicht vom 6. April 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohb mm	Wind- richtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. G. 2 p. M. + 4 p. M.	Stationen	Barometer hohb mm	Wind- richtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. G. 2 p. M. + 4 p. M.
Stromende	759	SW	0	Regen	6	Dapontoda	745	SW	—	Schnee	-2
Hamburg	758	SW	0	Regen	7	Petersburg	755	SW	—	1 bedekt	4
Berlin	752	SW	3	Regen	7	Sort	764	SW	—	4 Regen	10
Wiesbaden	765	SW	1	Regen	8	Abdrerden	757	SW	—	5 heiter	8
München	768	SW	2	bedekt	8	Paris	768	SW	—	3 bis bed.	11
Wien	768	SW	2	bedekt	6						

Weiter-Prognose für Freitag, den 7. April 1899. Gehtweise aufsteigend, vorwiegend trübe und regnerisch bei ziemlich festlichen westlichen Winden und wenig veränderter Temperatur. Berliner Wetterbureau.

Prügel für die Kinder des Volkes?

Nimmer wird's gelingen, Nicht mit Ruten zwingen. Wo noch Ehre wirken mag, Da gilt Wort soviel als Schlag. Da gilt Wort soviel als Schlag, Wo noch Ehre wirken mag, Nicht mit Ruten zwingen, Nimmer wird's gelingen.

So fragt Walther von der Vogelweide um die Wende des 12. Jahrhunderts. Vor wenigen Tagen wurden einige Redacteure vom Gericht zu Geldstrafen verurteilt, weil sie die wahre Thatsache, daß in Schöneberger Gemeindeschulen von Lehrern geprügelt worden ist, in gerechtem Zorn mit scharfen, nach Ansicht des Gerichts zu weit gehenden Worten getadelt hätten. In dem Prozeß ist festgestellt, daß Lehrer ihre Schüler mit den Rosenamen „Nameel, Affe, Saubesen“ belegten und daß wechsellöbliche Mädchen und Knaben von Lehrern schwer mißhandelt worden sind. Das Gericht stellte in den Entscheidungsgründen fest, daß eine Ueberschreitung des „mäßigen Züchtigungsrechts“ vorliegt, das das Gesetz den Lehrern einräumt. Dringend wahrscheinlich ist durch die Beweisaufnahme die Annahme geworden, daß der Tod eines der geprügelteten Schüler nicht außer Zusammenhang mit der Prügelei steht. Nach den Urteilsgründen des Gerichts liegt eine Ueberschreitung des Züchtigungsrechts, und damit ein Amtsmißbrauch in mehreren Fällen vor, den § 340 Str.-G.-B. mit schwerer Strafe bedroht. Uns ist nicht bekannt, ob Strafanzeigen wegen Amtsmißbrauchs erstattet waren. Waren solche erstattet, so mußte nach § 191 Str.-G.-B. mit der Anklage wegen Verleumdung gegen die Redacteure inneweghalten werden, bis über die Angelegenheit rechtskräftig entschieden ist. Es würde also schon aus diesem Grunde die Aufhebung des landgerichtlichen Urteils in der Revisionsinstanz ausgesprochen werden. Aber, mag die inwischen von den Beurteilten eingelegte Revision welchen Erfolg immer haben, den Beurteilten gebührt der Dank für die Beleuchtung der auch von uns so häufig an den Pranger gestellten Prügelpädagogik einiger Lehrer durch eine öffentliche Gerichtsverhandlung. Seit über die festgestellten Einzelfälle hinaus hat diese Feststellung allgemeines Interesse. Weit über Schönebergs Gau hinaus hat die Bekundung des Schulinspektors, Superintendenten und ehemaligen Reichstags-Kandidaten Vorberg Wert, daß besondere Grenzen für das Züchtigungsrecht des Lehrers für die Provinz Brandenburg nicht gesetzt sind und daß seiner Ansicht nach die Schöneberger Verhältnisse zu Gunsten der Lehrer sprechen.

Die Thatsache ist öffentlich unumstößlich bewiesen, daß in Gemeindeschulen geschlagen wird und daß die Schulaufsichtsbehörde besondere, hinreichende Bestimmungen, um die Gesundheitsgefährlichkeit der Prügelei zu hindern, in unserem Bezirk nicht getroffen hat. Ein tieftrauriges und tiefbeschämendes Zeugnis über preussische Schulverhältnisse redet jener Prozeß.

Vor vielen Jahrhunderten ist die Wahrheit, daß die Anwendung von Schlägen die Unfähigkeit des Lehrers beweist, erkannt und verurteilt. Im 19. Jahrhundert werden Redacteure bestraft, weil sie gegen die Barbarei harter Züchtigungen und die Kulturfeindlichkeit der Prügelpädagogik mit scharfen Worten eintreten und hierbei die Form verlegen. Wir citieren einige Jahrhunderte alte Stimmen gegen die Prügelei gegen Schüler.

Quintilian sagt: „Wie soll man körperliche Züchtigung anwenden. Die Kinder schlagen, heißt: sie nicht zum Guten und Rechten anhalten, aber nachher für Unterlassung desselben strafen. Wenn man ein Kind mit Schlägen gezwungen hat, was will man den Jünglingen thun, bei denen Furcht nicht mehr anwendbar ist und der schon wichtigere Dinge lernen muß? Bei Schlägen zerbricht Scham die Seele, drückt sie nieder und macht sie leicht schein. Die Prügelstrafe ist nur durch die Nachlässigkeit der Lehrer eingeführt: eine beständige Aufsicht über die Beschäftigungen macht sie überflüssig.“

Wolf Ratich bemerkt zu seinem Grundsatz „Alles ohne Zwang.“ Man soll die Jugend nicht schlagen zum Lernen oder um des Lernens willen. „Es ist auch wider die Natur. Denn darum pflegt man die Knaben zu schlagen, weil sie nicht gehalten haben,

was man sie gelehrt, hättest Du aber recht gelehrt, wie es sein sollte, so würden sie es auch behalten haben und darfst Du bedarfst Du der Schläge nicht. Nun aber sollen sie entgelten Deines Irrtums, daß Du die rechte Art zu lehren an ihnen nicht gebraucht hast: das ist ja eine übermächte (übermächtige) Unbilligkeit.“

Lode, Comenius, Rousseau, Basedow, Pestalozzi, Diesterweg und viele andere hervorragende Pädagogen erklären übereinstimmend, daß das Schlagen Zeugnis von der Unfähigkeit des Lehrers ablege und seinen Zweck nicht erfüllen könne. Und im Jahre 1809 werden Leben und Gesundheit gefährdende Züchtigungen in Schulen vor den Thoren Berlins festgestellt.

Wir sind weit entfernt, alle Lehrer als Prügelpädagogen anzusprechen zu wollen. Die Annalen der Erziehungsgegeschichte zeigen leuchtende Beispiele von Lehrern, die jegliche Art der Züchtigung verschmähten und treffliche Erziehungsresultate erzielten. Von Kotter dem Stammeler, einem Lehrer am Kloster zu St. Gallen im 10. Jahrhundert, einem Stern der schwäbischen Wissenschaft, wird dies ebenso wie von dem berühmten Berliner Schulvorsteher Steinert aus unserem Jahrhundert rühmend anerkannt. Als Steinert zum Lehrer berufen war, fand er noch hergebrachter Ordnung den Stod als Scepter des Schulmonarchen auf dem Katheder liegend. Steinert öffnete das Fenster, warf den Stod hinaus und sagte dann zu den erstarrt dreinschauenden Kindern: „Nicht wahr, wir brauchen den Stod nicht.“ Er hat den Kasko auch nie nötig gehabt, seine Schule war eine Muster- — es ging also auch so! Und im Jahre 1809 stellten 69 Lehrer aus Schöneberg Strafantrag, weil die Ausübung und Ueberschreitung des Züchtigungsrechts mit gerechten, allerdings scharfen Worten getadelt wird!

Es wäre unrecht, die Lehrer allein für die Ausübung und Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes verantwortlich zu machen. Weit mehr als die einzelnen Lehrer tragen unsere mangelhaften Schuleinrichtungen und die vorhandenen Anschauungen der Junger hieran Schuld. Der Lehrer, der 50, 60, 70, ja noch mehr Schüler in einer Klasse unterrichten soll, kann in den meisten Fällen auf die Eigenartigkeit der einzelnen Schüler keine Rücksicht nehmen, sie nicht in der richtigen Weise unterrichten. Das mechanische, handwerksmäßige, banalste Treiben in der Lehrerbildung und in der Schul- erziehung, der Geist der Individualität und Individualität, der die Pädagogik der leider maßgebenden Faktoren durchzieht, der Wunsch einflußreicher Kreise, nicht freie Menschen, sondern Anechte zu erziehen, befördert die Prügelpädagogik in ungeheurer Weise.

Ein Lehrer ist heute strafbar, wenn er züchtigt, um zu mißhandeln oder ein Strafmittel anwendet, dessen Anwendung gesetzlich unterliegt ist. Viele deutsche Lande und viele Landestheile Preußens enthalten Begrenzungen des Züchtigungsrechtes. So läßt die württembergische Verordnung von 1810 und 1830 nur eine bestimmte Anzahl von Streichen auf die innere Handfläche oder auf das Gesicht zu und unterliegt jede andere Art der Züchtigung. Die Regierung zu Königsberg hat angeordnet, daß die körperliche Züchtigung von Schülern, welche der Lehrer ohne Zuziehung des Schulinspektors oder Rectors vollzieht, nur mit einer aus dünnen Zweigen geflochtenen Rute in die flache Hand erteilt werden darf. Die weimarische Ministerial-Verordnung vom 6. Mai 1875 untersagt jede körperliche Züchtigung bei Mädchen überhaupt und bei Kindern in den ersten zwei Schuljahren. Im Großherzogtum Hessen ist durch Verordnung vom 31. März 1876 das Schlagen auf Kopf, Gesicht, Rücken oder Hände verboten. In Braunschweig ist durch Instruction vom 29. Oktober 1896 jede übermäßige und unanständige Züchtigung, jedes Schlagen an den Kopf und jede die Gesundheit des Kindes gefährdende Behandlung verboten. Die badische Verordnung von 1834 schreibt vor „nur bei beharrlichem, böswilligen Widerstande findet ausnahmsweise auch eine mäßige Züchtigung mittels der Rute auf die Hand auf unschädliche Weise statt.“ In einer Verordnung der Regierung zu Regensburg vom 15. April wird vor jeder Züchtigung gewarnt und schließlich festgelegt: „Erscheint dem Lehrer aber dennoch eine körperliche Züchtigung notwendig, so werden, um jeder Ungebühr hierbei vorzubeugen, für sämtliche Elementarschüler des Departements folgende Anordnungen getroffen:

1. eine körperliche Züchtigung, die als Strafe verhängt wird, darf niemals im Augenblick des Zorns oder der Aufwallung und solange der zu bestrafende Schüler sich noch zwischen dem Tisch und der Bank befindet, sondern

stets nur im freien Raum des Lehrzimmers und in der Regel nach beendigtem Unterricht vollzogen werden.

2. Als Werkzeug der Züchtigung ist nur eine aus dünnen Reifern bestehende Rute und in erheblichen Fällen, sowie bei größeren Knaben ein biegsames Stöckchen von der Stärke eines kleinen Fingers zulässig. Die Züchtigung selbst findet bei Mädchen nur auf den Rücken, bei Knaben auf den Rücken oder das Gesicht statt. Es versteht sich, daß die genannten Körperteile nicht von den Kleidern embüllt werden dürfen.

3. Das Schlagen mit einem stärkeren Stod oder mit einem Lineal, dergleichen das Schlagen mit der Hand, der Faust oder dem Buch ins Gesicht und an den Kopf, das Reifen an den Haaren, an den Ohren und an anderen Teilen des Körpers sind unbedingt untersagt. Auch hat sich der Lehrer aller Schimpfwörter sowie der Beilegung von Spitznamen zu enthalten.

4. Wenn der Lehrer eine härtere körperliche Züchtigung für notwendig erklärt, als die ihm unter Nr. 2 gestattete, so hat er in jedem einzelnen Falle dem Lokal-Schulinspektor Anzeige zu machen und von diesem weitere Weisung abzuwarten.

5. Die Erteilung jeder körperlichen Züchtigung ist unter Angabe der Gründe und des Beweises derselben in das Klassenbuch einzutragen.“

Rechnliche Vorschriften enthält die Regierungs-Verordnung vom 24. Februar 1868 für den Regierungsbezirk Köslin, sowie die Dienstvorschrift für die Volksschullehrer der Diöcese Schletz und Gersdorf (Meuß j. V.). So ließen sich noch eine Anzahl Verordnungen für preussische und außerpreussische Landesteile anführen, die Vorschriften, wie sie in jener Gerichtsverhandlung über Schöneberger Schulverhältnisse bewiesen sind, vorbeugen sollen. Selbst eine Mecklenburger Verordnung vom 8. April 1873 untersagt ausdrücklich „Ohrfeigen und Schläge an den Kopf, das Schlagen oder Stoßen mit der Hand oder mit der Faust, mit einem Lineal oder überhaupt mit einem harten Werkzeuge und darf körperliche Züchtigung nur in den Knabenschulen, und zwar mittels eines Rohrstocks, erteilt werden. Niemals darf der Schüler geschlagen werden, so lange er noch zwischen Tisch und Bank steht. Auch ist die Entblößung des Körpers untersagt.“ Wann wird endlich für Berlin und Umgegend durch ähnliche behördliche Anordnungen und durch Vermehrung der Schulklassen gesundheits- gefährdender Behandlung der Kinder des Volks entgegengetreten werden? Oder gestattet die Allzeit zur Förderung der Prügelstrafe bereiten, stillschweigend Opfer solcher Anordnungen nicht? K. St.

Briefkasten der Redaktion.

A. M. Der Mann ist im Unrecht. Klagen Sie gegen den Nachbarn auf Schadenersatz und Rückgabe der Schloß- und Johanniseckfrösche und lassen Sie sich die Dinge später gut kommen. Klara 66a. Sie während die Klage verlieren. B. R. 12. Sprechen Sie zur Klärung gelegentlich in der Sprechstunde mit der Aufforderung vor. A. Müller. Er muß Interdictionstage und Einhellungsantrag einreichen. J. E. 57. Der Kontrakt läuft weiter, oder lag Juwelenverkauf (Substantiv) vor? Bücher. Den wirtlichen Schadenersatz haben Sie zu erhalten. Die Höhe muß Ihnen der Beklagte nachweisen. Außerdem kann ihn ein Schmerzensgeld angebilligt werden, wenn das Gericht annimmt, Sie hätten mit großem Besehen gehandelt. Die Höhe des Schmerzensgeldes darf das Doppelte der Kosten nicht übersteigen. Lassen Sie es auf einen Prozeß ankommen. — A. W. Wiederholen Sie Ihre Anfrage unter Angabe, wo der Dattel seinen letzten Wohnsitz hatte, oder sprechen Sie in der Sprechstunde vor. — M. W. 107. Geh. Wüllerstr.: Ja. — G. W. 12. Leider nein. — 130. G. G. Wenn er zur Steuer veranlagt ist, ja, sonst nein. Ist er veranlagt, muß er rechtzeitig reklamieren. — K. 100. Sie müssen bezahlen. — S. R. 99. 1. Bis zum 1. Januar 1900 hat das außerordentliche Kind im Gebiete des preussischen Vordrechts ein Erbrecht gegen seinen Vater, wenn dieser keine Vaterhaft zu notariarisch oder gerichtlicher Urkunde anerkannt hat oder zur Anerkennung verurteilt ist und wenn der Vater ferner testamentlos und ohne Zurücklassung von ehelichen Kindern verstorben ist. 2. Rein. — Hoffmann. 1. und 2. Rein. — H. G. Wenden Sie sich an Frau Rechtsanwältin Dr. Sieber-Böhm, Kaiser Wilhelmstr. 39. — H. G. 28. Leider ist das kein Vertriebsfall. — G. G. 1. Dem Verein kann jeder, der sich freiwillig anschließen will, beitreten; die Beiträge und Befestigungs- sachen (500 R.) können die Mitgliedschaft erheblich ein. 2. Durchaus. 3. Zur Erlangung der Beihilfe ist Hilfsbedürftigkeit erforderlich. Diese ist in Ihrem Fall mit Unrecht verneint. Beweisen Sie sich. — 2. 65. An die Invaliditäts-Versicherungsanstalt Berlin, Klosterstr. 41. — 101. Ja.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.) Branche d. Musikinstrumenten-Arbeiter.

Sonntag, den 9. April, vormittags 9 Uhr, im Lokal des Herrn Zubell, Lindenstrasse No. 106: Vertrauensmänner-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Umfrage resp. Feststellung von Uebelständen aus den gesamten Wertstätten und deren Abhilfe. 2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. Kollegen! Es ist eure Pflicht, daß in dieser Versammlung jede Wert- stätte vertreten ist. 29/9

Moabit.

Sonntag, den 9. April, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Höwes, Stromstrasse No. 28: Bezirks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Th. Völker über: „Wissen und Moral“. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Um recht pünktliches Erscheinen ersucht

Central-Verband der Maurer Deutschlands

(Zahlstelle I Berlin Pucher.) Sonntag, den 9. April, vormittags 11 Uhr, in Cohns Festsälen, Beuthstrasse No. 20: Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1899. 2. Berichtserstattung vom Verbandsrat. 3. Neuwahl der Aufsichtsmittelglieder. 4. Abrechnung und Neuwahl der Untersuchungskommission. 134/7

Verband der Bau-, Erd- und gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands

(Zahlstelle Berlin I.) Sonntag, den 9. April, nachmittags 5 Uhr, im Lokal Alte Jakobstrasse 75 (oberer Saal): Mitglieder-Versammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Die Frau im Kampf um das Dasein. Referent Genosse Adolf Hoffmann. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 1. Quartal 1899. 4. Verhandlungsangelegenheiten. 32/9

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein. Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich mit ihren Frauen zu erscheinen. Die Orderverswaltung.

Berein der Bauanschläger

Berlin und Umgegend. Sonntag, den 9. April, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Buske, Grenadierstr. 33: Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Antrag Wiegandt (Stiermooste). 3. Vereinangelegenheiten. 4. Verschiedenes und Fragekasten. 33/4

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter

und Berufsgenossen Berlins und Umgegend. Am Sonnabend, den 8. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Rautenberg, Oranienstrasse 180: General-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1899. 2. Vorstandswahl und Wahl der Revisoren. 3. Gemeindefachliches. 141/11

Konsum-Berein Berlin-Nordost

G. G. m. B. V. Das Geschäftslokal Biethestr. 31 ist wegen bedeutender Vergrößerung und Umbau am 9. und 10. April geschlossen.

Wiedereröffnung am Dienstag, den 11. April, 12 Uhr mittags. Der Verkauf findet nur an Mitglieder statt. Mitglieder werden in dem Verkaufslokal jederzeit aufgenommen. Ein- trittsgeld 50 Pf. Geschäftskonten 30 R. weicher in Raten von je 50 Pf. eingezahlt werden kann, bis letziger 10 R. erreicht hat, der übrige Teil wird durch die Hälfte der in jedem Jahre im Dezember zur Auszahlung gelangenden Dividende gedeckt.

Kein Rabatt-Sparverein. — Jeder ist sein eigener Kaufmann. — Nur gute Ware und reelles Gewicht. 256/8

Zur Eröffnung einer zweiten Verkaufsstelle, in der Nähe des Götlicher Bahnhof, können sich neue Mitglieder beim Genossen Hoffmann, im Lokal des Herrn Tollsdorf, Götlicherstr. 68, anschließen lassen.

Der Vorstand. J. K.: G. Ostmann, Nordost, Orstr. 6.

Möbel auf Theilzahl. Oranienstr. 131.

Konstante H. & M. Lewent. Beamten Zahl.-Bed. Charlottenburg! Grosses Lager! [1109L* Reparaturen gut und billig.

Uhrmacher F. Kunstmann, Wallstrasse 1.

Arbeiter-Bildungsschule.

Am Donnerstag, den 13. April, abends 8 1/2 Uhr, im Louisenstädt. Klubhaus (C. Vohse), Annonenstr. 16: General-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Anträge. 3. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren. 4. Verschiedenes und Schulangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Beiträge werden entgegengenommen.

Sonntag, 9. April 1899, abends 7 Uhr, in Keller's Festsälen, Kopenstr. 29: Vortrag des Herrn F. S. Archenhold

(Direktor der Trostow-Sternwarte): Anflug in die Sternwelten.

Mit zahlreichen Licht- u. Drehbildern. Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensein und Tanz. Eintritt 30 Pf. Garderobe 10 Pf. Billats sind in der Schule, Annonenstrasse 16, sowie in allen mit Plakaten belegten Handlungen zu haben. 4/15

Betten Gardinen, Stores, Steppdecken, Portieren, Tafeldecken, Teppiche, Bettvorleger, Tischdecken, Paletots, Anzüge, Hüten, Kleiderstoffe, Regulate, Operngläser (optisch) Pfandbüchse Kamberstr. 6. 55/22

Anfertigung eleg. Herren-Garderobe nach Maß. Konstante Zahlungsbedingung ohne Preisausschlag. A. Marcus, Schneiderstr., Kaiserstr. 29.

Für 30 Mark

fertige hochfeine Anzüge nach Maß für 30 Mk. fertige feine Sommer-Paletots nach Maß. Riesenstofflager Krausenstr. 14. I (kein Laden).

Prima Schnitzel

2497/6 & Pfd. I M. Rückenpott & Pfd. 50 Pf. Linsen & Pfd. 45 Pf. C. Schubert, Pringelstr. 25.

Allerlei Anzeigen.

Rest. mit Garten (s. ganz bill. zu verk. Pflanzl. 1000 Stk. Kaufm. Nordost, Steinmetzstr. 44, beim West. Zum Abbruch sucht Kaufm. Handwerkerz. Off. mit Verzeichn. u. Preise unter X 10 an Exp. d. Bl.

Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik. Konstantig, Berlin S., Pringelstr. 46, vertreibt gegen Rücknahme garantierter Bettfedern d. Pfd. 6 Pf., d. Pfd. 12 Pf., d. Pfd. 18 Pf., d. Pfd. 24 Pf., d. Pfd. 30 Pf., d. Pfd. 36 Pf., d. Pfd. 42 Pf., d. Pfd. 48 Pf., d. Pfd. 54 Pf., d. Pfd. 60 Pf., d. Pfd. 66 Pf., d. Pfd. 72 Pf., d. Pfd. 78 Pf., d. Pfd. 84 Pf., d. Pfd. 90 Pf., d. Pfd. 96 Pf., d. Pfd. 102 Pf., d. Pfd. 108 Pf., d. Pfd. 114 Pf., d. Pfd. 120 Pf., d. Pfd. 126 Pf., d. Pfd. 132 Pf., d. Pfd. 138 Pf., d. Pfd. 144 Pf., d. Pfd. 150 Pf., d. Pfd. 156 Pf., d. Pfd. 162 Pf., d. Pfd. 168 Pf., d. Pfd. 174 Pf., d. Pfd. 180 Pf., d. Pfd. 186 Pf., d. Pfd. 192 Pf., d. Pfd. 198 Pf., d. Pfd. 204 Pf., d. Pfd. 210 Pf., d. Pfd. 216 Pf., d. Pfd. 222 Pf., d. Pfd. 228 Pf., d. Pfd. 234 Pf., d. Pfd. 240 Pf., d. Pfd. 246 Pf., d. Pfd. 252 Pf., d. Pfd. 258 Pf., d. Pfd. 264 Pf., d. Pfd. 270 Pf., d. Pfd. 276 Pf., d. Pfd. 282 Pf., d. Pfd. 288 Pf., d. Pfd. 294 Pf., d. Pfd. 300 Pf., d. Pfd. 306 Pf., d. Pfd. 312 Pf., d. Pfd. 318 Pf., d. Pfd. 324 Pf., d. Pfd. 330 Pf., d. Pfd. 336 Pf., d. Pfd. 342 Pf., d. Pfd. 348 Pf., d. Pfd. 354 Pf., d. Pfd. 360 Pf., d. Pfd. 366 Pf., d. Pfd. 372 Pf., d. Pfd. 378 Pf., d. Pfd. 384 Pf., d. Pfd. 390 Pf., d. Pfd. 396 Pf., d. Pfd. 402 Pf., d. Pfd. 408 Pf., d. Pfd. 414 Pf., d. Pfd. 420 Pf., d. Pfd. 426 Pf., d. Pfd. 432 Pf., d. Pfd. 438 Pf., d. Pfd. 444 Pf., d. Pfd. 450 Pf., d. Pfd. 456 Pf., d. Pfd. 462 Pf., d. Pfd. 468 Pf., d. Pfd. 474 Pf., d. Pfd. 480 Pf., d. Pfd. 486 Pf., d. Pfd. 492 Pf., d. Pfd. 498 Pf., d. Pfd. 504 Pf., d. Pfd. 510 Pf., d. Pfd. 516 Pf., d. Pfd. 522 Pf., d. Pfd. 528 Pf., d. Pfd. 534 Pf., d. Pfd. 540 Pf., d. Pfd. 546 Pf., d. Pfd. 552 Pf., d. Pfd. 558 Pf., d. Pfd. 564 Pf., d. Pfd. 570 Pf., d. Pfd. 576 Pf., d. Pfd. 582 Pf., d. Pfd. 588 Pf., d. Pfd. 594 Pf., d. Pfd. 600 Pf., d. Pfd. 606 Pf., d. Pfd. 612 Pf., d. Pfd. 618 Pf., d. Pfd. 624 Pf., d. Pfd. 630 Pf., d. Pfd. 636 Pf., d. Pfd. 642 Pf., d. Pfd. 648 Pf., d. Pfd. 654 Pf., d. Pfd. 660 Pf., d. Pfd. 666 Pf., d. Pfd. 672 Pf., d. Pfd. 678 Pf., d. Pfd. 684 Pf., d. Pfd. 690 Pf., d. Pfd. 696 Pf., d. Pfd. 702 Pf., d. Pfd. 708 Pf., d. Pfd. 714 Pf., d. Pfd. 720 Pf., d. Pfd. 726 Pf., d. Pfd. 732 Pf., d. Pfd. 738 Pf., d. Pfd. 744 Pf., d. Pfd. 750 Pf., d. Pfd. 756 Pf., d. Pfd. 762 Pf., d. Pfd. 768 Pf., d. Pfd. 774 Pf., d. Pfd. 780 Pf., d. Pfd. 786 Pf., d. Pfd. 792 Pf., d. Pfd. 798 Pf., d. Pfd. 804 Pf., d. Pfd. 810 Pf., d. Pfd. 816 Pf., d. Pfd. 822 Pf., d. Pfd. 828 Pf., d. Pfd. 834 Pf., d. Pfd. 840 Pf., d. Pfd. 846 Pf., d. Pfd. 852 Pf., d. Pfd. 858 Pf., d. Pfd. 864 Pf., d. Pfd. 870 Pf., d. Pfd. 876 Pf., d. Pfd. 882 Pf., d. Pfd. 888 Pf., d. Pfd. 894 Pf., d. Pfd. 900 Pf., d. Pfd. 906 Pf., d. Pfd. 912 Pf., d. Pfd. 918 Pf., d. Pfd. 924 Pf., d. Pfd. 930 Pf., d. Pfd. 936 Pf., d. Pfd. 942 Pf., d. Pfd. 948 Pf., d. Pfd. 954 Pf., d. Pfd. 960 Pf., d. Pfd. 966 Pf., d. Pfd. 972 Pf., d. Pfd. 978 Pf., d. Pfd. 984 Pf., d. Pfd. 990 Pf., d. Pfd. 996 Pf., d. Pfd. 1000 Pf.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 7. April.
Opernhaus. Bajazet. Bergheim nicht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Torquato Tasso. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Ital. Opern-Theater (Kroff). Im weichen Kostüm. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Fuhrmann Henschel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reising. Die Gammlendame. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Tullien auf Tauris. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westend. Der Schlangen-Kontrollant. Vorher: Zum Einsiedler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Hofmann Anfang 7 1/2 Uhr.
Reisen. Die Jüdin von Toledo. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Chand d'habits. (Der Kleiderhändler.) Hierauf: Die kleinen Wächter. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Neuwahlten. Hierauf: Verbotene Früchte. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Raub der Sabinerinnen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Tausen. Nach berühmten Mustern. Anfang 8 Uhr.
Velle-Milano. Onkel Bräutigam. Anfang 8 Uhr.
Frederich. Wilhelmshäutchen. Der Wafenschmid. Anf. 8 Uhr.
Alexanderplatz. Fuhrmann Henschel. Anfang 8 Uhr.
Weiser. Gold-Theater. Unschuldig. Anfang 7 Uhr.
Chend. Die Bulgaria. Anf. 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48-49. Rotstündliche Aufführung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Wochens 8 Uhr: „Das Land der Fjorde“. Opernteilchen.
Qualitätsstraße 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Deu. Volksh. Spezialitäten-Vorstellung.
Vollge. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Urania

Taubenstraße 48/49.
 Im Theater:
Das Land der Fjorde.
 Im Hörsaal:
 Herr Dr. Goerke: „Unsere Ostseebäder.“
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
 Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panoptikum.

Großes
 8 Uhr früh bis
 10 Uhr abends.
Das Riesentier.
 Die schöne Zarowitz e.
 Von 6 1/2 Uhr:
 Theater varié.
Excelsior.
 bargeht
 von 100 Kunst
 Menschen.
 Mittwoch, Sonnabend, Sonntag
 4 Uhr: Kindervorstellung.

Castan's Panoptikum.

Ital. Sänger- u. Tänzer-Ensemble.
„Santa Lucia“.
 Die berühmten „lebenden Bilder“.
Neu! Dreyfus-Esterhazy.

Luisen-Theater

31. Weichenerstraße 31.
 Abends 8 Uhr:
Nach berühmten Mustern.
 Pöffe mit Gesang in 4 Akten von E. Reffen. Musik von G. Collin.
 Morgen: Diefelde Vorstellung.

Alcazar-Theater

Dresdenstr. 52/53. City-Passage.
 Direktion: Richard Winkler.
 Sensations-Schlager der Saison:
Endlich allein!
 Gesangs-Pöffe von Joh. Winkler.
 Musik von Max Schmidt.
 Neu! Neu! Neu!
Mr. James Thomas.
 Juggler on the wire.
 Vorher neu:
Eingeschriebene Liebeserklärung.
 Lustspiel in 1 Akt.
 Anfang: Sonntag 7 1/2 Uhr, wochentags 7 1/2 Uhr.
 Entree nur 30 Pf.

Apollo-Theater.

Das humoristische Programm der Saison.
 He. et Mr.
Blanca-Desroches
La Bella
Robert Steidl
Henry Bender
Ada Milani
Carmanellis, Prof. Jmanns.
Nur noch kurze Zeit:
Ein Abenteuer im Harem
 Burleske von W. Mannsd. Musik von Paul Lincke.
Anfang 7 1/2 Uhr.
 Vorverkauf im Theater und beim „Künstlerdank“, Unter den Linden 60.

Circus Busch

Freitag, den 7. April 1899:
Elite-Abend.
 Zum 147. Male:
PERSIEN.
 Auherdem: Die berühmten Turnspringer und das Feuerpferd „Jens“ vom Direktor Busch. Maria Doré, Dogcart, Barahard - Football, Sauterier auf Conterano. Die Indianer (Chimel von Gdr. Dousek. Ugelst-Gewand) und der beliebte Berliner Clown Boganowski.
 Sonnabend, den 8. April: Persien. Benefiz für Herrn Burhardt-Football und Madams Maria Doré.
 Am Sonntag, den 9. April 1899, nachmittags 4 Uhr:
Wohlthätigkeits-Vorstellung
 zum Besten der afrikanischen Gesellschaft zur Linderung der Hungernöth in Deutsch-Ostafrika.
 Am 12. April:
Schluss der Saison.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.
 Das neue erstklassige Spezialitäten-Opernhaus.
 Grobes Nischen-Programm 25 Nummern! 40 Künstler!
 Belonders hervorzuheben:
 Die fliegenden Wärschen. Cloten Dolky, Tierfamilie. Lebende Photographien.
 Dazu um 8 1/2 Uhr: Der größte Schlingel der Saison:
Fuhrmann Henschel.
 Berliner Goldstücke mit Gesang. Fuhrmann Henschel: Direktor Wilhelm Henschel. Seine kleine Tochter: Helene Sob.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 8 Uhr. Blätter-Ber. Form. v. 11-1 Uhr.
 Sonnabend, den 15. April: Benefiz für den Kapellmeister Alfred Sommerfeldt.

Victoria-Brauerei

Vahowstraße 111/112.
 Jeden Sonntag, Montag u. Freitag
Humoristische Soiree der Norddeutschen Sänger
 (Fuhrmann, Horst, Walde).
 Anfang: wochentags präc. 8 Uhr, sonntags 7 Uhr.
 Entree 50 Pf.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48.
 Täglich: Hoffmann's Quartett-Humoristen
 Grobartiges Programm, darunter die vorz. Stücke.
 Die letzte Fahrt und Italiano Berolin.
 Die letzte Vorstellung im Concerthaus vor Abbruch desselben findet statt am
Sonntag, den 23. April.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
Neues Elite-Programm.
 (Weiser, Piccio, Britton, Steidl, Krone, Hahl, Schneider und Schrader.)
Britton als Panke-Schulze
 der Stolz vom Regiment.
 Anfang präc. 8 Uhr.
 Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
 Numerierter Balkon 75 Pf., Balkon-Loge 1 Mk., Orchester-Loge 1.50 Mk.
 Fremdenloge 2 Mk. Logenliste 11-1.
 Die Plätze zu den numerierten Sigen sind jetzt 8 Tage lang vorher zu haben.

Mährs Theater

Cranien-Str. 24.
 Täglich:
Der Klingeljunge von Volle.
 Lebensbild
 in 2 Akten von Paul Wolfgang.
 Eine alltägliche Geschichte.
 Pöffe in 1 Akt von G. Steidl.
 Anfang 8 Uhr. — Sonntags 8 Uhr.
 Wochentags haben Band Giltigkeit.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.

Direktion: J. M. Hatt.
 Täglich:
Großes Konzert
 der Handkapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Körner und unter Regie des Humoristen Gustav Kluck.
 Anfang wochentags 7 Uhr, sonntags 5 Uhr.

für 3 Mark

Stufe, sehr groß, zu Knabenanzügen, Reize zu Herrenanzügen, schöne Wäcker 7-10 Pf. Für 12 Pf. 8. Chovion- und Kammgarne, Paletots und Jacketts, so lange der Vorrath reicht
im Riesenstofflager
 14. Kranienstr. 14, 1. Et.,
 Kein Laden. [228L]

Ausnahme-Preis!

Prima Fetter Spect
 bei 5 Pfd. à Pfd.
 45 Pf.
 E. Klähn, Kopenicker-Str. 163.
 Telefon-Nr. IV 5151.
 Nur deutsche Waare!
 Nur bester Wein!

Herren- und Knaben-Bekleidung

Heinrich Taureck
 Reinoldsdorferstraße 53, gegenüber der Bienenstraße.
 Grinste, reellste und billigste Einkaufsquelle des Weddings.
 Empfehlung Einlegungs-Anzüge in größter Auswahl von 6 bis 24 Rl. Herren-Anzüge und Paletots von 8 bis 36 Rl.
Arbeiter-Bekleidung für sämtliche Berufsweige.
 Großes Lager in- und ausländischer Stoffe zur Anfertigung nach Maß unter Leitung erster Meister. [10142]

Feste Preise!



Oscar Arnold:
 Hut-Engros-Geschäft.
 Dresdenenerstr. 116, am Oranienplatz. (Kein Laden.)

Einzelverkauf fehlerfreier Waare in grosser Auswahl:
 Herrenkleid, weich von Mk. 1.25-4.-
 do. steif von Mk. 1.00-4.-
 do. 4 Knöpfe von Mk. 1.40-7.-
 Cylinder-Anzüge von Mk. 4.00-12.-
 Chapeaux elegantes von Mk. 2.00-12.-
 Kleiderhüte von Mk. 0.75-2.-
 Centramantel von Mk. 1.00-2.-
 Herren-Hüten von Mk. 0.40-2.-
 Kinder-Hüten von Mk. 0.40-2.50
 Lederkäse, Jagdhüte, Reisehüte etc.
 Sehr vortheilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer!
 Bitte obige Firma zu besuchen, da ich keine Zweiggeschäfte habe.

Uhren u. Goldwaaren

neueste Muster, billigste Preise.
Goldene Damen-Uhren
 v. 16, 20, 25 M. etc.
 Silberne, Nickel, Stahl-Uhren
 9, 12, 15 M.
 Regulator 9, 14, 20 M. etc.
G. Wagner
 Skalitzerstr. 126, nahe Kottb. Thor.
 Reparaturen gut u. schnell.

Fertige Kleider

zu sehr billigen Preisen.
Fertiges Kleid a. reinwollenem englischen Stoff, 15 Rl., 18 Rl.
Fertiges Kleid, elegante Pro-manchen-Form, engl. Stoff, 20 Rl., 25 Rl., 30 Rl.
Schwarze Kleider 20 Rl., 25 Rl., 30 Rl., 35 Rl.
Gesellschafts-Kleider in den neuw. Formen 20 Rl., 30 Rl.
Einzeln Röcke
 in den neuesten Façons, schwarz und farblich, auf Futter 6 Rl., auch guten decorativen Stoffen 7 Rl., 10 Rl., 12 Rl., 15 Rl., 20 Rl.
Jackenkleid
 in Leder und Cheviot 12 Rl., 15 Rl., 18 Rl.
Jackenkleid
 in Cheviot und Covertcoat 25 Rl., 30 Rl., 36 Rl.
Figarokleid
 (Stoff mit farbigem Rücken) 12 Rl., 15 Rl., 18 Rl.
Seiden-Kleider 50 Rl., 60 Rl.
Jackets
 nur die neuesten Façons, 8 Rl., 10 Rl., 12 Rl., elegant verziert 15 Rl.
Capes und Kragen, beid. 5 Rl., 7 Rl., 9 Rl., 12 Rl., 15 Rl.
Sielmann & Rosenberg
 Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.

Möbel, einziehbar wie in ganzen

Wohnungs-Einrichtungen, solid und billig. Gebrauchte u. verlegene gewasene Möbel zu besonders niedrigen Preisen jetzt 72/1*
Cranienburgerstr. 91 im Laden.

Fahrräder

Stets großes Lager erstklassiger Fahrradfabrikate aus [14122]
 ohne Preisverhöhung zu den kassierten Zahlungsbedingungen. Katalog gratis.
 Wenig gebrauchte Räder für Herren u. Damen zu billigen Preisen unter Garantie.
Adomeit & Landau
 Lothringerstr. 48 I.
 Nicht am Rosenthaler Thor.

Fahrrad-Reparaturen

schnell u. bill. weitgehendste Garantie.
Adolf Zimmer, Ansbacherstr. 70.
 Achtung! 13322* Achtung!

Radfahrer!

Die Produktivität und Einfluß-Vermögenskraft für Radfahrer läßt ihren Mitgliedern gute u. billige Anzüge in eigener Werkstatt herstellen. Gefährliche Damenkleider 17 u. 7-9 Rbdo.
Friedrich Lange, gepr. Holzhilfs- u. Krankenschwäger
 Schornstein 18, verpfl. sich auf Grund nachweisl. Währungs- u. Erfahrung zu allen L. nach folgenden Diensten, speziell antiseptischer Wundbehandlung.

Orts-Krankenkasse der Sattler

und verwandten Gewerbe zu Berlin.
 Sonnabend, den 15. April 1899 abends 8 1/2 Uhr
Ordentliche General-Versammlung
 der in den Wahlversammlungen vom 12. u. 14. November gewählten Vertreter der Arbeitgeber und Kassenmitglieder
 in der Arnoldshallen, Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung:
 I. In getrennter Wahlversammlung: für die Vertreter der Kassenmitglieder Ersatzwahl von 1 Mitglied zum Vorstand für 1899 und 1899/1900
 II. In gemeinschaftlicher Generalversammlung:
 1. Bericht des Vorstandes über das verfloßene Geschäftsjahr 1898.
 2. Bericht des Rechnungs-Ausschusses und Abnahme der Jahresrechnung.
 3. Antrag des Vorstandes, dem § 21 des Statuts folgenden Absatz beizufügen: „Denjenigen Mitgliedern, die bis zu ihrem Eintritt mindestens 13 Wochen ununterbrochen zahlendes Mitglieds einer der sich auf Gegen-sätzlichkeit verpflichtenden Gewerke waren und hierfür den Nachweis beibringen, werden vorgemerkt dreizehn Wochen als zu der diesseitigen Kasse gehörig in Anrechnung gebracht.“
 4. Verschiedenes.
 Für die mit Legitimation, eventuell Mitgliedsbuch versehenen Vertreter haben Zutritt.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Herren Vertreter ersucht
Der Vorstand
 der Orts-Krankenkasse der Sattler u. verwandten Gewerbe zu Berlin.
 J. A.:
 Alfred Hoffmann, Gustav Wuth, Vorsitzender, Schriftführer.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Kasse der Leder-zurichter Berlins.

(G. & R. Nr. 80.)
 Sonntag, den 16. April, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Helld. Weimstr. 11:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Rapport über das erste Quart. 1899. 2. Geschäftsbericht. 100/1
Der Vorstand.
 J. A.: Gustav Busse.

Allg. Kranken- u. Sterbefälle

der **Metallarbeiter**
 Filiale Berlin 3.
 Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Kasse von Kontrahentstr. 47 nach Reichenbergerstr. 157 (Restaurant Bergner) verlegt ist. Die Wohnung des Bevollmächtigten Rennecke befindet sich jetzt Kontrahentstr. 21. C. Oerch. parriere. 25005.
Bereinszimmer 55/7 m. Pianino ist zu vergeben. Näheres Wilhelmshavenstr. 10, Restaurant.
Bereine und Gewerkschaften!
 Empfehlung mein Weis u. Patr-fabrikat nicht franz. Billard und Bereinszimmer für 40-50 Personen, auch geeignet für Jagdabende.
Reiz Schmidt, Kottbuser Damm 33 (früher Ritterstr. 49).

GENERAL-Fundbureau.

Charlottenstr. 93.
Möbel
 und Wohnungs-Einrichtungen zu Fabrik-Preisen. Eigene Werkstätte im Hause. [11108*]
Bukow, Tischlermeister, Invalidenstr. 13.
 Lager: Parriere u. I. Etage.

Freie Vereinigung der Zeitungs-Expeditoren und Verkäufer Berlins.

Am 2. d. Mts. sind nach langem schweren Leiden die Frau unseres Mitgliedes **Albert Schnecke**
Emma, geb. Gröpler.
 Die Beerdigung findet heute, Freitag, nachmittags um 2 Uhr von der Leichenhalle des Emma-Kirchhofes aus statt. Um zahlreiche Theilnahme ersucht
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern des sozialdemokratischen Arbeitervereins für Teftow-Beeskow-Charlottenburg hiermit zur Nachricht, daß das Mitglied, der **Schmiedewitz Wilhelm Masche**
 im Alter von 48 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet heute, Freitag, nachmittags um 4 Uhr von der Leichenhalle des Emma-Kirchhofes aus statt. Um zahlreiche Theilnahme ersucht
Der Vorstand.

Central-Verband deutscher Maurer.

Filiale Berlin II.
 Am 3. April verstarb nach langem Leiden unser Mitglied
Ernst Winter, im Alter von 41 Jahren. 136/13
 Seine letzten Wünsche!
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. April, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Waldplatze 12, aus nach dem Reuen Kogareiß-Kirchhof Döllsdorfer Chaussee, statt. Um rege Theilnahme seitens der Mitglieder ersucht die örtliche Verwaltung.
 Für die zahlreiche Theilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meiner Frau sage ich allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
Adolf Irmischer.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters **Louis Stalp** sage allen Verwandten, Freunden und Bekannten, besonders den Kollegen der Firma Duplex, Köpenick, u. denen der Firma Duplex, Köpenick, auch dem Orchesterverein „Vorwärts“ meinen aufricht. Dank. Die trauernde Witwe
Marie Stalp.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.
Isolations-Monteur
 für Arbeiten in Holz, Korb- und Stiefelguth, der seine Befähigung durch gute Zeugnisse nachweisen kann, per sofort gesucht.
 Offerten mit Angabe der bisherigen Thätigkeit und Lohnansprüche unter **A. N., Volont 55.**

Goldleisten.

Größere Goldleisten-Fabrik sucht
 thätigen (1087)*
Werkführer
 f. Farbige und Weißbier. Offert. von H. 13358 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin W., Leipzigerstr. 31/32.
 Thätige Weißbier-gelehrte. Gold-leistenfabrik Liegnitzerstr. 15. 24795

Junghier!

Fahrer für Junghier in kleinen Hofen, schon für Brauereien mit Erfolg thätig, bei hohem Lohn und Provision sucht **Brauerei Germania**, Franzfurter Allee 53. [24945]

Bodenputzer.

1. Kraft zur Vertiefung der Bodenputz-Arbeitung u. Schutzfabrik in angenehme, dauernde Stell. sof. gesucht. Beding.: Kenntniß der neuesten Bodenputz-Methoden. Offert. unter **W. 10** an die Expedition d. „Vorwärts“. 24855

Kunstschmiede

und Schlosser, thätige, welche selbstständig arbeiten können, verlangt
Turmstr. 65.

Farbige

finden dauernde und lohnende Beschäftigung
B. Gross, Goldleistenfabrik, Leipzig-Reuditz.
 Einen Weißbier-Kurscher, einen Reisenden zum Verkauf der Waare verlangt
14210*
Weißbierbrauerei Wilsdorf, 45.
 Thätige Schraubenmacher sucht
 Nähle, Köpenick 1.
Packer verlangt **Baumstr. 41, I.**
 Polierer (Räder) auf Lampen u. Brenner sucht J. Hirschhorn, Köpenickerstr. 149. 24955
Graveur-Lehrling verlangt **Waldstr. 26.**
 Wäckerinnen auf Strohgen u. geu. Umgekleidet im und außern Hause verlangt **Trepp, Schöndorfer Allee 167a, Fabrikgeb. IV.** [24676]
Strickerin sucht auf Maschine ab. Lehrling
 sucht **Clement, Reinoldsdorferstr. 50.**
Goldschmied auf Arbeit u. Wd-geilen verlangt **Worbs, Wörigstr. 5.**
Vergolder (Wäcker) u. Belagerer verlangt **E. Joers, Schlichterstr. 28.**